

Berichte und Jahresabschluss 2012

Berichte und Jahresabschluss 2012

Lagebericht der Bremer Landesbank	3
I. Geschäft und Rahmenbedingungen	3
II. Ertragslage	11
III. Finanz- und Vermögenslage	20
IV. Nachtragsbericht	34
V. Prognosebericht	35
VI. Chancen- und Risikobericht	40
Bericht des Aufsichtsrates	85
Bericht der Trägerversammlung	86
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012	87
Gewinn- und Verlustrechnung	90
Anhang	91
I. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro	91
II. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	100
III. Sonstige Angaben	107
IV. Organe der Bremer Landesbank	122
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	125
Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	126
Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex	127
Impressum	131

Lagebericht der Bremer Landesbank

I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach einem guten Start in das Jahr 2012 nahm die globale Konjunkturdynamik im Verlauf deutlich ab. Laut Prognose des IWF verzeichnete die Weltwirtschaft in 2012 ein Wachstum in Höhe von 3,2 % nach 3,9 % für 2011.

Das Wachstum war und bleibt ungleich verteilt. Die Schwellenländer reüssierten mit einer Zunahme um 5,1 % in 2012 nach 6,3 % für 2011.

Die Industrienationen waren bis zum Herbst 2012 von der zunehmenden Defizitkrise der Eurozone beeinträchtigt. Nach einem Anstieg des BIP um 1,6 % für 2011 gab das Wachstum in 2012 auf 1,3 % nach.

Der Welthandel konnte 2012 um nur 3,2 % nach zuvor 5,8 % zulegen. Die von der Eurozone ausgehenden Risiken wirkten sich bis Herbst 2012 global dämpfend aus.

Die Schwellenländer blieben unverändert der maßgebliche Impulsgeber für die Weltwirtschaft. Sie konnten sich jedoch nicht den Folgen der europäischen Defizitkrise, die durch zunehmende Risikoaversion bis September 2012 geprägt war, entziehen.

Chinas Wachstum stellte sich 2012 auf 7,8 % nach zuvor 9,2 % für 2011. Die Folgen der europäischen Defizitkrise als auch der Umbau zu einer stärker binnenwirtschaftlich geprägten Volkswirtschaft führten zu einer Abschwächung des Wachstums. Im 4. Quartal nahm die konjunkturelle Dynamik einhergehend mit einer Entspannung in der europäischen Defizitkrise in China leicht zu. Das Wachstum verzeichnete im Jahresvergleich im 4. Quartal 2012 einen Anstieg um 7,9 % nach zuvor 7,4 %. Indien brachte es in 2012 auf eine Expansion des BIP in Höhe von lediglich 4,9 % nach zuvor 6,8 %. Binnenwirtschaftliche Probleme als auch die rückläufige globale Konjunkturdynamik sind für die Abschwächung verantwortlich.

Lateinamerikas Wirtschaft legte 2012 um 3,2 % nach 4,5 % in 2011 zu. Insbesondere Brasilien wartete mit nur noch geringer Expansion der Wirtschaftsleistung von 1,5 % nach 2,7 % in 2011 auf. Mexiko zeigte Stabilität mit einem Wachstum in Höhe von 3,8 % in 2012 nach 3,9 % für 2011.

Russland war wenig beeinträchtigt. Nach 4,3 % Wachstum für 2011 stellte sich die Zunahme des BIP in 2012 auf 3,7 %.

Die Wirtschaftsleistung der Eurozone sank um -0,4 % in 2012 nach +1,4 % für 2011. Krisenverschärfung und realwirtschaftlicher Kapitalentzug in den Reformländern sind für die Kontraktion in der Eurozone maßgeblich verantwortlich.

Deutschland setzte in der Eurozone mit einem Wachstum in Höhe von 0,9 % des BIP in 2012 positive Akzente. In der Konjunktorentwicklung Deutschlands spiegelte sich das Bild der globalen Wirtschaftsentwicklung und der Defizitkrise nur bruchstückhaft. Deutschland profitierte sowohl von einem für die deutsche Wirtschaft unterbewerteten Euro als auch von einem extrem niedrigen Zinsniveau. Beides wirkte auf die Konjunkturlage subventionierend.

Zur Jahresmitte verwiesen viele deutsche Großunternehmen auf verstärkte Unsicherheiten. Die Einschätzungen der Unternehmen hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsentwicklung waren in dem Zeitraum März bis September 2012 stark rückläufig. So sank der Erwartungsindex des IFO-Instituts in der Phase März bis September 2012 von 102,7 Punkten auf 93,2 Zähler, um dann bis Januar 2013 auf 100,5 zuzulegen. Die Bewertung der aktuellen Lage schwächte sich in dem Zeitfenster Januar bis Dezember 2012 von 116,3 auf 107,1 Punkte ab und markierte damit den tiefsten Wert seit Juni 2010.

Die zunehmende globale Risikoaversion bis Herbst 2012 wirkte und wirkt sich in Deutschland in entscheidenden Ansätzen zeitversetzt aus. Die deutsche Wirtschaft hängt wesentlich am globalen Investitionsgüterzyklus, der später einsetzt und länger trägt. Die Entspannung der Defizitkrise der Eurozone ab Herbst 2012 hat sich von daher noch nicht im globalen Investitionszyklus und damit in der deutschen Wirtschaft im 4. Quartal 2012 niedergeschlagen.

Die Vereinigten Staaten expandierten 2012 mit 2,3 % nach 1,8 % für 2011 und setzten damit gegen den globalen Trend positive Akzente trotz massiver ungelöster Probleme im US-Haushalt. Der Verzicht auf Strukturreformen schonte 2012 das Wachstum in den USA. Dieser Verzicht wirft andererseits Fragen über die Qualität des Wachstums auf. Daneben profitierte die US-Wirtschaft von Kapitalzuflüssen in die Realwirtschaft durch die europäische Defizitkrise. Darüber hinaus agiert die Federal Reserve mit extremen Maßnahmen, um die Wirtschaft und den Staat zu alimentieren. Die Tatsache, dass die USA die attraktivsten Bedingungen hinsichtlich Energiekosten (Strom, Gas, Destillate) im Vergleich der Industrienationen bieten, zeigt erste Traktion beim Wiederaufbau des industriellen Kapitalstocks.

Das Bild der restlichen westlichen Industrienationen war durchwachsen. Während Kanada mit solidem Wachstum bei 2,0 % aufwartete, sank das BIP in Großbritannien um -0,2 %. Die fragile Situation der japanischen Wirtschaft führte zum Jahreswechsel 2013 zu einem Paradigmenwechsel der japanischen Politik, mit dem Ziel der Abwertung des überbewerteten JPY. Darüber hinaus wurde ein Inflationsziel bei 2 % verankert.

Die Dynamikverluste der Weltkonjunktur seit Ende des 1. Quartals 2012 waren nicht durch Sättigungseffekte in der globalen Wirtschaftszyklik bestimmt, sondern sie waren Reaktionen auf die Verschärfung der europäischen Defizitkrise.

Das Griechenlanddrama zog sich als Belastungsfaktor bis zum Herbst 2012 hin. Es war ein wesentlicher Katalysator, der im September 2012 den Höhepunkt der Spekulation auf den Zerfall der Eurozone auslöste.

Neben der Etablierung des ESM, des Fiskalpakts und eines Wirtschaftspaktes war es entscheidend, dass die EZB im September unlimitierte Anleihekäufe der EZB im Laufzeitsektor bis zu drei Jahren für die Reformländer, die sich unter den ESM-Schirm begeben und sich an den Fiskalpakt halten, in Aussicht stellte. Dieser Schritt der EZB, der bisher keine Aktivitäten der EZB im Sektor der Anleihekäufe erforderlich machte, führte zu einem spürbaren Rückgang der Virulenz der Defizitkrise.

Die fiskalische Gesundung der Eurozone schreitet voran, ohne von den Märkten angemessen berücksichtigt zu werden. Nachdem die Neuverschuldung der Eurozone 2011 bei 4,1 % des BIP lag, erwarten IWF und OECD eine Reduzierung auf 3,0 % – 3,2 % in 2012. Die Eurozone ist im Vergleich zu den USA, Japan und Großbritannien, deren Werte in 2012 zwischen 8 % – 10 % angesiedelt sind, deutlich attraktiver aufgestellt. Das gilt nicht nur für die Neuverschuldung, sondern auch für Gesamtverschuldung und die umgesetzte Reformpolitik.

Die Folgen des guten konjunkturellen Starts 2012 und der dann einsetzenden erhöhten Risikoaversion waren an den Finanzmärkten spürbar. Die Aktienmärkte sanken nach einem fulminanten Start, der von 5,900 auf 7,194 Punkte im März führte, auf 5.914 Zähler im Juni, um dann sukzessive zuzulegen. Zum Jahresende 2012 stieg der DAX auf 7.612 Punkte.

Die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihe markierten historische Tiefstmarken bei circa 1,10 %, um am Jahresende bei 1,40 % zu oszillieren. Die Reformländer der Eurozone erfreuten sich nach einer Verschärfung der Refinanzierungsbedingungen bis September 2012 einer merklichen Entspannung zum Jahresende 2012.

Der Euro kam nach anfänglich freundlicher Entwicklung und Höchstkursen bei 1,3485 im Februar unter Druck. Im Juli wurden Tiefstkurse bei 1,2040 markiert. Im weiteren Verlauf stabilisierte sich der Euro und notiert zum Jahresende 2012 bei 1,3200.

Die EZB sah sich 2012 veranlasst, den Leitzins auf einen neuen historischen Tiefstwert von 0,75 % zu reduzieren.

Region

Die Handelskammer Bremen hegt die Erwartung, dass auch 2012 wie bereits 2011 die bremische Wirtschaft stärker zugelegt hat als die deutsche Gesamtwirtschaft. Entscheidend waren neben der guten Industriekonjunktur das Baugewerbe und der Dienstleistungssektor. Der Handel war in 2012 laut aktuellen Daten ein Belastungsfaktor für die bremische Wirtschaft. Die freundliche Entwicklung des Arbeitsmarktes kam im zweiten Halbjahr 2012 zum Erliegen.

Im Jahresverlauf 2012 haben sich die Geschäftslage als auch die Erwartungslage der bremischen Unternehmen sukzessive abgeschwächt. In der Erwartungslage sank der Saldo aus positiven und negativen Meldungen von 14,2 auf -5,6 im 3. Quartal 2012. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage ging von 33,8 auf 29,8 Saldenpunkte zurück.

Die Abhängigkeit der bremischen Wirtschaft von der Auslandsnachfrage ist ausgeprägt. Skepsis ob der weiteren Auslandsnachfrage dominierte in den Umfragen bis Herbst 2012. Identisches war vonseiten der Industrie, des Baugewerbes und des Handels zu vermelden. Verkehrs- und Logistikwirtschaft zeigten sich in diesem Umfeld stabil. Das Gastgewerbe legte leicht zu.

Hinsichtlich der Entwicklung der nationalen Indizes (IFO, ZEW) als auch der Entspannung im Rahmen der europäischen Defizitkrise haben sich im vierten Quartal 2012 in der Bewertung der bremischen Unternehmen ein Boden und eine leichte Trendumkehr bei der Konjunkturschätzung ergeben, ohne jedoch nachhaltige Traktion in der Realwirtschaft im 4. Quartal 2012 zu zeitigen.

Der Aufschwung im Oldenburger Land geriet 2012 ins Stocken. Im Verlauf des Jahres 2012, vornehmlich in der zweiten Jahreshälfte, hat sich eine deutliche Abkühlung der Konjunkturlage ergeben. Besonders ausgeprägt war die schwächere Konjunkturlage in der Industrie und dem Transport- und Logistikgewerbe. Binnenwirtschaftlich geprägte Sektoren, wie Baugewerbe, Großhandel und der Dienstleistungssektor, reüssierten 2012. Im Einzelhandel wurden die Erwartungen im Jahresabschlussgeschäft nicht voll erfüllt.

Der Konjunkturklimaindex war im Zuge der verschärften Defizitkrise der Eurozone vom ersten auf das dritte Quartal 2012 von 125 auf 104 Punkte gesunken. Damit wurde erstmals seit Frühjahr 2010 der Fünfjahresdurchschnitt unterschritten. Im vierten Quartal konnte sich der Index im Zuge der rückläufigen Virulenz der europäischen Defizitkrise auf gut 108 Punkte befestigen. Die positiven Veränderungen des Konjunkturklimaindexes haben sich im 4. Quartal nicht nachhaltig in der Realwirtschaft niedergeschlagen.

Die Wirtschaft in Ostfriesland und Papenburg hat in 2012 grundsätzlich Stärke bewiesen. Im Jahresverlauf kam es im Einklang mit der deutschen als auch der globalen Konjunkturlage zu einer langsamen Abschwächung. Die Wirtschaftsbasis war und ist nach Ansicht der IHK solide.

Im vierten Quartal 2012 bewertete ein Drittel aller an der IHK-Umfrage teilnehmenden Unternehmen die Lage als gut. Sechzig Prozent der Unternehmen beurteilten die Situation als befriedigend. Positiv stachen der Einzelhandel, der Großhandel und das Verkehrsgewerbe hervor.

Der Konjunkturklimaindikator, der die Lage der Unternehmen und die Erwartungen abbildet, nahm im Abschlussquartal 2012 um 3 Punkte auf 110,6 Zähler zu.

Die Ertragslage der Unternehmen hat sich im Quartalsvergleich zum Jahresende 2012 verschlechtert. Gleichwohl überwogen mit 25 % gegenüber 20 % die Unternehmen, die eine verbesserte Ertragslage vermeldeten.

Der Arbeitsmarkt war von nur wenigen positiven Impulsen geprägt. Die Bereitschaft zu Neueinstellungen nahm tendenziell ab. Das Verkehrsgewerbe bildete eine positive Ausnahmestellung. Die Investitionsbereitschaft war 2012 ausgeprägt.

Bremer Landesbank

Die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt und mündelsicher. Die Bremer Landesbank ist mit Niederlassungen an den beiden Oberzentren der Metropolregion Nordwest vertreten, in Oldenburg mit rd. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in Bremen mit über 700. Die Nordwest-Region ist ihr staatsvertraglich anerkanntes Geschäftsgebiet.

Als ein wichtiges Unternehmen der NORD/LB-Gruppe wird sie in deren Konzernabschluss einbezogen und voll konsolidiert. Gleichzeitig erstellt die Bremer Landesbank einen eigenen Teilkonzernabschluss nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung.

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission zum Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2001 hat sich die Bremer Landesbank ein fokussiertes Geschäftsmodell gegeben, das zügig umgesetzt wurde und stetig weiterentwickelt wird. Sie ist damit zukunftsfähig aufgestellt und in der Lage, schnell und flexibel auch auf heterogene Entwicklungen des regionalen Marktes und der überregionalen Spezialsegmente zu reagieren.

Die Ratingagenturen bewerten das Geschäftsmodell der Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank mit guter Ertragskraft und angemessener Kapitalausstattung positiv (Moody's Financial Strength: D+; Fitch Viability-Rating: bbb-). Die Langfrustratings (Fitch: A; Moody's: A3) ermöglichen der Bremer Landesbank den Zugang zu den nationalen und internationalen Kapitalmärkten. Im Jahr 2012 haben die Ratingagenturen etliche Ratings europäischer Banken gesenkt. In diesem Zusammenhang wurden auch das Financial-Strength-Rating von Moody's für die Bremer Landesbank von C- auf D+ und das Langfrustrating auf A3 angepasst. Nennenswerte Auswirkungen auf die Refinanzierung der Bank ergaben sich dadurch bislang nicht.

Das Berichtsjahr war bei stetig guter operativer Ertragslage geprägt von der Situation auf den Schiffahrtsmärkten. Die seitens der globalen Konjunktur erhofften Impulse blieben 2012 aus oder fielen geringer aus als notwendig, um den Schiffssektor aus dem Krisenmodus zu holen. Die demzufolge weiterhin andauernde und in 2012 nochmals stärker ausgeprägte Krise hat daher die Bildung von deutlich über Plan liegender Risikovorsorge erforderlich gemacht. Die konsequente Verfolgung des Geschäftsmodells als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landesbank und Sparkassenzentralbank hat sich in diesem Umfeld jedoch erneut bewährt.

Im Kontext der nach Basel III künftig sukzessive anzuwendenden Regeln für regulatorische Eigenmittel haben die Träger der Bank die zur Verfügung gestellten sog. stillen Einlagen im Laufe des Jahres 2012 in sog. hartes Kernkapital gewandelt. In diesem Zusammenhang haben sich die Anteile der Träger an der Bremer Landesbank verändert und der Sparkassenverband Niedersachsen ist als weiterer Träger hinzugekommen.

Basierend auf kontinuierlichem kundengetriebenen Wachstum der Erlöse ist es der Bremer Landesbank trotz erhöhter Risikovorsorge und regulatorisch verschärften Anforderungen weiterhin nachhaltig möglich, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Kapitalmarkt- und Entscheidungskompetenzen vor Ort heben die Bremer Landesbank im regionalen Wettbewerb hervor. Die Erfolge als regionale Geschäftsbank und als Landesbank im öffentlich-rechtlichen Sektor bestätigen die strategische Ausrichtung und ihre erfolgreiche Positionierung.

Gesamtbanksteuerung

Die Gesamtbanksteuerung der Bremer Landesbank ist wert- und risikoorientiert ausgerichtet; neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen werden den Entscheidungsträgern wesentliche steuerungsrelevante Informationen bereitgestellt. Zentrale Steuerungsinstrumente der Bank bilden die GuV, die nach Geschäftsfeldern und Kostenstellen strukturierte Deckungsbeitragsrechnung, der Kostenarten- und der Monatsreport sowie der RTF-Bericht.

Zentrale Größen für die interne Steuerung der Geschäftsfelder sind das Ergebnis vor Steuern sowie die Kennzahl RoRaC (Ergebnis vor Steuern/gebundenes Kernkapital).

Maßgebliche Größen der Rentabilitätssteuerung auf Gesamtbankebene sind die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity = RoE) und die Cost-Income-Ratio (CIR)¹.

Die operativen Erträge umfassen u. a. Zins- und Dienstleistungserträge sowie Nettoergebnisse des Handelsbestandes. Die Verwaltungsaufwendungen umfassen neben den Personal- und Sachaufwendungen auch die AfA auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte.

Die Gesamtbanksteuerung wird damit zur Verbindung folgender Steuerungskreisläufe:

- Handelsrechtliche Größen wie z. B. der laufende Abgleich zwischen Deckungsbeitragsrechnung und GuV
- Aufsichtsrechtliche Größen wie z. B. die Überwachung und Steuerung der Risk-Weighted Assets
- Wert- und risikoorientierte Größen wie z. B. der Ansatz der Eigenkapitalkosten und des Expected Loss

Ausgangspunkt des Steuerungskreislaufs in der Bremer Landesbank ist der Strategie-Review durch den Vorstand und die zweite Führungsebene im Frühjahr. Neben der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der Bank werden im Rahmen eines Strategieworkshops künftige

¹ RoE: Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit abzgl. aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne/Nachhaltiges Kapital (Bestandteile: Stammkapital; Kapitalrücklage; Gewinnrücklagen). CIR: Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen/operatives Ergebnis ohne Verwaltungsaufwendungen.

Handlungsfelder für die Gesamtbank und die Geschäftsfelder herausgestellt (im Rahmen des Beteiligungscontrollings sind zudem die wesentlichen Tochtergesellschaften in den Planungs- und Steuerungsprozess des Konzerns einbezogen).

Aus den Ergebnissen des Strategieworkshops leiten sich die Top-down-Vorgaben für die Geschäftsfelder auf Basis der dargestellten Steuerungsgrößen ab. Der sich anschließende Prozess der mittelfristigen Planung mit einem Fünfjahreshorizont findet seinen Abschluss in der Planungsklausur im Herbst. Die finalen quantitativen Planwerte sind wesentliche Eingangsgrößen für den bankweiten Zielvereinbarungsprozess.

Dieser in sich geschlossene und etablierte Prozess der Unternehmenssteuerung, dessen integraler Bestandteil das Management von Chancen und Risiken inklusive des Monitorings von Zielerreichungsgraden ist, wird fortlaufend konzeptionell weiterentwickelt, das eingesetzte Instrumentarium kontinuierlich verfeinert.

Geschäftsentwicklung

Die operativen Erträge der Bremer Landesbank haben sich im vergangenen Jahr insgesamt erneut erfreulich entwickelt. Das Zinsergebnis als wichtigste Ertragsquelle stieg kundengetrieben, aber auch aufgrund von Einmaleffekten, kräftig an. Das Provisionsergebnis bewegte sich über dem Niveau des Vorjahres. Das Nettoergebnis des Handelsbestandes fiel aufgrund von das Kontrahentenrisiko stärker berücksichtigenden Bewertungsansätzen im Handelsgeschäft geringer aus als im Vorjahr.

Die Bremer Landesbank festigte im vergangenen Jahr weiter ihre Position als bedeutender Kreditgeber der Region und führende Bank im Nordwesten. Die realwirtschaftlichen Folgen der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten wirkten sich im Jahr 2012 – insbesondere im Schifffahrtsbereich – erheblich stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Die Bank hat das Finanzierungsportfolio im Sinne eines konsequenten Risikomanagements fortlaufend analysiert und die Risikovorsorge deutlich über die ursprünglichen Planwerte hinaus dotiert. Nennenswerte Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit aus einem Credit Event zugegangenen griechischen Staatsanleihen erforderlich.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind im Jahr 2012 wie erwartet angestiegen. Während sich die Personalaufwendungen aufgrund des planmäßig höheren Personalbestandes und infolge von besonderen Effekten in Verbindung mit den Aufwendungen für Altersvorsorge erhöhten, kam es hauptsächlich durch den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie und regulatorisch bedingte Projektaufwendungen zu der erwarteten Erhöhung der anderen Verwaltungsaufwendungen.

Die Intensivierung der Zusammenarbeit im Verbund ist ein weiteres strategisches Ziel der Bremer Landesbank. Basierend auf den vertraglichen Regelungen der Verbundvereinbarung von 2006 hat die Umsetzung eines ganzheitlichen Betreuungskonzeptes für die 14 ver-

bundenen Sparkassen des Geschäftsgebietes wesentlich zur Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit beigetragen.

Das zufriedenstellende Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 erlaubt es der Bremer Landesbank, die haftenden Eigenmittel durch die Bildung versteuerter Reserven zu stärken. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2012 nicht möglich. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Im Folgenden wird über die geschäftliche Entwicklung der Bremer Landesbank im Jahr 2012 detailliert berichtet.

II. Ertragslage

Die Ertragslage der Bank hat sich im Jahr 2012 insgesamt zufriedenstellend entwickelt.

Zinsergebnis

Unter Zinsergebnis versteht die Bank den Saldo aus Zinserträgen und -aufwendungen inklusive der laufenden Erträge aus Wertpapieren des Nichthandelsbestandes, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen.

Das Zinsergebnis stieg deutlich um 17 % von 397 Mio. € auf 463 Mio. €. Aus dem operativen Geschäft mit Kunden der Bank erzielte Beiträge etablierten sich auf hohem Niveau, während Sondereffekte, von denen einige nachstehend erläutert werden, das Zinsergebnis insgesamt positiv beeinflussten.

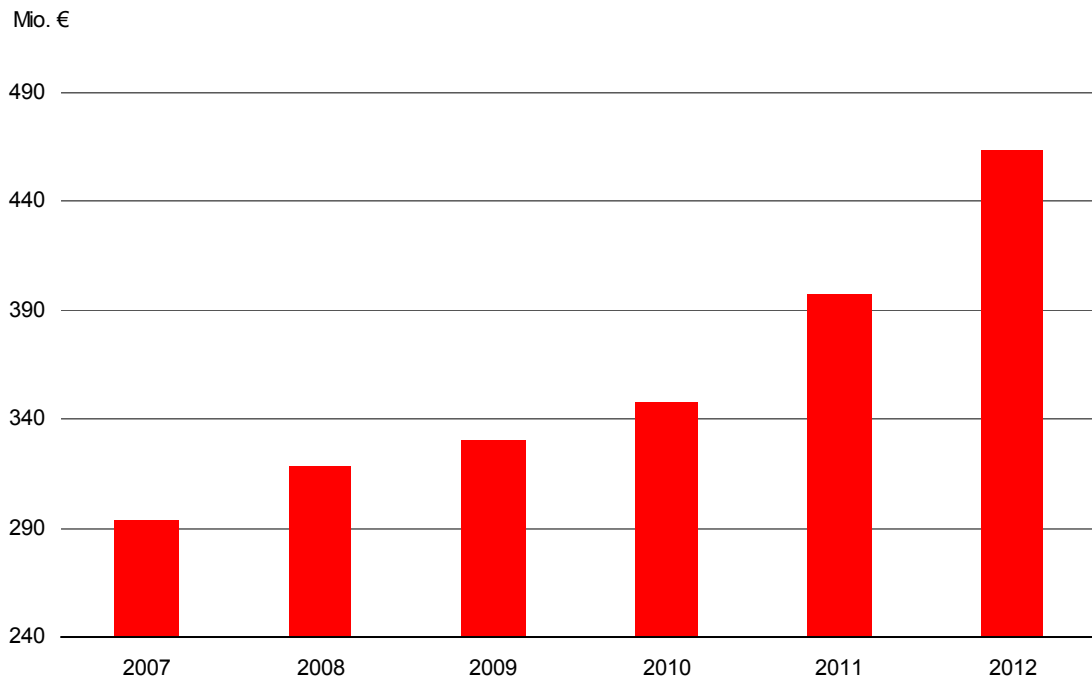
Wesentlicher Treiber im kundenorientierten Geschäft war erneut das Segment Spezialfinanzierungen, während die Geschäfte mit der regionalen Firmenkundschaft sich auf hohem Niveau stabilisierten. Die Belastung des Zinsergebnisses aus der gezielten Liquiditätsbevorzugung konnte die Bank weiterhin gut verkraften.

In Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital hat die Bank einen im Zinsergebnis ausgewiesenen einmaligen Ertrag aus der Auflösung von Sicherungsgeschäften in Höhe von rd. 51 Mio. € realisiert.

Zinsergebnis stützend wirkten darüber hinaus vergleichsweise hohe zusätzliche Gewinnabführungen von Tochtergesellschaften in Höhe von rd. 26 Mio. €.

In den kommenden Jahren wird sich das Zinsergebnis nach Wegfall der Sondereffekte auf reduziertem Niveau bewegen. Danach wird wieder ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt.

Zinsergebnis



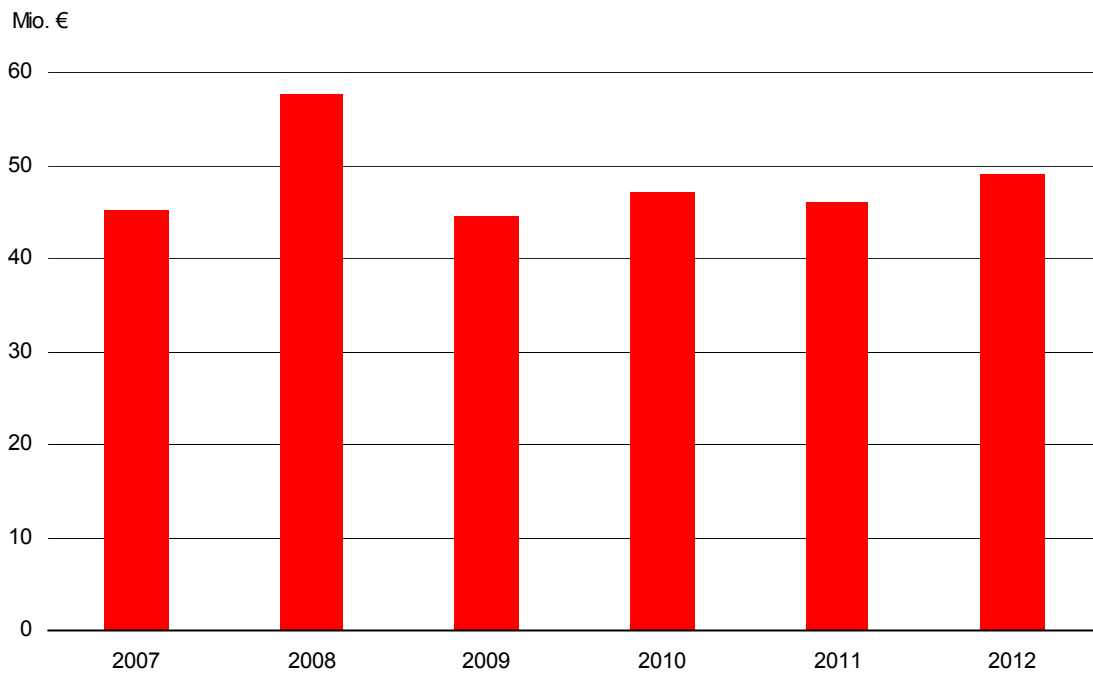
Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis ist von 46 Mio. € auf 49 Mio. € gestiegen und hat sich damit trotz des schwierigen Umfeldes über dem Niveau des Vorjahres eingestellt. Die erwartete Stabilisierung wurde damit nicht nur erreicht, sondern übertroffen.

Während die Avalprovisionen im Kreditgeschäft auf konstant gutem Niveau gehalten werden konnten, haben sich die Konzeptionsgebühren für die Finanzierung alternativer Energiequellen erneut sehr positiv entwickelt. Darüber hinaus wirkten sich Einmalgebühren für die Strukturierung von Schiffsfinanzierungen positiv auf das Provisionsergebnis der Bank aus. Leicht rückläufig waren Gebühren im Bereich der Kontoführung, im Auslandsgeschäft und bei den Vermittlungen. Andere Ergebnisbeiträge, z. B. aus dem Wertpapiergeschäft und dem Zahlungsverkehr, entwickelten sich relativ stabil oder leicht ansteigend.

In den Jahren 2013 und 2014 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2012 erreichten Niveau stabilisieren können.

Provisionsergebnis



Nettoertrag des Handelsbestandes

Der Nettoertrag des Handelsbestandes des Jahres 2012 in Höhe von 10 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahreswert von 16 Mio. € um 38 % zurückgegangen. Eine direkte Vergleichbarkeit ist aus den nachstehend aufgeführten Gründen nur eingeschränkt möglich.

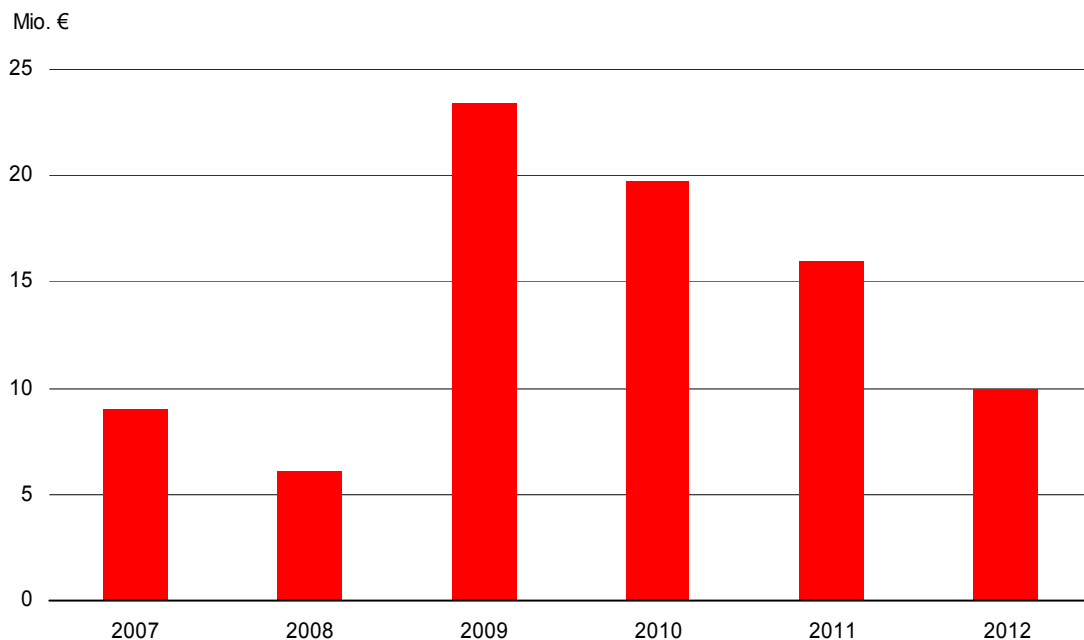
Mit dem BilMoG wurde 2010 die Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten eingeführt. Zur Reduzierung der damit verbundenen Volatilitäten und zur Vermeidung von Ausschüttungen nicht realisierter Bewertungsergebnisse des Handelsbestandes wurde die Zeitwertbilanzierung mit einem Risikoabschlag bzw. -zuschlag und einem ausschüttungsgesperrten Risikopuffer kombiniert, die sich in 2012 zusammen um 2 Mio. € reduzierten.

Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat sich im Laufe des Jahres 2012 abgeschwächt; die weiterhin bestehende Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch nach wie vor zu Ausschlägen auf den Märkten geführt. Infolge der Krise wurde von den Märkten das Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften stärker berücksichtigt, differenzierter bewertet und besichert. Die Bremer Landesbank konnte auch im vergangenen Jahr erfolgreich auf den Geld- und Kapitalmärkten agieren. Der Nettoertrag des Handelsbestandes ist insgesamt deutlich positiv.

Während das Realisierungsergebnis und das laufende Ergebnis aufgrund der niedrigen kurzfristigen Zinsen negative Ergebnisbeiträge lieferten, hat sich das Bewertungsergebnis – insbesondere aus Zinsderivaten – positiv entwickelt. Produktbezogen konnten die Teilbereiche Devisen, Aktien und Renten positive Beiträge liefern, während die Derivate resultierend aus den oben genannten Bewertungsausancen mit negativem Ergebnisbeitrag abgeschlossen haben.

Erwartungsgemäß hat sich durch die Einführung der Zeitwertbilanzierung des Handelsbestandes von Kreditinstituten mit dem BilMoG die Volatilität des Nettoergebnisses des Handelsbestandes tendenziell erhöht. Es werden dennoch unverändert Chancen gesehen, auch in den Jahren 2013 und 2014 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren.

Nettoertrag des Handelsbestandes



Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen in Höhe von rd. -11 Mio. € hat sich gegenüber 2011 (-13 Mio. €) um 2 Mio. € verbessert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich insgesamt unverändert auf 22 Mio. €. In den Pensionsrückstellungen enthaltene Zinseffekte in Höhe von rd. 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) bewegen sich auf Vorjahresniveau. Darüber hinaus wird hier der Aufwand aus der Bankenabgabe in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 5 Mio. €) ausgewiesen. Zinseffekte aus anderen Personal- und sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €) finden sich ebenfalls in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wieder.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 9 Mio. € auf 11 Mio. € gestiegen. Hierin enthalten sind Erträge aus der Auflösung von Personal- und anderen Rückstellungen sowie Grundstückserträge, Umsatzsteuererstattungen und Kostenerstattungen von Kunden. Darüber hinaus konnten mit dem Abschluss einer steuerlichen Betriebsprüfung Teile einer dafür gebildeten Rückstellung aufgelöst werden.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen lässt sich nur schwer prognostizieren. Die Bank geht aufgrund der voraussichtlich ansteigenden Zinsen im langfristigen Bereich von leicht wachsenden Zinseffekten im Bereich der Pensionsrückstellungen aus und

rechnet daher im Prognosezeitraum mit einem in geringem Umfang steigenden negativen Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Verwaltungsaufwendungen

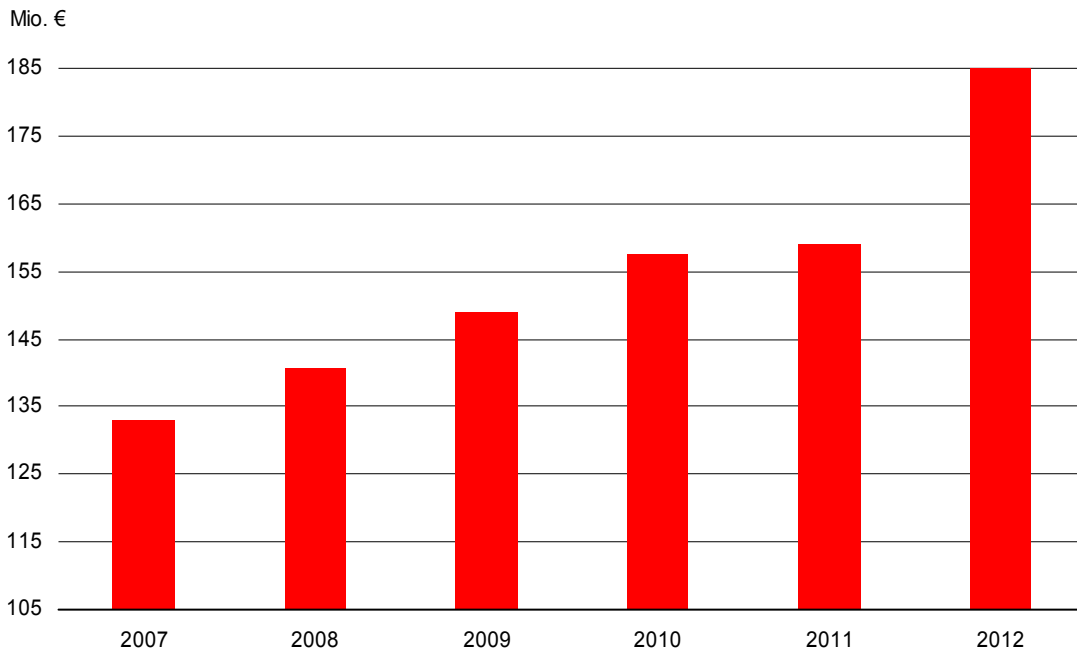
Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind erwartungsgemäß von 159 Mio. € um 26 Mio. € bzw. 16 % auf 185 Mio. € angestiegen.

Die Personalaufwendungen betragen im Jahr 2012 rd. 103 Mio. € und sind damit um 18 % bzw. rd. 16 Mio. € angestiegen. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter und Sozialabgaben sind aufgrund des plangemäß höheren Personalbestandes im erwarteten Umfang angestiegen. Abweichungen zum geplanten Anstieg der Personalaufwendungen sind primär auf tarifbedingt im Vorjahresvergleich höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen und auf höhere Vorruhestandsleistungen zurückzuführen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind erneut um 10 Mio. € oder 14 % angestiegen. Steigerungen gab es insbesondere im Bereich der Informationstechnologie und bei den projektbedingten Aufwendungen. Andere Aufwendungen wie z. B. Gebäudekosten stiegen nur leicht an. Insgesamt blieben die anderen Verwaltungsaufwendungen dennoch unter dem geplanten Niveau.

Für das Jahr 2013 wird ein deutlicher Rückgang der Personalaufwendungen erwartet, da ein Tarifabschluss die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung nicht beeinflussen wird. Im Jahr 2014 unterstellt die Bank einen erneuten tarifbedingten Anstieg. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen ist in den kommenden Jahren eine sukzessive Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen.

Verwaltungsaufwendungen



Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um 1 Mio. € auf 5 Mio. € angestiegen. Dies hängt mit den höheren Abschreibungsbeträgen auf Gebäude und langlebige Wirtschaftsgüter zusammen, die hauptsächlich aus der Fertigstellung der Umbaumaßnahmen in Oldenburg resultieren.

Das Bewertungsergebnis im Kredit- und Wertpapiergeschäft und aus den Beteiligungen der Bremer Landesbank beläuft sich auf einen Aufwandssaldo von 198 Mio. €. Eine Vergleichbarkeit mit dem Aufwandssaldo von 119 Mio. € des Jahres 2011 ist aufgrund der nachfolgend erläuterten Sachverhalte nur bedingt gegeben.

Die negativen Auswirkungen der anhaltenden Krise an den Schifffahrtsmärkten wirkten sich im Jahr 2012 deutlich stärker als erwartet auf die Risikovorsorge der Bank aus. Das erneute Überangebot an Schiffstonnage führte zu sinkenden Charraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Eurozone trafen in 2012 auf einen relativ hohen Tonnagezufluss. Im vierten Jahr der Krise konnten zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Bank hat das Finanzierungsportfolio im Sinne eines konsequenten Risikomanagements fortlaufend analysiert und die Risikovorsorge deutlich über die ursprünglichen Planwerte hinaus dotiert. Diese gingen von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten aus.

Nennenswerte Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit aus einem Credit Event zugegangenen griechischen Staatsanleihen erforderlich. Die Bremer Landesbank war Sicherungsgeber eines Credit Default Swaps auf das Risiko Griechenland in nominaler Höhe von umgerechnet rd. 58 Mio. €. Durch den Schuldenschnitt Griechenlands im Frühjahr 2012 erhielt die Bremer Landesbank ver-

schiedene lang laufende griechische Staatsanleihen, die konsequent auf die entsprechenden Marktwerte abgeschrieben wurden. Im Jahresabschluss 2011 mit Blick auf die Griechenland-Krise gebildete Reserven nach § 340f HGB wurden im Gegenzug aufgelöst. Im weiteren Verlauf des Jahres setzte eine Wertaufholung der griechischen Staatsanleihen ein. Daher hat die Bank sich im Dezember dazu entschlossen, ein Umtauschangebot in kurz laufende Null-couponanleihen der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) anzunehmen, um die Wertaufholung zu realisieren und das langfristig bestehende Griechenland-Risiko aus den Büchern zu entfernen. Insgesamt wurde das Ergebnis der Bank durch diesen Vorgang mit rd. 39 Mio. € belastet.

Aus Anpassungen von Beteiligungsbuchwerten ergaben sich im Jahr 2012 keine nennenswerten Ergebnisbeiträge (Vorjahr: -2 Mio. €).

Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2013 und 2014 wird voraussichtlich noch durch die nur allmählich nachlassenden Folgen der Finanzmarktkrise und die anhaltenden Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Sofern in 2013 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte die Risikovorsorge annähernd das Niveau des Jahres 2012 erreichen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, der aufsichtsrechtlich dem Kernkapital zuzurechnen ist, beläuft sich auf 490 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2012 wurden dem Fonds 50 Mio. € zugeführt.

Zusätzlich wurden nach den Vorschriften des BilMoG 10 % der Nettoerträge des Handelsbestandes in Höhe von 1 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €) in einen separaten, ausschüttungsgesperrten Unterposten nach § 340g HGB eingestellt.

Insgesamt beträgt der Fonds nun 495 Mio. €.

Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Jahres 2012 beträgt 73 Mio. € nach 164 Mio. € im Vorjahr, was einen Rückgang von 55 % darstellt.

Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis beträgt im Jahr 2012 rd. -6 Mio. € (Vorjahr: -6 Mio. €). Für das Jahr 2012 sind lediglich die Umstellungseffekte aus Pensionsrückstellungen in dieser Position zu erfassen.

Steueraufwand

Der Steueraufwand der Bremer Landesbank hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich auf 15 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €) verringert. Ursächlich ist der geringere Jahresüberschuss und das damit auch geringere zu versteuernde Ergebnis.

Zinsaufwand für stille Einlagen

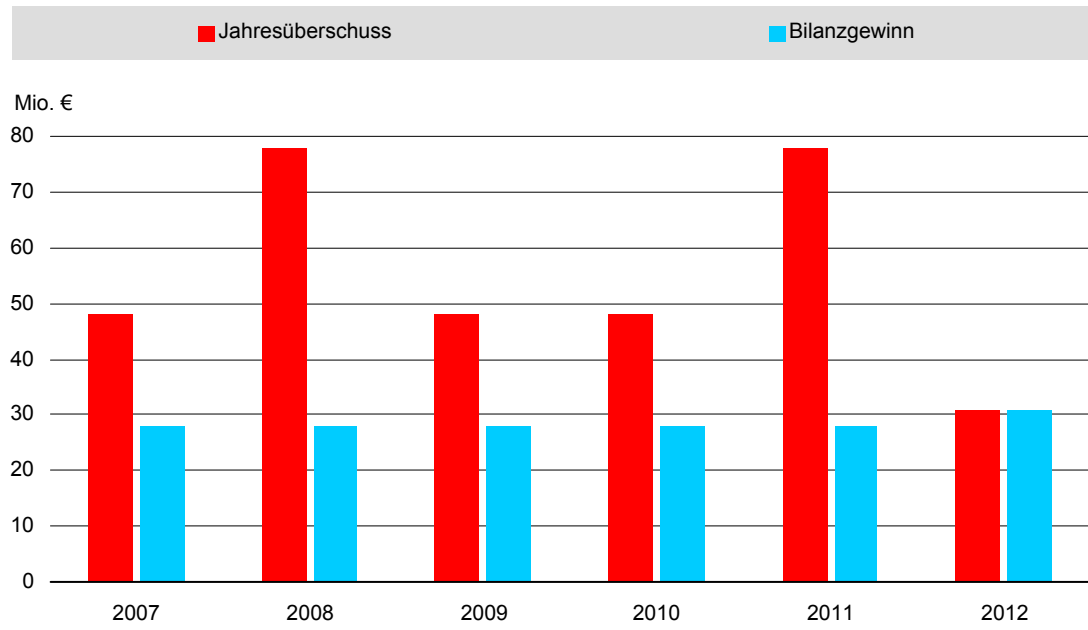
Der Zinsaufwand für die stillen Einlagen beträgt 21 Mio. € nach 32 Mio. € im Vorjahr. Der Rückgang resultiert aus der im Sommer vorgenommenen Umwandlung der stillen Einlagen in Stammkapital und Kapitalrücklagen, da Zinsen lediglich bis zum Stichtag der Wandlung angefallen sind.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 31 Mio. € nach 78 Mio. € Ende 2011. Die Bank hat sich dafür entschieden, die haftenden Eigenmittel durch Bildung von versteuerten Reserven zu stärken und, anders als in den Vorjahren (2011: 50 Mio. €), von einer Einstellung in die Gewinnrücklagen abzusehen. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2012 nicht möglich. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn in Höhe von 31 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) auf neue Rechnung vorzutragen.

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss in den Jahren 2013 und 2014 wieder ansteigen. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis ausgegangen. Die Zahlung einer Dividende für das Jahr 2013 ist aufgrund der o. a. Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU nicht möglich; für 2014 wird von einer angemessenen Dividendenhöhe ausgegangen.

Jahresüberschuss und Bilanzgewinn

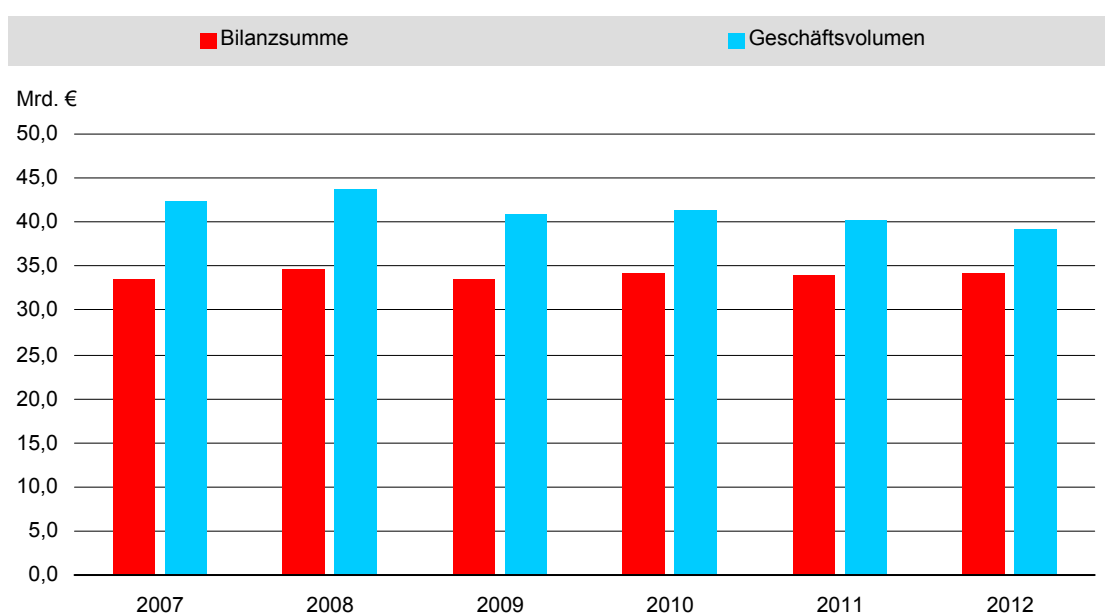


III. Finanz- und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Als Konsequenz aus der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten im Zusammenhang mit der verschlechterten Bonität einiger Staaten wurde das Interbankengeschäft sukzessive reduziert, während die Kundenforderungen weiter angestiegen sind. Im Ergebnis stabilisierte sich die Bilanzsumme bei 34,1 Mrd. € (Vorjahr: 33,9 Mrd. €). Das Geschäftsvolumen reduzierte sich aufgrund des Auslaufens von Eventualverbindlichkeiten und eines reduzierten Volumens an offenen Kreditzusagen stärker um 1,0 Mrd. € oder 2 % auf 39,2 Mrd. €.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen



Forderungen an Kreditinstitute

Als Konsequenz aus der Krise an den Finanz- und Kapitalmärkten im Zusammenhang mit der verschlechterten Bonität einiger Staaten wurde das Interbankengeschäft im Geschäftsjahr 2012 sukzessive reduziert. Das Kommunalkreditgeschäft ging ebenfalls leicht zurück, sodass sich die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt um 1,0 Mrd. € auf nun 3,8 Mrd. € reduzierten.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich – durch moderates Neugeschäft in Teilsegmenten der Geschäftsfelder Spezialfinanzierungen und Firmenkunden – um rd. 0,9 Mrd. € auf 23,3 Mrd. €. Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme beträgt 68,3 % (Vorjahr: 65,9 %). Eine differenzierte Betrachtung der Bilanzposition findet sich in den Erläuterungen zur Entwicklung der Geschäftsfelder.

Schuldverschreibungen und Aktien

Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank im Berichtsjahr sukzessive um 0,5 Mrd. € auf 5,7 Mrd. € erhöht. Die Konzentration lag dabei auf börsennotierten Titeln öffentlicher Emittenten mit vergleichsweise geringem Risiko. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 17 Mio. € nach 25 Mio. € nur eine untergeordnete Rolle.

Handelsbestand

Mit der Umsetzung der Vorschriften des BilMoG wurden die Kreditinstitute seit dem Jahr 2010 dazu verpflichtet, ihre Handelsbestände zu Zeitwerten zu bilanzieren. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit positiven Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 527 Mio. € (Vorjahr: 620 Mio. €).

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Traditionell kommt die Bremer Landesbank ihren öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und den Verpflichtungen im Verbund auch über das Beteiligungsportfolio nach. Insbesondere sei hier die Förderung der Wirtschaft über Beteiligungen an Bürgschaftsbanken (z. B. Bürgschaftsbank Bremen, Niedersächsische Bürgschaftsbank), Spezialkreditinstituten (z. B. Deutsche Factoring Bank) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften genannt.

Der regionale Bezug wird insbesondere durch die Beteiligung der Bank an mehreren Wohnungsbaugesellschaften, die teilweise dem im Anhang aufgelisteten Anteilsbesitz entnommen werden können, deutlich.

Wesentliche Beteiligungstransaktionen wurden im Jahr 2012 nicht durchgeführt; der Bestand zum Jahresende beträgt daher unverändert 101 Mio. €.

Primär zielt das Beteiligungsgeschäft auf den strategischen und operativen Nutzen und erst sekundär auf das Ertragspotenzial ab. Im Rahmen der strategischen Fokussierung der Bremer Landesbank wird daher von einer stagnierenden bis rückläufigen Entwicklung des Beteiligungsvolumens ausgegangen. Neue Beteiligungen kommen künftig nur in Betracht, wenn sie einen deutlichen Mehrwert für die Bank respektive die Region generieren.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Bank refinanziert sich auch über Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Diese haben sich im Geschäftsjahr um 0,8 Mrd. € auf 11,8 Mrd. € (2011: 11,0 Mrd. €) erhöht. Während die im Umlauf befindlichen Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspapiere leicht zurückgingen, haben sich die Anlagen angeschlossener Sparkassen und verbundener Unternehmen insbesondere im täglich fälligen Bereich erhöht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Refinanzierung der Bank über Verbindlichkeiten gegenüber Kunden blieb mit 10,3 Mrd. € (nach 10,5 Mrd. € im Jahr 2011) nahezu auf Vorjahresniveau. Dabei stiegen die Einlagen im täglich fälligen Bereich auf 3,1 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €) an, während in den anderen Laufzeitbändern leichte Rückgänge zu verzeichnen waren. Die begebenen öffentlichen Namenspapiere reduzierten sich in geringfügigem Umfang auf 2,7 Mrd. € (Vorjahr: 2,9 Mrd. €). Der Bestand an Spareinlagen blieb nahezu konstant bei 194 Mio. € (Vorjahr: 191 Mio. €).

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten als eine der wesentlichen Finanzierungsquellen der Bank sind mit 8,4 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresbestand von 8,8 Mrd. € um 4 % gesunken. Eine differenzierte Darstellung der Refinanzierung der Bank über die verschiedenen Emissionsprogramme findet sich in den Erläuterungen zum Geschäftsfeld Financial Markets und im Abschnitt Finanzierungsmaßnahmen.

Handelsbestand

Mit der Umsetzung der Vorschriften des BilMoG wurden die Kreditinstitute seit dem Jahr 2010 dazu verpflichtet, ihre Handelsbestände zu Zeitwerten zu bilanzieren. Der Handelsbestand der Bremer Landesbank mit negativen Marktwerten beträgt zum Bilanzstichtag 358 Mio. € (Vorjahr: 448 Mio. €).

Rückstellungen

Die Rückstellungen der Bremer Landesbank bewegen sich zum Jahresende 2012 mit 268 Mio. € leicht über dem Niveau des Vorjahres (259 Mio. €).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die auf aktuarischen Gutachten basieren, haben sich um 22 Mio. € auf insgesamt 194 Mio. € erhöht.

Aufgrund der im Geschäftsjahr 2010 geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen durch das BilMoG ist es zu einem Anstieg der Pensionsrückstellungen bei der Bremer Landesbank gekommen, der eine aufwandswirksame Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 93 Mio. € erforderlich macht. Der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen resultierende Zuführungsbetrag ist bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel anzusammeln (Art. 67 Absatz 1 EGHGB). Dementsprechend wurde den Pensionsrückstellungen im Geschäftsjahr 2012 ein Betrag in Höhe von einem Fünftel des per 1. Januar 2010 festgestellten Unterschiedsbetrages (6 Mio. €) zugeführt.

Weitere Angaben zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich aus dem Anhang.

Die Steuerrückstellungen bewegen sich mit 16 Mio. € deutlich unter Vorjahresniveau (32 Mio. €). Ursächlich hierfür ist die Inanspruchnahme von in zurückliegenden Jahren ge-

bildeten Rückstellungen. Die anderen Rückstellungen stiegen 2012 um 3 Mio. € auf 58 Mio. €. Wesentliche Bestandteile der anderen Rückstellungen stehen im Zusammenhang mit Personalaufwendungen wie z. B. Vorruhestandsverpflichtungen (14 Mio. €) und Abschlussvergütung (8 Mio. €). Die ebenfalls hierin enthaltenen Rückstellungen im Kreditgeschäft blieben mit 18 Mio. € weitgehend konstant.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Jahresultimo auf 700 Mio. € (Vorjahr: 500 Mio. €). Zum Ersatz für mittelfristig bestehende Fälligkeiten und zur Stärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wurden im Laufe des Jahres 2012 insgesamt 200 Mio. € Nachrangmittel aufgenommen.

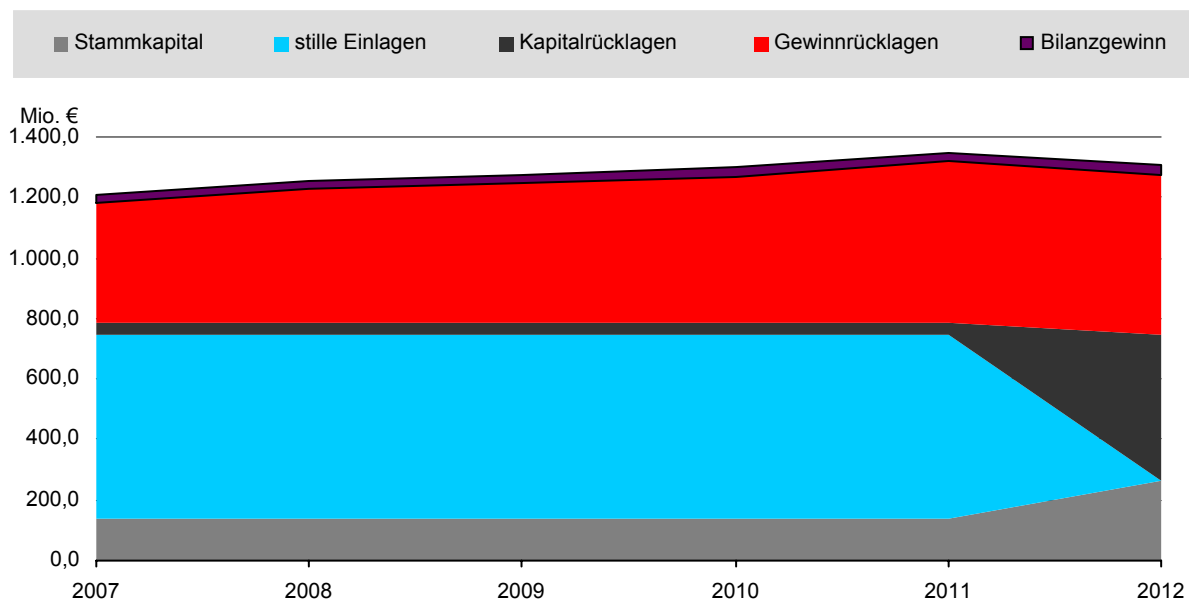
Eigenkapital

Im Kontext der nach Basel III künftig sukzessive anzuwendenden Regeln für regulatorische Eigenmittel haben die Träger der Bank die zur Verfügung gestellten sog. stillen Einlagen im Laufe des Jahres 2012 in sog. hartes Kernkapital gewandelt. In diesem Zusammenhang haben sich sowohl die Bestandteile des bilanziellen Eigenkapitals als auch die Anteile der Träger an der Bremer Landesbank verändert (NORD/LB nun 54,8343 % [vorher: 92,5 %]; Land Bremen nun 41,2 % [vorher: 7,5 %]) und der Sparkassenverband Niedersachsen (nun 3,9657 %) ist als weiterer Träger hinzugekommen.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 1.307 Mio. € nach 1.349 Mio. € im Vorjahr. Hiervon entfallen 265 Mio. € (Vorjahr: 140 Mio. €) auf das Stammkapital sowie 478 Mio. € (Vorjahr: 40 Mio. €) auf die Kapitalrücklagen. Die Gewinnrücklagen betragen weiterhin 533 Mio. €. Die Bank hat sich dafür entschieden, die haftenden Eigenmittel durch Bildung von versteuerten Reserven zu stärken und anders als in den Vorjahren (2011: 50 Mio. €) von einer Einstellung in die Gewinnrücklagen abzusehen. Eine Ausschüttung an die Träger ist wegen Auflagen der EU in Verbindung mit der Wandlung der stillen Einlagen in hartes Kernkapital für das Jahr 2012 nicht möglich. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn in Höhe von 31 Mio. € (Vorjahr: 28 Mio. €) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Jahresende unter Berücksichtigung der Gewinnverwendung und der im Jahresabschluss gebildeten Wertberichtigungen auf 8,8 % (Vorjahr: 9,1 %). Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen ist für die Bremer Landesbank weiterhin nicht notwendig.

Eigenkapitalbestandteile



Eventualverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen beläuft sich auf 3,4 Mrd. € (Vorjahr: 3,6 Mrd. €).

Während die Eventualverbindlichkeiten aus dem traditionellen außerbilanziellen Geschäft nahezu unverändert geblieben sind, ist der Bestand an Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bremer Landesbank als Sicherungsgeber auftritt, aufgrund von Fälligkeiten zurückgegangen. Mit diesem sogenannten Kreditersatzgeschäft hat die Bremer Landesbank freie Eigenkapital-spielräume zur Erzielung von Provisionseinnahmen und zur Diversifikation ihres Kreditportfolios, insbesondere mit Blick auf Regionen/Länder und Ratingklassen, genutzt. Grundsätzlich hat die Bank nur Sicherung für Adressen mit einwandfreiem finanziellen Hintergrund und auf der Basis von anerkannten Standardverträgen gegeben. Aufgrund der seit dem Jahr 2007 aufgetretenen Schwierigkeiten auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten und der damit verbundenen Ausweitung der Credit Spreads hat die Bank ihr Neugeschäft in diesem Bereich bis auf vereinzelte, selektive Positionsaufösungen bzw. -sicherungen eingestellt.

Die Bremer Landesbank war Sicherungsgeber eines Credit Default Swaps auf das Risiko Griechenland in nominaler Höhe von umgerechnet rd. 58 Mio. €. Durch den Schuldenschnitt Griechenlands im Frühjahr 2012 erhielt die Bremer Landesbank verschiedene lang laufende griechische Staatsanleihen, die konsequent auf die entsprechenden Marktwerte abgeschrieben wurden. Im Jahresabschluss 2011 mit Blick auf die Griechenland-Krise gebildete Reserven nach § 340f HGB wurden im Gegenzug aufgelöst. Im weiteren Verlauf des Jahres setzte eine Wertaufholung der griechischen Staatsanleihen ein. Daher hat die Bank sich im Dezember dazu entschlossen, ein Umtauschangebot in kurz laufende Nullcouponanleihen der EFSF

(Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) anzunehmen, um die Wertaufholung zu realisieren und das langfristig bestehende Griechenland-Risiko aus den Büchern zu entfernen.

Hinsichtlich des bereits im Jahresfinanzbericht 2011 beschriebenen Credit Events der irischen Bank Permanent TSB (vorher Irish Life and Permanent) sind keine Veränderungen eingetreten. Für die bestehenden CDS-Kontrakte in Höhe von 45 Mio. € wurden der Bank nach wie vor keine Credit Event Notices zugestellt.

Mitte Dezember 2011 wurde für die in Abwicklung befindliche englische Bank Northern Rock ebenfalls ein sogenannter Restructuring Credit Event aufgrund der Veränderung der Bedingungen für Nachrangdarlehen festgestellt. Im Bestand der Bremer Landesbank befanden sich CDS in Höhe von 30 Mio. € als Sicherungsgeber und CDS in Höhe von 10 Mio. € als Sicherungsnehmer. Mit dem Partner der Sicherungsgeberkontrakte wurde in 2012 ein Aufhebungsvertrag geschlossen, sodass die Bank hier keine Wertpapiere zum Nominalwert erwerben musste. Die Lieferverpflichtung aus dem Sicherungsnehmerkontrakt konnte die Bremer Landesbank aus vorhandenen Wertpapierbeständen erfüllen.

Weitere Credit Events, bei denen die Bank z. B. durch Lieferung des Referenzaktivums als Sicherungsgeber in Anspruch genommen worden wäre, sind nicht aufgetreten.

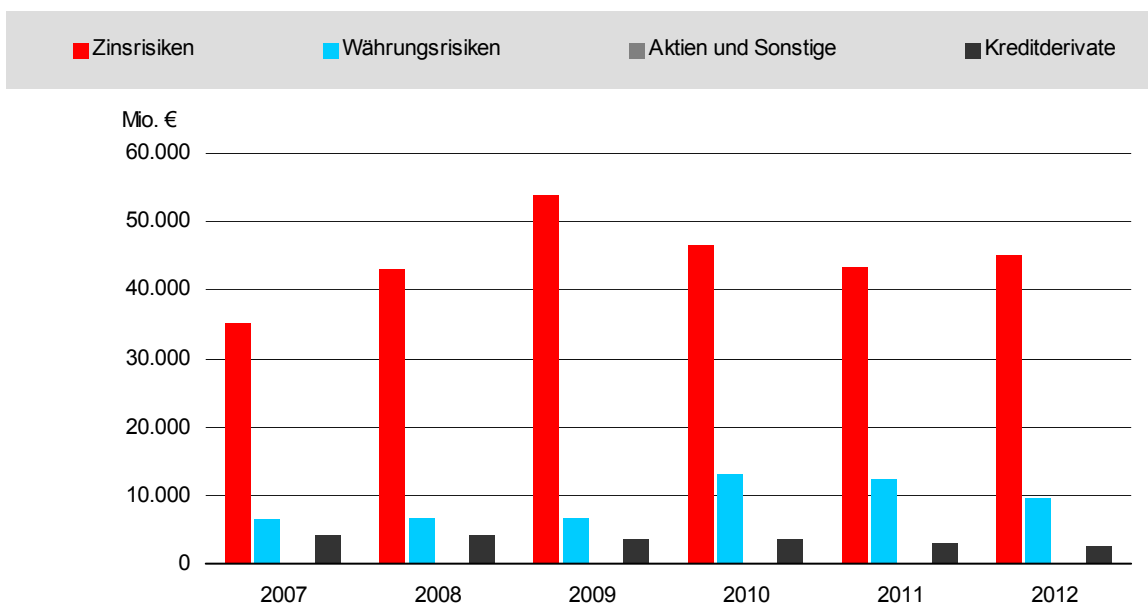
Andere Verpflichtungen

Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 1,8 Mrd. € nach 2,6 Mrd. € im Vorjahr.

Außerbilanzielle Finanzierungsinstrumente

Derivative Geschäfte werden in der Bremer Landesbank im Wesentlichen zur Steuerung und Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken eingesetzt. Das Nominalvolumen zum Jahresende 2012 betrug 57,1 Mrd. € nach 58,8 Mrd. € im Vorjahr und damit das etwa 1,7-Fache (Vorjahr: 1,7-Fache) der Bilanzsumme. Im Vergleich zu anderen Instituten der Branche wird in der Bremer Landesbank also nur in relativ geringem Umfang auf solche Geschäfte zurückgegriffen. Kontrahenten sind fast ausschließlich Banken mit Sitz in Ländern, die der OECD angehören, sodass grundsätzlich von einem einwandfreien finanziellen Hintergrund ausgegangen werden kann. Für Detailinformationen zu den Volumina sowie der Fristen- und Kontrahentengliederung wird auf die Darstellung im Anhang des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank verwiesen.

Derivatevolumen



Finanzierungsmaßnahmen

Im Jahr 2012 waren die begebenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen erneut die wichtigste überjährige Refinanzierungsquelle der Bank.

Der Bruttoabsatz im Emissionsgeschäft der Bremer Landesbank einschließlich aufgenommener Schundscheindarlehen betrug 2,5 Mrd. € (ohne ECP-Programm und EIB-Darlehen) gegenüber 2,3 Mrd. € im Jahr 2011.

Das Volumen der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen betrug zum Jahresende 2012 17,0 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr: 17,4 Mrd. €).

Das ausstehende Gesamtvolumen aufgenommener Refinanzierungsdarlehen bei der Europäischen Investitionsbank (EIB-Darlehen) betrug per 30.12.2012 rund 0,8 Mrd. € (Jahresultimo Vorjahr 1,0 Mrd. €).

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2012 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das European-Commercial-Paper-Programm (ECP-Programm) wurde im Jahr 2012 in den Währungen EUR, USD, CHF und JPY genutzt. Per 30.12.2012 beträgt das ausstehende Volumen 0,2 Mrd. € Gegenwert (Jahresultimo Vorjahr: 0,5 Mrd. €).

Für weitergehende Erläuterungen wird auf die Abschnitte Chancen- und Risikobericht und Geschäft und Rahmenbedingungen verwiesen.

Kennzahlen

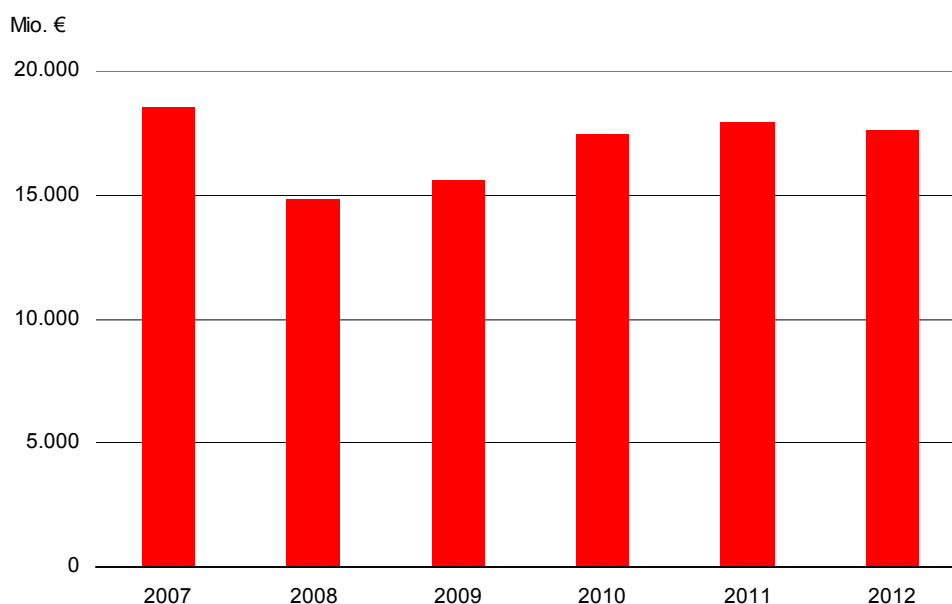
Der Return on Equity (RoE) für das Geschäftsjahr 2012 nach der oben definierten Bewertungsformel beträgt 4 % nach 23 % im Vorjahr. Der Rückgang ist auf das infolge der deutlich angestiegenen Risikovorsorge reduzierte Betriebsergebnis nach Risikovorsorge zurückzuführen. Zusätzlich wirkt die durch die Wandlung der stillen Einlagen erhöhte Kapitalbasis reduzierend auf die Kennzahl.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) bewegt sich mit 37 % nach 37 % im Jahr 2011 auf unverändertem Niveau und bleibt damit stetig unter 40 %. Die operativen Erträge der Bremer Landesbank sind damit im Jahr 2012 im gleichen Verhältnis gewachsen wie die Verwaltungsaufwendungen.

Die Risikoquote (definiert als das Verhältnis zwischen den Risikovorsorgeaufwendungen für das Kreditgeschäft ohne Veränderungen der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB und den Risikoaktiva) zum 31.12.2012 beträgt 1,07 % (Vorjahr: 0,52 %). Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus den deutlich höheren Aufwendungen für die Risikovorsorge im Bereich Schiffsfinanzierungen.

Die Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen insgesamt rd. 1,4 Mrd. € (Vorjahr: rd. 1,4 Mrd. €), was Risikoaktiva in Höhe von rd. 17,6 Mrd. € (Vorjahr: rd. 17,9 Mrd. €) entspricht. Die Gesamtkennziffer beläuft sich auf 11,4 % nach 10,6 % zum Ende des Vorjahres. Die Bank hat zum 30. September 2012 einen geprüften Zwischenabschluss nach § 10 Absatz 3 KWG aufgestellt und somit die bis dahin bereits gebildeten Wertberichtigungen auf IRBA-Engagements im Wertberichtigungsvergleich Shortfall reduzierend berücksichtigen können.

Anrechnungspflichtige Positionen/Risikoaktiva¹⁾



¹⁾ bis 2007 nach Grundsatz I, ab 2008 nach Basel II

Investitionstätigkeit

Die Bremer Landesbank plant nach wie vor, erhebliche Investitionen in die Modernisierung und Umgestaltung ihrer Gebäude zu tätigen. Am Standort Oldenburg wurden die Baumaßnahmen im Jahr 2010 abgeschlossen und die neuen Räumlichkeiten werden inzwischen bankbetrieblich genutzt. Der Standort Bremen befindet sich weiterhin in der logistischen Vorbereitungsphase für Abriss und Neubau.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Nähe zu den Märkten und den Menschen, die in der Region arbeiten und leben, ist für die Bremer Landesbank Anspruch und Verpflichtung zugleich. Dies dokumentiert sich z. B. in ihrem sozialen und gesellschaftlichen Engagement, in der Auslobung des Förderpreises NordWest Award, aber auch darin, dass die Bremer Landesbank mit ihren durchschnittlich 1.067 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr: 1.036) zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Landes Bremen und der Nordwest-Region zählt. Sie bietet attraktive Arbeitsplätze, was sich auch in der im Branchenvergleich niedrigen Fluktuationsrate von 1,5 % (Vorjahr: 1,4 %) und einer vergleichsweise hohen durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 16,2 Jahren (Vorjahr: 16,2 Jahre) widerspiegelt.

Als führende Regionalbank im Nordwesten hat es sich die Bremer Landesbank vorgenommen, auch in Sachen Familienfreundlichkeit mit gutem Beispiel voranzugehen und für ihre Beschäftigten eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür wurde sie von der berufundfamilie gemeinnützige GmbH in Berlin mit dem Zertifikat zum audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Die vorstehenden Sachverhalte beschreiben bereits einen kleinen Teil des Bestrebens der Bremer Landesbank, ihr Handeln in allen Bereichen nachhaltig in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht zu gestalten. Hierzu hat sie im Jahr 2011 erstmalig einen Nachhaltigkeitsstatus entwickelt, der in einem gesonderten Dokument veröffentlicht wurde. Die Bank hat im Laufe des Jahres 2012 entschieden, das Thema Nachhaltigkeitsmanagement aktiv in die Unternehmensstrategie zu integrieren und erarbeitet nun Ziele und Maßnahmen zu bereits identifizierten Handlungsfeldern.

Informationen zu den Geschäftsfeldern

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kundensegmente des gewerblichen Kreditgeschäftes zeigt eine unterschiedliche Entwicklung.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden ist ausgerichtet auf das Geschäft mit den Unternehmen in der Nordwest-Region und steht seinen Kunden als zuverlässiger Partner bei Finanzdienstleistungen zur Verfügung.

Im Jahr 2012 wurden die Vertriebsaktivitäten auf hohem Niveau weitergeführt. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen zeigten sich im ersten Halbjahr freundlich; im zweiten Halbjahr verlief die Entwicklung durch die erwartete Konjunkturuntrübung etwas verhaltener. Das Kreditgeschäft war wiederum der Motor der positiven Entwicklung, Volumensteigerungen konnten beim Einsatz öffentlicher Kreditprogramme und bei Betriebsmittelkrediten erreicht werden.

Für 2013 erwartet das Geschäftsfeld Firmenkunden generell eine verhalten positive Entwicklung der Ertragslage. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, dass der konjunkturelle Verlauf sich nicht zu deutlich eintrübt und sich die Kreditnachfrage auf hohem Niveau hält.

Insgesamt ist es dauerhaft das Ziel des Geschäftsfeldes Firmenkunden, die führende Bank im Firmenkundengeschäft der Region zu sein und dies durch kontinuierlich steigende Marktanteile zu unterlegen.

Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen

Das Spezialfinanzierungsgeschäft der Bremer Landesbank umfasst das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasing- und Factoringgesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilssegmenten Windkraft, Fotovoltaik und Biogas.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank hat sich unter Würdigung der weiterhin herausfordernden Schifffahrtskrise auch in 2012 insgesamt positiv entwickelt und übertrifft die Ertragserwartungen vor Risikovorsorge. Die Wachstumsdynamik verläuft seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise moderater, wobei aber vor allem die Erneuerbaren Energien durch Nutzung der vorhandenen Geschäftspotenziale einen zunehmenden Portfolioanteil ausweisen und zukünftige Ertragsrückgänge in den Schiffsfinanzierungen kompensieren können. Die Risikovorsorge des Geschäftsfeldes wurde aufgrund der nach wie vor angespannten Situation in der Schifffahrt deutlich nach oben korrigiert.

Das Teilssegment Schiffe befindet sich im vierten Jahr der Krise. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Eurozone trafen in 2012 auf einen relativ hohen Tonnagezufluss. Das erneute Überangebot an Schiffstonnage führte zu sinkenden und weiterhin teilweise nicht Kapitaldienst deckenden Charraten. Historisch niedrige Schiffswerte führten ebenso zu einer Verschlechterung des Portfolios über alle wesentlichen Schiffstypen. Zahlreiche Reedereien konnten infolge der länger als erwartet andauernden Krise ihre Schiffe nicht mehr stützen. Dennoch erweist sich die enge Begleitung der Kunden weiterhin als umsichtig und tragfähig; Neugeschäft wird nur sehr selektiv vor dem Hintergrund des Krisenmanagements vorgenommen. Auch für 2013 wird nicht von einer spürbaren Markterholung ausgegangen. Der Abbau des Überangebotes an Schiffstonnage wird erst auf mittlere Sicht gesehen. Der erhöhten Risikovorsorge stehen zum Teil auch gestiegene Erträge gegenüber.

Bei der Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften konnte die Bremer Landesbank ihre Position als führender Finanzierer mittelständischer Leasinggesellschaften in 2012 behaupten.

Während das Neugeschäft im Rahmen der Planung verlief, konnte die Ertragsprognose übertrroffen werden. Die Kompetenzcenter-Funktion innerhalb der Nord/LB-Gruppe und die breite Kundenbasis bieten hier weitere Wachstumspotenziale – auch als verlässlicher Partner für banknahe Leasinggesellschaften. Die Refinanzierung von Factoringgesellschaften rundet das Portfolio ab.

Der deutliche Schwerpunkt des Teilsegmentes Sozialimmobilien der Bremer Landesbank liegt in der Finanzierung von Pflegeheimen, für die die Bank ebenfalls die Kompetenzcenter-Funktion im Nord/LB-Konzern übernommen hat. Trotz verhaltenem Neugeschäft in 2012 wurde die Ertragsprognose erreicht und es wird von einer wieder anziehenden Kreditnachfrage ausgegangen. Die demografische Entwicklung und der wachsende stationäre Pflegebedarf unterstreichen die strategische Bedeutung des Segmentes.

Im Teilsegment der regenerativen Energien waren erneut die Teilsegmente Windkraft onshore in Deutschland inkl. des zunehmenden Repowering und Fotovoltaik die Haupttreiber für das starke und über den Erwartungen verlaufende Neugeschäft. Die erfolgte Anpassung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) wird für 2013 jedoch einen Nachfragerückgang für Fotovoltaik-Finanzierungen bedeuten. Innerhalb der Nord/LB-Gruppe nimmt die Bremer Landesbank die Kompetenzcenter-Funktion für Biogas und Fotovoltaik in Deutschland wahr. Darüber hinaus werden erfahrene Kunden selektiv ins europäische Ausland begleitet. Vor dem Hintergrund der Energiewende werden weiterhin erfreuliche Wachstumspotenziale gesehen.

Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen der Bremer Landesbank ist nach eigener Einschätzung mit den jeweiligen Teilsegmenten bei nachhaltiger Ausrichtung auf langjährige, verlässliche Kundenbeziehungen im überwiegend mittelständischen Bereich weiterhin gut positioniert und ermöglicht moderates Wachstum. Dabei wird sich das Portfolio zugunsten der Erneuerbaren Energien und zulasten der Schifffahrt sukzessive verschieben.

Die Schwierigkeiten an den Schifffahrtsmärkten hatten im Jahr 2012 nicht unmaßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis des Segments. Die Auswirkungen konnten jedoch insgesamt gut verkraftet werden. Sofern in 2013 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte die Risikovorsorge annähernd das Niveau des Jahres 2012 erreichen.

Geschäftsfeld Financial Markets

Das Geschäftsfeld Financial Markets der Bremer Landesbank stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen sowie für das Eigengeschäft der Bank bereit. Die über- und unterjährigen Refinanzierungsmaßnahmen der Bremer Landesbank werden ebenfalls im Geschäftsfeld Financial Markets durchgeführt.

Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt das Geschäftsfeld Financial Markets wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen der Bank bei.

Im Rahmen der unterjährigen Refinanzierung und Liquiditätssteuerung nutzte die Bremer Landesbank auch in 2012 neben dem Interbanken- und dem Repo-Markt laufend die verschiedenen Instrumente der Europäischen Zentralbank.

Das operative Kapitalmarktgeschäft wurde in einem Marktumfeld durchgeführt, das in 2012 erneut durch die Eurokrise und die länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen auf den Finanz- und Realmärkten gekennzeichnet war.

Die Treasury-, Handels- und Vertriebsaktivitäten der Financial-Markets-Einheiten entwickelten sich trotz des schwierigen Marktumfeldes erfreulich. Die Steuerung der Liquiditäts- und Zinsrisiken, die durchgängige Sicherstellung der Liquidität der Bank und die Versorgung der o. g. Kundengruppen mit Geld- und Kapitalmarktprodukten bildeten dabei die Schwerpunkte des Handels.

Die Sales-Einheiten des Geschäftsfeldes verzeichneten in 2012 einen anhaltend intensiven Beratungs- und Betreuungsbedarf in Geld-, Devisen- und Derivateprodukten bei konjunkturell bedingt leicht rückläufigen Umsätzen.

Insgesamt konnten die operativen Aktivitäten des Geschäftsfeldes Financial Markets der Bremer Landesbank erfolgreich zur Erzielung des erreichten Segmentergebnisses eingesetzt werden.

Das im Geschäftsfeld Financial Markets ebenfalls betriebene Verbundgeschäft der Bremer Landesbank wurde in 2012 mit der ganzheitlichen Betreuung der verbundenen Sparkassen mit Erfolg fortgesetzt. In einem nicht leichten wirtschaftlichen Umfeld mit ausgeprägten Wettbewerbsstrukturen ist es erneut gelungen, das Ergebnisniveau zu halten.

Im Konsortialgeschäft mit Firmenkunden der verbundenen Sparkassen standen neben dem klassischen Finanzierungsgeschäft erneut das Zins- und Währungsmanagement sowie das dokumentäre Auslandsgeschäft im vertrieblichen Fokus. Daneben hat die Bremer Landesbank die Verbundsparkassen an ihrem erfolgreichen Spezial- und Projektfinanzierungsgeschäft durch Syndizierungen teilhaben lassen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten im Verbund bleibt die Refinanzierung der öffentlichen Hand. Neben den eigenen Finanzierungsangeboten gegenüber Gebietskörperschaften bildete die Unterstützung der Verbundsparkassen bei deren Finanzierung der öffentlichen Hand einen weiteren Teil der Vertriebsaktivitäten.

Vor dem Hintergrund der Eurokrise sind trotz der länder- und institutionenübergreifenden Bemühungen zur Begrenzung der Folgen auf den Finanz- und Realmärkten Verwerfungen in diesen Märkten auch in 2013 nicht ausgeschlossen. Das Geschäftsfeld Financial Markets ist aber aufgrund der langjährigen Markterfahrung und der gewachsenen Kundenverbindungen gut aufgestellt für die Unterstützung der Banksteuerung und die nachhaltige Begleitung der Kunden.

Geschäftsfeld Privatkunden

Die Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise auf das Privatkundengeschäft sind nach wie vor deutlich spürbar. Die Diskussion um die Schuldsituation der Eurostaaten, verbunden mit der Anomalie der Zinsentwicklung, führen zu einer anhaltend starken Verunsicherung der privaten Investoren. In der Folge besteht ein erhöhter Informationsbedarf bei den Kunden, dem die Bremer Landesbank mit ihrem professionellen Kundenmanagement aktiv begegnet. Die Geschäftsstrategie definiert die Bremer Landesbank unverändert als Premiumanbieter für alle privaten Kundengruppen mit einer Spezialisierung auch auf Freiberufler. Schwerpunkt ist dabei die Festigung und der Ausbau der Marktanteile im Segment Private Banking. Das Private Banking der Bremer Landesbank hat seine Leistungsfähigkeit auch in Zeiten der Krise nachhaltig bestätigt.

Ein wesentlicher Baustein für die positiven Ergebnisse ist die konsequente Umsetzung des ganzheitlichen Beratungsansatzes. Dieser wird im Private Banking durch einen streng definierten und permanent qualitätsgesicherten Beratungsprozess gewährleistet und mittels eines finanzplanerischen Vermögenskonzeptes methodisch unterstützt.

Neben der privaten Lebenssituation werden im Rahmen der ganzheitlichen Beratung auch die geschäftlichen Aspekte bei Unternehmern betrachtet. Hier kooperiert das Geschäftsfeld Privatkunden sehr eng mit den anderen Marktbereichen der Bank. Dadurch konnte der als „Unternehmerbanking“ umschriebene Beratungsansatz für Unternehmer erfolgreich ausgebaut und die bestehenden Kundenbeziehungen zur Bremer Landesbank gefestigt werden.

Mit der Einheit Asset- und Portfoliomanagement verfügt die Bremer Landesbank über ein Kompetenzcenter für die professionelle Vermögensverwaltung. Die Ergebnisse des hier konzipierten SIP®-Investmentprozesses kommen insbesondere in den Vermögensverwaltungen, der SIP®-Fondsfamilie sowie im Beratungsprozess zum Tragen. Die risikoaverse Investmentstrategie aus dem daraus resultierenden SIP®-Investmentprozess konnte in diesem Jahr besonders überzeugen und führte zu deutlichen Volumenzuwächsen in den Zielsegmenten.

Die umfangreichen gesetzlichen Verbraucherschutzfordernisse haben sich in diesem Jahr z. B. durch die Einführung des Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetzes (AnSFuG) fortgesetzt.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklungen und dem eingengten Angebot für sichere Anlagen wird für das Privatkundengeschäft von weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen ausgegangen.

Gesamtaussage

Das trotz schwieriger konjunktureller Lage an den Schiffahrtsmärkten zufriedenstellende Ergebnis des Jahres 2012 bestätigt die Ausrichtung der Bremer Landesbank als Regionalbank – mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft – im und für den Nordwesten. In enger Zu-

sammenarbeit mit den Sparkassen und den Verbundpartnern hat sie sich nachhaltig als führende Bank in der Region positioniert und etabliert und ist nach wie vor mit Abstand größter Partner der mittelständischen Wirtschaft im Nordwesten. Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigem wirtschaftlichen Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2013 und 2014 weiter zielgerichtet voranzutreiben.

IV. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bank nach Abschluss des Geschäftsjahres 2012 sind bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten bzw. sind entsprechend berücksichtigt.

Bestandsgefährdende Risiken liegen unverändert nicht vor.

V. Prognosebericht

Wirtschaftliche Lage und Finanzmärkte

Nach einem Jahr 2012, das durch Dynamikverluste der Weltwirtschaft geprägt war, prognostizieren die führenden internationalen Wirtschaftsinstitute für 2013 verhaltenes Wachstum der Weltwirtschaft. Der IWF unterstellt für 2013 eine Zunahme der weltwirtschaftlichen Leistung in Höhe von 3,5 % nach 3,2 % für 2012. Im laufenden Jahr 2013 bleiben die Schwellenländer mit einem Anteil an der Weltwirtschaft von mehr als 50 % wesentlicher Motor der Weltwirtschaft. Der IWF erwartet in diesem Segment Wachstum in einer Größenordnung von 5,5 % nach 5,1 % in 2012. Die Industrienationen sollen gemäß aktueller Analyse des IWF mit einer Zunahme um 1,4 % nach 1,3 % in 2012 aufwarten.

Aus der Analyse der globalen zyklischen Kräfte, ob Lagerzyklus oder Investitionsgüterzyklus, lassen sich Untersättigungseffekte erkennen, die politisch bedingt waren und sind. Die bis September zunehmende Defizitkrise der Eurozone war der Katalysator der globalen Dynamikverluste der Weltkonjunktur. Die Maßnahmen der politischen Eliten der Eurozone, ob die Aufsetzung des ESM, der Wirtschaftspakt oder der Fiskalpakt, aber insbesondere das unabhängig verkündete konditionierte Staatsanleiheankaufprogramm der EZB, bildeten und bilden den Boden für eine nachhaltige Entspannung der von der Eurozone ausgehenden politischen Risiken für die Weltkonjunkturlage.

Die durch das politische Risiko des möglichen Zerfalls der Eurozone forcierte Untersättigung im Lager- und Investitionsgüterzyklus des Jahres 2012 eröffnet entsprechend Potenzial für eine stärkere weltwirtschaftliche Konjunkturlage für 2013 durch notwendige Aufholeffekte als derzeit in Prognosen unterstellt.

Zu Jahresbeginn 2013 signalisieren die Finanzmärkte im Rahmen der Bewertung der Reformländer und Risikoaktiva Zuversicht. Frühindikatoren und Einkaufsmanagerindizes legen weltweit zu und überraschen überwiegend in der Amplitude der Anstiege. Auffällig ist die Homogenität auf globaler Ebene, also die Gleichschaltung des internationalen Konjunkturtrends. Realwirtschaftliche Entscheidungen im Investitionssektor bedürfen anderer Vorlaufzeiten als finanzwirtschaftliche Investitionen, die per Knopfdruck revidierbar sind. Üblich sind je nach Umfang der Investition sechs bis zwölf Monate. Entsprechend ist die maßgebliche realwirtschaftliche Traktion der Entspannung der Defizitkrise der Eurozone im Jahresverlauf ab 2. Quartal 2013 zu erwarten.

Die Deutsche Bundesbank schreibt in ihrem Monatsbericht für Dezember 2012, dass sich die Konjunkturperspektiven in Deutschland im Winterhalbjahr eingetrübt hätten. Die Bundesbank unterstellt, dass die Schwächephase nicht allzu lange anhalten und Deutschland wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren würde. Grundvoraussetzung seien einerseits eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft, eine Fortsetzung des Reformprozesses in der Eurozone und das Ausbleiben größerer negativer Überraschungen.

Die Bundesbank unterstellt für Deutschland für 2013 nur sehr verhaltenes Wachstum des BIP in Höhe von 0,4 %. Die Bundesbank weist in ihrem Monatsbericht auf das hohe Maß an Unsicherheiten hin. Ein deutlich positiveres Konjunkturszenario der Weltwirtschaft, der Eurozone und auch Deutschlands wird ausdrücklich nicht ausgeschlossen.

Infolge des Wachstums der letzten Jahre, den Folgen der Agenda 2010, des sehr niedrigen Eurokurses in 2012 und extrem günstiger Refinanzierungsbedingungen für Deutschland an den Kapitalmärkten kommt die Gesundung des öffentlichen Haushalts in Deutschland voran. So wie das Jahr 2011 hinsichtlich der Haushaltsprognosen der Bundesregierung positiv überraschte, ergab sich auch 2012 gegenüber der Planung ein deutlich höheres Steueraufkommen mit der Folge eines geringen öffentlichen Haushaltsüberschusses in Höhe von 0,1 % des BIP. Im Jahr 2013 hängt die Haushaltslage wesentlich an der Konjunkturlage. Die Bundesbank erwartet auf Basis der sehr moderaten Wachstumsprognose laut Monatsbericht Dezember 2012 ein Haushaltsdefizit in Höhe von 0,75 % des BIP.

Die Finanzmärkte zeigen sich zu Jahresbeginn 2013 in einer entspannten Haltung gegenüber den europäischen Reformländern. Diese Tendenz ergibt sich seit September 2012 und hat dank der Haltung der EZB und der politisch Verantwortlichen der Eurozone die Qualität einer dauerhaften Neubewertung, die hinsichtlich der gegebenen Reformertolge der Peripheriestaaten sachlich verdient ist.

Die dauerhafte Nullzinspolitik der Federal Reserve, das monatliche Federal Reserve-Anleiheankaufprogramm im Volumen von 85 Mrd. USD, die Geldpolitik und die Zinspolitik der Bank of England, das ambitionierte britische Anleiheankaufprogramm und die aggressive Neuausrichtung der Bank of Japan bei Zins-, Geld- und Anleiheankaufpolitik unterstreichen den Willen der entscheidenden Zentralbanken, Grundlagen für konjunkturelle Stabilität und Expansion zu liefern. Sie schaffen unterschwellig Anreize, für eine Positionierung in den Klassen der Risikoaktiva, mit dem Ziel, die Funktionalität dieser Märkte für die Realwirtschaft zu beleben und zu gewährleisten. Sie schaffen andererseits Risiken. Überbewertung wirtschaftlicher Aktiva mit Blasenbildung oder Gefährdung der Preisstabilität sind in 2013 mögliche Problemfelder.

Vor diesem Hintergrund sind die deutschen Bundesanleihen ambitioniert bewertet. Aktien (DAX) sind im historischen Vergleich und unter zyklischen Gesichtspunkten unterbewertet. Die verhalten eingeschätzten Inflationspotenziale basieren auf moderaten Wachstumsprognosen. Bei einer Belebung der Weltwirtschaft ergeben sich höhere Inflationsrisiken als derzeit unterstellt.

Region

Laut der Handelskammer-Konjunkturumfrage Bremens kam es im vierten Quartal 2012 zu einer Verbesserung des Konjunkturklimas nach Rückgängen bis Herbst 2012. Die Korrelation mit der Entspannung der europäischen Defizitkrise und den damit abnehmenden politischen Risiken, die die Weltwirtschaft belasteten, ist ausgeprägt.

Die Geschäftslage wird zum Jahresende 2012 überwiegend als gut klassifiziert. Die Erwartungshaltung hat sich leicht verbessert.

Die Risikoeinschätzungen der befragten Unternehmen fallen moderater als im Vorquartal aus. Beschäftigungspläne bewegen sich auf stabilem Niveau. Insbesondere der industrielle Sektor befindet sich wieder im Aufwind. Leicht verstärkte Investitionsbereitschaft ist erkennbar. Hier spielen vor allen Dingen Ersatzinvestitionen eine hervorgehobene Rolle. Diese Tendenz untermauert die These der Untersättigung im Investitionsgüterzyklus, die es aufzuholen gilt.

Die enge Verknüpfung der bremischen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft signalisiert grundsätzlich für 2013 einen höheren Wachstumspfad als 2012.

Der Tendenzumschwung der Konjunkturumfrage impliziert für 2013 einen positiven Auftakt und nachhaltiges Potenzial für eine fortgesetzte wirtschaftliche Expansion.

Hinsichtlich der geringeren, aber unverändert gegebenen politischen Risiken bezüglich der europäischen Defizitkrise als auch internationaler Ungleichgewichte sind konjunkturelle Rückschläge nicht auszuschließen. Entsprechend wird sich die wirtschaftliche Expansion am Pfad der politischen Entwicklungen orientieren und sukzessive Raum greifen.

Die oldenburgische Wirtschaft zeigt sich ob der Konjunkturentwicklung laut der Konjunkturumfrage des vierten Quartals der Oldenburgischen IHK für 2013 optimistischer als im Vorquartal.

Der Optimismus für 2013 ist gepaart mit unverändert schwierigen Rahmenbedingungen aus Sicht der Unternehmen. Steigende Energiepreise neben der abnehmenden, aber immer noch gegebenen Staatsschuldenkrise als auch Risiken für die Weltwirtschaft bleiben kritische Themen in der Wahrnehmung der Wirtschaft.

Die Unternehmen erwarten ab 2. Quartal 2013 eine Belebung der Konjunktur. Verbesserte Exportchancen, stärkere Investitionstätigkeit und Wachstum des Dienstleistungssektors sind voraussichtlich die maßgeblichen Katalysatoren der Konjunkturentwicklung in diesem IHK-Bezirk. Nachhaltige Veränderungen am Arbeitsmarkt zeichnen sich laut Umfrage für 2013 nicht ab.

Die Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg konstatiert zu Jahresbeginn 2013 die robuste Verfassung der Wirtschaft in diesem IHK-Bezirk, die sich von anderen Bezirken auch in der konjunkturellen Abschwächung in 2012 positiv abhob. Im vierten Quartal legte der Konjunkturklimaindex nach zwei Rückgängen zuvor wieder zu.

Laut IHK ist die Ausgangsposition der regionalen Wirtschaft hervorragend. Tragende Sektoren der regionalen Konjunkturentwicklung für 2013 sind voraussichtlich Großhandel, Einzelhandel und Verkehrsgewerbe. Die Investitionsbereitschaft ist in diesem IHK-Bezirk ausgeprägt. Wachstumschancen liegen darüber hinaus in einem verstärkten Exportgeschäft. Die positiven Impulse für den Arbeitsmarkt sind zu Jahresbeginn übersichtlich.

Losgelöst von der robusten Gesamtlage und der positiven Erwartungshaltung ist für die weitere Konjunktorentwicklung das global gegebene politische Risikocluster von hoher Bedeutung.

Bremer Landesbank

Mit der rechtzeitigen und konsequenten Ausrichtung auf ihr Geschäftsmodell hat die Bremer Landesbank sich gut positioniert, um auch in schwierigerem wirtschaftlichen Umfeld in sicherem Fahrwasser profitabel zu bleiben und ihre geschäftliche Entwicklung in den Jahren 2013 und 2014 weiter zielgerichtet voranzutreiben. Die akute Krise auf den Finanz- und Kapitalmärkten hat sich im Laufe des Jahres 2012 abgeschwächt, die weiterhin bestehende Unsicherheit über die Finanzierbarkeit der hohen Verschuldung einiger Staaten hat jedoch nach wie vor zu Ausschlägen auf den Märkten geführt. Die negativen Folgen der Krise wirkten sich insbesondere im Schifffahrtsbereich auch im Jahr 2012 in der Realwirtschaft aus. Dies wird vermutlich auch in den kommenden Jahren noch eine Rolle spielen.

Unterstützende Impulse werden von den diversen Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand, aber auch von der Geschäftsausweitung in Zukunftsbranchen erwartet. Die Anerkennung des Nordwestens als Metropolregion kann der regionalen Wirtschaft, insbesondere dem Mittelstand, zu weiterem Wachstum verhelfen, ebenso umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen entlang von Straße, Schiene und Wasserwegen sowie Großprojekte, wie z. B. in der Hafenwirtschaft.

Der Wettbewerb im Kreditgewerbe wird weiter zunehmen. Speziell der in der Vergangenheit oftmals untergewichtete Mittelstand ist mittlerweile in den Fokus der Großbanken geraten. Mit Blick auf Wettbewerbsvorteile wie ortsansässige Beratung, kurze Entscheidungswege und Kapitalmarktcompetenz vor Ort, Expertise im Auslandsgeschäft und eine umfangreiche Produkt- und Leistungspalette ist die Bremer Landesbank dennoch zuversichtlich, sich im Wettbewerb um dieses risikoarme und ertragreiche Geschäft nicht nur zu behaupten, sondern ihre Marktanteile durchaus noch weiter ausbauen zu können.

Die nachhaltig gestärkte Kooperation mit den verbundenen Sparkassen und Landesbanken, kurze Entscheidungswege und hohe Reaktionsgeschwindigkeit bilden Erfolg versprechende Rahmenbedingungen für eine weitere solide Entwicklung des Ergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern.

Gesamtbanksteuerung

Verantwortung für die laufende Weiterentwicklung der wert- und risikoorientierten Steuerung trägt der Bereich Gesamtbanksteuerung. In 2012 wurde eine Vielzahl von Aktivitäten zur Unterstützung der obersten Entscheidungsträger, der laufenden Optimierung der Steuerung und zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfolgreich durchgeführt. Beispiele sind die intensive Begleitung der Kapitalwandlung und die Vorbereitung auf die neuen Meldungen nach den Basel-III-Vorschriften.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nach den Einschätzungen der Bank wird der Jahresüberschuss in den Jahren 2013 und 2014 wieder ansteigen. Ebenso wird von der Möglichkeit zur weiteren Stärkung der Kapitalbasis ausgegangen. Die Zahlung einer Dividende für das Jahr 2013 ist aufgrund der o. a. Zusagen der NORD/LB gegenüber der EU nicht möglich; für 2014 wird von einer angemessenen Dividendenhöhe ausgegangen. Eine Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsmaßnahmen wird nach den Planungen der Bank nicht erforderlich sein.

In den kommenden Jahren wird sich das Zinsergebnis nach Wegfall der Sondereffekte auf reduziertem Niveau bewegen. Danach wird wieder ein kontinuierlicher Anstieg unterstellt. In den Jahren 2013 und 2014 sollte sich das Provisionsergebnis auf dem 2012 erreichten Niveau stabilisieren können. Es werden unverändert Chancen gesehen, auch in den Jahren 2013 und 2014 erfolgreich an den Finanzmärkten zu agieren. Für das Jahr 2013 wird ein deutlicher Rückgang der Personalaufwendungen erwartet, da ein Tarifabschluss die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung nicht beeinflussen wird. Im Jahr 2014 unterstellt die Bank erneut einen tarifbedingten Anstieg. Für die anderen Verwaltungsaufwendungen ist in den kommenden Jahren eine sukzessive Konsolidierung des Kostenniveaus vorgesehen. Der Risikovorsorgebedarf in den Jahren 2013 und 2014 wird voraussichtlich noch durch die nur allmählich nachlassenden Folgen der Finanzmarktkrise und die anhaltenden Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten geprägt sein. Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschiffahrt bestimmt. Sofern in 2013 in diesem Bereich keine Markterholung einsetzt, dürfte die Risikovorsorge annähernd das Niveau des Jahres 2012 erreichen.

Es wird erwartet, dass der Return on Equity nach dem zufriedenstellenden Ergebnis des Jahres 2012 in der Betrachtungsperiode wieder ansteigen wird. Die Cost-Income-Ratio wird sich in den Jahren 2013 und 2014 auf etwas höherem Niveau als im Jahr 2012 bewegen. Die Risikoquote wird im Prognosezeitraum insgesamt voraussichtlich sukzessive absinken. Nach den Planungen der Bank werden die Risikoaktiva im Prognosezeitraum zuerst deutlich ansteigen, um danach kontinuierlich abzusinken.

Gesamtaussage

Die Schwierigkeiten an den Schiffahrtsmärkten und der Schuldenschnitt Griechenlands hatten im Jahr 2012 nicht unmaßgeblichen Einfluss auf das handelsrechtliche Ergebnis der Bremer Landesbank. Die Auswirkungen konnte die Bank jedoch aufgrund ihrer operativ guten Ertragslage verkraften. Die Bank geht davon aus, dass die operative Ertragslage auch in den Jahren 2013 und 2014 gut bleiben wird.

VI. Chancen- und Risikobericht

Gesamtbanksteuerung

Strategie und Management

Als Risiko definiert die Bremer Landesbank aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Möglichkeit direkter oder indirekter finanzieller Verluste aufgrund unerwarteter negativer Abweichungen der tatsächlichen von den prognostizierten Ergebnissen der Geschäftstätigkeit. Als für die Bank wesentliche Risiken gelten Adressrisiken (Kredit- und Beteiligungsrisiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken.

Die Bremer Landesbank lebt eine offene Risikokultur und fördert damit den bewussten Umgang mit Risiken. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind in der Bank klar geregelt. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -steuerung und -überwachung trägt der Gesamtvorstand.

Der Vorstand hat eine nachhaltige Geschäftsstrategie sowie eine dazu konsistente Risikostrategie festgelegt. Diese orientiert sich an den Vorgaben der MaRisk und an der Risikostrategie für die NORD/LB-Gruppe. In der Strategie spiegelt sich die nachhaltige Risikopolitik des Geschäftsmodells der Bremer Landesbank wider. Sie dient als Leitlinie für die Bremer Landesbank und enthält Aussagen zu den risikopolitischen Grundsätzen und der Organisation des Risikosteuerungsprozesses der wesentlichen Risikoarten. Die Risikostrategie wird mindestens jährlich überprüft, dem Aufsichtsrat der Bremer Landesbank zur Kenntnis gegeben und mit ihm erörtert.

Der Vorstand hat ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das die gesetzlichen Anforderungen erfüllt und den internen betriebswirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken aus dem Bankgeschäft. Der Risikomanagementprozess unterliegt einer stetigen Überprüfung und Weiterentwicklung hinsichtlich der Aufbau- und Ablauforganisation, der Methodik der Risikoquantifizierung sowie der Aktualität relevanter Parameter.

Die Bank hat einen bereichsübergreifenden Risikomanagementprozess implementiert. Im Rahmen des Prozessschrittes Risikoidentifikation (Risikoinventur) werden die für die Bank relevanten Risikoarten mindestens jährlich sowie anlassbezogen identifiziert und auf ihre Wesentlichkeit analysiert. Die wesentlichen Risiken durchlaufen danach die weiteren Prozessschritte Risikobewertung, Risikoreporting sowie Risikosteuerung und Überwachung. Die Prozessschritte werden laufend in einem von der Risikoart abhängenden Rhythmus durchgeführt. Die Instrumentarien zur Risikosteuerung werden sowohl durch betriebsorganisatorische Maßnahmen als auch durch die Anpassung von Risikomess- und Risikosteuerungsparametern laufend verfeinert.

Das bankweit veröffentlichte Risikohandbuch hat die Funktion eines Klammerdokuments und verbindet die drei Dimensionen Strategien, Methoden und Prozesse. Es trägt zu einem einheitlichen Risikoverständnis innerhalb der Bank bei, ist Basis für die Weiterentwicklung des Risikobewusstseins und schafft die notwendige Transparenz. Konkretisierungen und Details werden in risikoartenspezifischen Risikohandbüchern, Rahmendokumenten und Arbeitsanweisungen geregelt und durch Vorstandsbeschlüsse ergänzt. Im Rahmen der Anforderungen an die schriftlich fixierte Ordnung werden die Dokumente des Risikomanagementsystems regelmäßig aktualisiert.

Die Bank hat risikoartenspezifische Frühwarnsysteme eingerichtet, die dazu beitragen, latente Risiken frühzeitig zu identifizieren und zu analysieren und an die zuständigen Entscheidungsträger weiterzuleiten.

Aufbauorganisation

Grundsätzlich sind der Vorstand und die am Risikomanagementsystem beteiligten Organisationseinheiten in gruppenweite Gremien einbezogen, um die Vorgaben der Risikostrategie der NORD/LB-Gruppe einzuhalten. Gruppenweite methodische Standards werden so gewährleistet und weiterentwickelt bzw. abweichende institutsspezifische Regelungen abgestimmt.

Das Risikocontrolling ist auf Gesamtbankebene dafür verantwortlich, die verschiedenen Risiken zu identifizieren, messbar zu machen, zu bewerten und darüber zu informieren. Die Gruppen Marktpreisrisikocontrolling und Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling entwickeln in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe die Methoden, implementieren die notwendigen Systeme, überwachen den gesamten Risikomanagementprozess und berichten über die Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt in den vier Geschäftsfeldern und dem Bereich Marktfolge Finanzierungen innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen.

Die Interne Revision prüft risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des gesamten Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit. Unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und unter Vermeidung von Interessenkonflikten begleitet sie wesentliche Projekte und wird beratend tätig.

Das Interne Kontrollsystem (IKS) der Bank schafft eine einheitliche prozess- und risikoorientierte Aufbau- und Ablauforganisation und fördert somit die Prozesssicherheit, die Optimierung der Geschäftsabläufe und das Risikobewusstsein im Unternehmen.

Der Bereich Compliance fungiert als zentrale Beratungs- und Überwachungsstelle zur Einhaltung der Anforderungen an die Bank, u. a. in den Themenbereichen Wertpapier-Compliance, Geldwäscheprävention, Finanzsanktionen und Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen und Outsourcing nach MaRisk. Er berichtet direkt an den Vorstand.

Der Neue-Produkte-Prozess regelt den Umgang mit neuen Produkten, neuen Märkten, neuen Vertriebswegen und neuen Dienstleistungen. Wesentliches Ziel des Neue-Produkte-Prozesses ist es, dass alle Auswirkungen der neuen Geschäftsaktivität auf das Risikoprofil und das Risikomanagement im Vorfeld der Geschäftsaufnahme aufgezeigt, analysiert und bewertet werden.

Die Aufnahme der neuen Geschäftsaktivität wird abschließend durch den Vorstand beschlossen.

Weiterführende Aussagen zur Organisation des Risikomanagements finden sich in den folgenden Teilabschnitten je Risikoart.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Da die Bremer Landesbank eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist, sind gemäß § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist gesetzlich nicht definiert. Die Bank versteht das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich dabei an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340 Tz. 4) an. Unter einem Internen Kontrollsystem werden danach die vom Management im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Die Bremer Landesbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 289 Abs. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten maßgeblich beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Bremer Landesbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Jahresabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Bremer Landesbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sind bei der Bremer Landesbank folgende Strukturen und Prozesse implementiert:

Organisation des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Lageberichterstattung verantwortlich. Er hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet.

Die Bremer Landesbank stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB auf. Die für Kreditinstitute spezifischen Vorschriften des § 340 HGB und diejenigen der Rechnungslegungsverordnung für Kreditinstitute (RechKredV) und die Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) sowie ergänzende Vorschriften der Satzung werden zusätzlich beachtet.

Die Erstellung des Jahresabschlusses und die Rechnungslegung werden überwiegend durch den Bereich Gesamtbanksteuerung gesteuert und durchgeführt. Dieser nimmt dabei die folgenden wesentlichen Aufgaben wahr:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen
- Erstellung und Pflege der Abschlussanweisungen
- Zusammenstellung des Jahresabschlusses nebst Lagebericht
- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und operationellen Risiken

Im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses sind weitere Bereiche unter anderem mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen
- Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben
- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten
- Bereitstellung relevanter Angaben zum Anhang und Lagebericht

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Jahresabschlusses der Bremer Landesbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, Internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, Interner Revision (inklusive Auskunftsrecht)
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Bremer Landesbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstandes Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind, bevor der Jahresabschluss festgestellt wird, durch den vom Aufsichtsrat beauftragten Abschlussprüfer zu prüfen.

Die Grundsätze, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (inklusive des rechnungslegungsbezogenen) sind in einer Arbeitsanweisung niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst wird.

Im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess erachtet die Bremer Landesbank solche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems als wesentlich, die die Bilanzierung und die Gesamtaussage des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht maßgeblich beeinflussen können. Dies sind insbesondere die folgenden Elemente:

- Identifikation der wesentlichen Risikofelder und Kontrollbereiche mit Relevanz für den Rechnungslegungsprozess
- Bereichsübergreifende Kontrollen zur Überwachung des Rechnungslegungsprozesses
- Präventive Kontrollmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen der Bank, in den strategischen Geschäftsfeldern sowie in operativen, leistungswirtschaftlichen Unternehmensprozessen, die wesentliche Informationen für die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich Lagebericht generieren, inklusive einer Funktionstrennung und vordefinierter Genehmigungsprozesse in relevanten Bereichen
- Maßnahmen, die die ordnungsmäßige EDV-gestützte Verarbeitung von rechnungslegungsbezogenen Sachverhalten und Daten sicherstellen
- Maßnahmen zur Überwachung des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Bremer Landesbank dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Bremer Landesbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das Interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Buchungen verwendet die Bremer Landesbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Datenverarbeitungstools zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitorings überwacht wird.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei kommen entweder ein technisches und/oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip zum Einsatz.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Bremer Landesbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Buchung erfolgt im Vier-Augen-Prinzip.

Berichterstattung

Das Risikoberichtssystem gewährleistet die frühzeitige Risikoerkennung und stellt dem Vorstand die für die Risikosteuerung nötigen Informationen, auf Anforderung auch weitere Analysen und Zwischenberichte, zur Verfügung und unterstützt die dezentrale Risikosteuerung in den Geschäftsfeldern.

Mit dem monatlichen Bericht über die Risikotragfähigkeit erfolgt die Überwachung der in der Risikostrategie verabschiedeten Risikokapitalallokation und der Risk-Weighted Assets (RWA)-Obergrenzen. Der Vorstand erhält im Rahmen der Risikoberichterstattung regelmäßig und anlassbezogen weitere risikoartenspezifische Berichte.

Dem Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss, einem Ausschuss des Aufsichtsrates, wird fünfmal pro Jahr über die Risikosituation berichtet.

Nähere Erläuterungen zu den einzelnen Berichten sind in den jeweiligen Unterkapiteln zu finden.

Risikotragfähigkeit

Die Bremer Landesbank hat in einem mehrstufigen Prozess das Gesamtrisikoprofil ermittelt. Es bildet die für die Bank relevanten Risiken ab und unterscheidet zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Risikoarten. Wesentlich sind in diesem Zusammenhang alle Risikoarten, die die Kapitalausstattung, die Ertragslage, die Liquiditätslage oder das Erreichen von strategischen Zielen wesentlich beeinträchtigen können. Das Gesamtrisikoprofil der Bremer Landesbank wird jährlich sowie anlassbezogen überprüft (Risikoinventur) und bei Bedarf angepasst.

Risiko/Subrisiko (Risikouniversum)			relevant	wesentlich			
Adressrisiken	Kreditrisiken	Klassisches Kreditrisiko	x	x			
		Adressrisiko des Handels			Ausfallrisiko im Handel		
					Wiedereindeckungsrisiko		
					Settlementrisiko	Vorleistungsrisiko	
						Abwicklungsrisiko	
					Emittentenrisiko		
	Beteiligungsrisiken	x	x				
Marktpreisrisiken	Zinsrisiken	Allgemeines Zinsrisiko	x	x			
		Besonderes Zinsrisiko					
	Währungsrisiken						
	Aktienkursrisiken						
	Fondspreisrisiken						
	Volatilitätsrisiken						
	Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch						
	Rohwarenrisiken	—			—		
	Liquiditätsrisiken	Klassisches Liquiditätsrisiko			x	x	
		Refinanzierungsrisiko					
Marktliquiditätsrisiko							
Operationelles Risiko	Rechtsrisiko		x	x			
	Reputationsrisiko als Folgerisiko						
	Compliance-Risiko						
	Outsourcing-Risiko						
	Fraud-Risiko						
Weitere Risiken	Veritätsrisiko		x	—			
	Geschäfts- und strategische Risiken inkl. Verbundrisiken						
	Reputationsrisiken						
	Syndizierungsrisiken						
	Modellrisiken						
	Immobilienrisiken						
	Restwertrisiken						
	Versicherungstechnische Risiken						
Kollektivrisiken							

Die aus den wesentlichen Risiken der Bremer Landesbank resultierenden Risikopotenziale müssen durch das Risikodeckungskapital laufend abgedeckt sein. Die Überwachung erfolgt auf Grundlage des Risikotragfähigkeitsmodells (RTF-Modell).

Vor dem Hintergrund der branchenweiten Diskussion mit der deutschen Aufsicht zur Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und den diesbezüglich von der Aufsicht formulierten Anforderungen wurde das RTF-Modell in der NORD/LB-Gruppe einer kritischen Prüfung unterzogen, um auch künftig die Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu erfüllen. Die Umstellung auf das überarbeitete RTF-Modell erfolgte zum Stichtag 31. März 2012. Weitere Änderungen erfolgten zum Stichtag 31. Dezember 2012.

Das RTF-Modell besteht aus drei Säulen:

- Die erste Säule stellt die Going-Concern-Sicht dar und geht von der Unternehmensfortführung auf Basis des bestehenden Geschäftsmodells aus, auch dann, wenn alle zur Verfügung stehenden Deckungsmassen aufgezehrt worden sind. Die Risikomessung basiert auf einem definierten Konfidenzniveau von 90 % und stellt die gesamten ökonomisch ermittelten Risikopotenziale dem Risikokapital gegenüber. Das Risikokapital wird im Zuge einer Engpassbetrachtung aus den freien Eigenmitteln gemäß Solvabilitätsverordnung (SolV) zu festgelegten Mindestquoten (Gesamtkapital und Kernkapital) ermittelt und bezüglich verschiedener Aspekte angepasst. Der Fokus liegt im neuen Modell auf dieser ersten Säule. Diese Säule ist seit der Umstellung maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß den MaRisk, bisher war dies die zweite Säule, die ökonomische Kapitaladäquanz.
- Die zweite Säule wurde als Gone-Concern-Sicht (Liquidationsszenario; bisher ökonomische Kapitaladäquanz) ausgestaltet. Sie wird als Nebenbedingung weitergeführt. In der Gone-Concern-Säule wird bei der Ermittlung des Risikopotenzials auf ein höheres Konfidenzniveau von 99,9 % abgestellt. Die Risikomessung reflektiert schwerwiegende Ereignisse, welche in dieser Höhe statistisch circa alle 1.000 Jahre auftreten. Kapitalseitig werden sämtliche Eigenkapital- und eigenkapitalnahen Bestandteile und stille Lasten einbezogen. Eine Berücksichtigung von unterjährigen risikokapitalwirksamen Effekten wird durchgeführt. Bei Verzehr des zur Abdeckung der Risiken benötigten Kapitals wäre eine Fortführung der Bank unter ansonsten unveränderten Annahmen grundsätzlich nicht mehr möglich.
- In der dritten Säule, der Regulatorik, wird die Risikotragfähigkeit auf Basis der regulatorischen Vorgaben geprüft. Kapitalseitig wird auf alle aufsichtsrechtlichen Kapitalbestandteile abgestellt. Diese Sichtweise ist als strenge Nebenbedingung einzuhalten.

Während die Risikotragfähigkeit bisher über den Deckungsgrad definiert wurde, erfolgt die Überwachung der Tragfähigkeit seit dem 31. März 2012 über den Auslastungsgrad (Quotient aus Summe der Risikopotenziale und gesamtem Risikokapital).

Hinsichtlich des Shortfalls wird seit dem 31. Dezember 2012 in der ersten Säule – korrespondierend zu den übrigen Risikopotenzialen – nicht mehr die regulatorische Größe, sondern die ökonomische Größe in der Position „Sonstige“ berücksichtigt.

Stressbetrachtungen ergänzen alle drei Säulen. Die Stresstests basieren auf den Geschäfts- und Risikoschwerpunkten der Bremer Landesbank. Alle Stress-Szenarien sind risikoartenübergreifend ausgestaltet und haben eine Risikokapital- und eine Risikopotenzialwirkung.

Die Ermittlung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt auch Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch über Risikoarten hinweg. Konzentrationen innerhalb einer Risikoart betreffen maßgeblich Kreditrisiken als bedeutendste Risikoart der Bremer Landesbank. Diese werden über das interne Kreditrisikomodell in das RTF-Modell integriert. Risikoartenübergreifende Konzentrationen werden mit den gezielten Stresstests regelmäßig überwacht und berichtet.

Die Risikoneigung der Bank wird nach Abzug eines Puffers durch den Vorstand der Bank in der Risikostrategie festgelegt. Es sind operative Limite für jede Risikoart festgelegt. Parallel erfolgt die Kapitalallokation auf die Geschäftsfelder der Bank in Form von Obergrenzen für die risikogewichteten Aktiva. Die genannten Kennzahlen und Limite werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung überwacht.

Entwicklung im Jahr 2012

Risikopotenzialauslastung des vorhandenen Risikokapitals in der ökonomischen Kapitaladäquanz

Mio. €	Risikotragfähigkeit			
	31.12.2012		31.12.2011 ¹⁾	
Risikokapital	553,4	100,0 %	557,9	100,0 %
Kreditrisiken	147,9	26,8 %	124,1	22,2 %
Beteiligungsrisiken	3,9	0,7 %	4,3	0,8 %
Marktpreisrisiken	55,1	10,0 %	30,9	5,5 %
Liquiditätsrisiken	17,0	3,1 %	22,2	4,0 %
Operationelle Risiken	7,7	1,4 %	7,2	1,3 %
Sonstige	-127,3	-23,0 %	-132,4	-23,7 %
Risikopotenzial gesamt	104,3		64,6	
Auslastungsgrad		19,0 %		11,6 %

¹⁾ Per 31.12.2011 fließt in die Risikopotenzialberechnung methodisch bedingt als Abzugsposten unter „Sonstiges“ maximal der Kreditrisikobetrag ein (-124,1 Mio. €). Daraus ergibt sich der in der Tabelle ausgewiesene Risikopotenzialbetrag sowie der Auslastungsgrad per 31.12.2011.

Der Auslastungsgrad beläuft sich zum 31. Dezember 2012 auf 19,0 %. Die Vergleichswerte zum 31. Dezember 2011 werden unter nachträglicher Berücksichtigung der vorgenommenen Überarbeitung des RTF-Modells ausgewiesen.

Auch im Jahr 2012 haben die Ratingagenturen weltweit die Ratings von Banken kritisch beurteilt. Im Februar hat Moody's angekündigt, 116 europäische Banken wegen der möglichen negativen Einflüsse der weiterhin bestehenden europäischen Staatsschuldenkrise auf das wirtschaftliche Umfeld und ihre Ertragssituation auf eine Herabstufung zu überprüfen. In diesem

Zusammenhang hat Moody's auch das Rating für die Bremer Landesbank auf A3 (langfristig) und P-2 (kurzfristig) bei stabilem Ausblick herabgestuft. Das Langfrustrating von Fitch ist mit A (stabiler Ausblick) bestätigt worden (kurzfristig F1).

Im Jahr 2012 hatten zwei Eigenkapital erhöhende Maßnahmen Auswirkungen auf die Risikokapitalsituation der Bank. Am 28. August 2012 wurden stille Einlagen in Höhe von 607,9 Mio. € umgewandelt. Die neue Kapitalstruktur ermöglicht der Bank auf Anhieb die Erfüllung der Anforderungen nach Basel III. Am 16. November 2012 wurden 150 Mio. € und am 6. Dezember 2012 weitere 50 Mio. € Nachrangkapital aufgenommen. Der Auslastungsgrad in der Going-Concern-Sicht des Risikotragfähigkeitsmodells lag am 31. Dezember 2012 bei 19,0 %. Die Gesamtkennziffer verbesserte sich zum 31. Dezember 2012 von 10,6 % auf 11,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Schuldenkrise vieler Euroländer, insbesondere in den sogenannten PIIGS-Staaten, verstärkte sich im 1. Halbjahr 2012, verbunden mit einem Anstieg des Itraxx Financial 5y Senior, der im Mai 2012 mit 305 BP den Höchststand sah. Mit der Ankündigung von EZB-Präsident Draghi, alles für die Stabilität der Eurostaaten zu tun und dem verstärkten Bekenntnis der europäischen Regierungen zum Erhalt des Euro stabilisierten sich die Märkte und insbesondere die Renditen am Kapitalmarkt für Anleihen Spaniens und Italiens gingen deutlich zurück. Der Itraxx Financial 5y Senior fiel bis zum Jahresende auf 141 BP. Das Vertrauen in das Bankensystem ist trotz der massiven Kapitalerhöhungen in 2012 noch nicht zurückgekehrt. Das Bankensystem bleibt von der EZB-Refinanzierung abhängig. Allerdings ist eine Stabilisierung eingetreten und im 2. Halbjahr konnten vermehrt ungedeckte Anleihen am Kapitalmarkt platziert werden.

Nachdem die aus dem Credit Event Griechenlands gelieferten Wertpapiere verkauft wurden, befindet sich mit Italien nur noch ein direktes Staatsrisiko in Form von Kreditderivaten im Credit-Investment-Portfolio der Bank. Das Portfolio wird von Bankenrisiken dominiert, die gut diversifiziert sind. Die Ausfallrisiken werden als eher gering eingeschätzt. Credit Events bei Kreditderivaten resultieren nicht aus Bonitätsgründen, sondern aufgrund von Restrukturierungen bei Nachrangkapital.

Kreditrisiko

Das Adressrisiko (inklusive Länderrisiko) umfasst das Kreditrisiko und das Beteiligungsrisiko. Neben das originäre Adressrisiko tritt bei grenzüberschreitenden Transaktionen das Länderrisiko (Transferrisiko). Es beinhaltet die Gefahr, dass trotz Fähigkeit und Willigkeit der Gegenpartei, den Zahlungsansprüchen nachzukommen, ein Verlust aufgrund übergeordneter staatlicher Hemmnisse entsteht.

Das Kreditrisiko untergliedert sich in das klassische Kreditrisiko und in das Adressrisiko des Handels.

- Das klassische Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Kreditschuldners ein Verlust eintritt.
- Das Adressrisiko des Handels bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners bzw. eines Vertragspartners bei Handelsgeschäften ein Verlust eintritt. Es gliedert sich in das Ausfallrisiko im Handel, das Wiedereindeckungs-, das Settlement- und das Emittentenrisiko.
 - Das Ausfallrisiko im Handel bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Schuldners ein Verlust eintritt. Es entspricht dem klassischen Kreditrisiko und bezieht sich auf Geldhandelsgeschäfte der Bereiche Geldmarkt bzw. Treasury.
 - Das Wiedereindeckungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass in einer schwebenden Transaktion mit positivem Barwert der Vertragspartner ausfällt und diese Transaktion mit Verlust wieder eingedeckt werden muss.
 - Das Settlement-Risiko untergliedert sich in das Vorleistungs- und das Abwicklungsrisiko. Das Vorleistungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass bei Erfüllung eines Geschäftes nach erbrachter eigener (Vor-)Leistung keine Gegenleistung durch den Vertragspartner erfolgt bzw. bei gegenseitiger Aufrechnung der Leistungen die Ausgleichszahlung nicht erbracht wird. Das Vorleistungsrisiko kann ausgeschlossen werden, wenn der Gegenwert vom Vertragspartner vorab valutengerecht angeschafft wird bzw. Zug um Zug anzuschaffen ist oder wenn entsprechende Deckung besteht. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Transaktionen zum vertraglich vereinbarten Erfüllungszeitpunkt oder nach dessen Ablauf beidseitig nicht abgewickelt werden können.
 - Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder aufgrund der Bonitätsverschlechterung eines Emittenten oder eines Referenzschuldners (Kreditderivate) ein Verlust eintritt.

Strategie und Management

Für die Bank stellt das Kreditgeschäft und somit das Management von Kreditrisiken eine Kernkompetenz dar, die es gilt, permanent weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Selbstverständnis der Bank ist auch künftig, sich gegenüber den Kunden als zuverlässige Regionalbank mit überregionalem Spezialgeschäft zu positionieren.

Um den besonderen Erfordernissen jedes Geschäftsfeldes gerecht zu werden, hat die Bank für jedes Marktsegment Finanzierungsgrundsätze festgelegt, die für den zuständigen Marktbereich verbindliche Leitplanken für das Kreditneugeschäft darstellen. Der Fokus im Kreditneugeschäft liegt eindeutig auf Abschlüssen mit Kunden von guter Bonität. Für das Credit-Investment-Portfolio besteht ein Neugeschäftsverbot.

Aufbauorganisation

Die Aufbauorganisation der Bremer Landesbank gewährleistet für das Kreditgeschäft eine funktionale Trennung der Marktbereiche von der Marktfolge bzw. dem Risikocontrolling bis auf Vorstandsebene. Die Aufgaben der unabhängigen Marktfolge werden vom Bereich Marktfolge Finanzierungen, die Aufgaben der unabhängigen Überwachung der Risiken auf Portfolioebene und das unabhängige Berichtswesen vom Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling im Bereich Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Das von der Bank gewählte Modell zur Funktionstrennung im Kreditentscheidungsprozess trägt ihrer strategischen Ausrichtung als Regionalbank mit überregionalem Spezialfinanzierungsgeschäft Rechnung, indem die Kreditentscheidung sowohl eine qualitativ hochwertige Risikoanalyse im Rahmen des Marktquotums als auch ein Zweitvotum der Marktfolge voraussetzt, welche damit die unabhängige und einheitliche Qualitätssicherungsfunktion für die Risikobeurteilung im Kreditgeschäft übernimmt. Die Marktfolge ist neben der Erstellung des Zweitquotums für die Überprüfung und Festsetzung des Ratings, die Überprüfung von Sicherheitenwerten, die Bearbeitung und Betreuung der Sanierungs-/Abwicklungsfälle und der Risikovorsorge sowie die Gestaltung der Prozesse und Regelwerke des Kreditgeschäftes der Bank zuständig. Der Bereich Marktfolge überwacht unabhängig von den Marktbereichen die Risiken auf Einzelkreditnehmerebene bzw. der Teilportfolioebene. Ferner obliegen dem Bereich die Optimierung und Qualitätssicherung des gesamten Kreditprozesses (Markt, Marktfolge) sowie die zentrale Zuständigkeit für die Regularien und die Meldungen gemäß § 13 und § 14 KWG.

Ab bestimmten Größenordnungen werden Entscheidungen durch den Vorstand, den Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss (AAKA) bzw. dessen Vorsitzenden getroffen. Der AAKA als Ausschuss des Aufsichtsrates hat die Aufgabe, in regelmäßig stattfindenden Sitzungen Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates bei der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung wahrzunehmen.

Basis der operativen Tätigkeiten im Kreditgeschäft sind die in den Organisationsrichtlinien der Bank enthaltenen Arbeitsanweisungen und internen Richtlinien, insbesondere die Kredit-, Zuständigkeits-, Votierungs-, Sicherheiten- und Ratingrichtlinien, welche die wesentlichen Grundsätze der Kreditvergabe enthalten.

Berichterstattung

Dem Vorstand werden im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich ein Bericht über die Intensivbetreuungs- und Problemengagements sowie die Entwicklung der Risikovorsorge (IPE-Bericht), ein Bericht über die Überwachung von Konzentrationsrisiken bei Kreditnehmereinheiten (LEM) und quartalsweise ein Kreditportfoliobericht vorgelegt.

- Im Rahmen des vom Bereich Marktfolge Finanzierungen auf Einzelkreditnehmerbasis erstellten Berichts über Intensiv- und Problemengagements erfolgt eine enge Überwachung der Entwicklung potenziell problematischer und ausgefallener Kreditnehmer. Unter anderem

können dadurch kurzfristige oder sich über einen längeren Zeitraum erstreckende strukturelle Veränderungen in diesem Portfolio bzw. hieraus abgeleiteten Teilportfolios erkannt und Aktionsfelder für risikobegrenzende bzw. risikoreduzierende Maßnahmen identifiziert werden.

- Im Rahmen des LEM-Berichts wird über Kreditnehmereinheiten berichtet, die unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bremer Landesbank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Einzelkreditnehmers und der Besicherung der Forderung eine bemerkenswerte Risikokonzentration aufweisen.
- Jeweils zum Quartalsende erstellt das Risikocontrolling einen Kreditportfoliobericht, der eine differenzierte Darstellung des Kreditportfolios beinhaltet. Das quartalsweise erstellte Pfandbriefreporting der Bank ist Bestandteil des Kreditportfolioberichtes.

Die gesamte Methodenhoheit (Rating, Scoring, Risikomodellierung) ist im Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling gebündelt.

Im Kontext der Kreditrisikosteuerung spielt der Begriff des Kreditexposures eine maßgebliche Rolle. Diese Zahl spiegelt den Gegenwert aller kreditrisikobehafteten Transaktionen mit einem Kontrahenten wider. Basis für die Berechnung des Kreditexposures sind die Inanspruchnahmen (bei Garantien der Nominalwert, bei Wertpapieren der Buchwert) und die Kreditäquivalente aus Derivaten (inklusive Add-on und unter Berücksichtigung von Netting). Unwiderrufliche und widerrufliche Kreditzusagen werden transaktionsspezifisch in das Kreditexposure eingerechnet, während Sicherheiten unberücksichtigt bleiben.

Analyse

Grundlage zur individuellen Beurteilung des Adressausfallrisikos auf Kundenebene sind die in der Sparkassenfinanzgruppe entwickelten Ratingverfahren, die auf die jeweiligen Kundensegmente individuell zugeschnitten und bankaufsichtlich zugelassen sind. Neben den wirtschaftlichen Verhältnissen werden in Abhängigkeit von der Kundengruppe auch die Marktverhältnisse, die Produktqualität, die Wettbewerbssituation, das Management sowie Cashflow- und zukunftsbezogene Daten analysiert und beurteilt.

Mithilfe dieser Ratingverfahren wird die Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditnehmern und Kontrahenten ermittelt und einer entsprechenden Ratingklasse zugeordnet. Die Bremer Landesbank verwendet die Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV).

DSGV-Masterskala

Initiative Finanzstandort Deutschland	DSGV-Masterskala	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit	Kundenklasse
Sehr gut bis gut	1 (AAAA)	0,00 %	Normalbetreuung
	1 (AAA)	0,01 %	
	1 (AA+)	0,02 %	
	1 (AA)	0,03 %	
	1 (AA-)	0,04 %	
	1 (A+)	0,05 %	
	1 (A)	0,07 %	
	1 (A-)	0,09 %	
	2	0,12 %	
	3	0,17 %	
Gut/zufriedenstellend	4	0,26 %	Intensivbetreuung
	5	0,39 %	
Noch gut/befriedigend	6	0,59 %	Intensivbetreuung
	7	0,88 %	
Erhöhtes Risiko	8	1,32 %	Intensivbetreuung
	9	1,98 %	
Hohes Risiko	10	2,96 %	Intensivbetreuung
	11	4,44 %	
Sehr hohes Risiko	12	6,67 %	Sanierung
	13	10,00 %	
	14	15,00 %	
Default (= Non-Performing Loans)	15	20,00 %	Sanierung
	16	100,00 %	
	17	100,00 %	
	18	100,00 %	
			Abwicklung

Die Ratingverfahren stellen ein Instrument des aktiven Risikomanagements dar. Die Trennschärfe (Prognosequalität) der Ratingverfahren jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirken werden regelmäßig von den Ratingdienstleistern durch Backtesting und Validierung auf Basis der Datenpools geprüft. Diese unter anderem über beobachtete Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern geben auch Impulse für Weiterentwicklungen.

Die Validierung der Ratingverfahren erfolgt über die beiden zentralen Ratingdienstleister der Sparkassenfinanzgruppe, die Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (S Rating), eine Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), und die Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU), eine zusammen mit anderen Landesbanken gegründete Gesellschaft. Beide Ratingdienstleister gewährleisten ein internes Rating im Sinne der Solvabilitätsverordnung. Auf Basis eines strukturierten Prozesses wird die Bankenaufsicht regelmäßig über Änderungen und Weiterentwicklungen bei den Ratingverfahren und sonstigen IRBA-Systemen informiert.

Die Daten der Bremer Landesbank werden bei den beiden Ratingdienstleistern gepoolt. Aufgabe der Bremer Landesbank ist es jeweils, die Angemessenheit der auf Poolebene validierten Ratingmodule für das bankinterne Portfolio nachzuweisen (Repräsentativitätsnachweis).

Die Bank hat die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung umgesetzt und unterlegt seit 2008 ihre Ausfallrisiken auf Basis des auf internen Ratings basierenden Ansatzes (Basis-IRBA) mit Eigenkapital.

Bei den Ratingsystemen der RSU engagiert sich die Bank bei der Weiterentwicklung der Methodik. Die Schwerpunkte liegen hier bei den Schiffs-, Projekt- und Leasingfinanzierungen, bei denen die Bank über eine besondere Expertise verfügt. Bei den Ratingsystemen der S Rating engagiert sich die Bank in der Qualitätssicherung der Kommunikation der erarbeiteten Ergebnisse innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe.

Zur Ermittlung der Länder- und Transferrisiken nutzt die Bremer Landesbank das volkswirtschaftliche Know-how der NORD/LB.

Die Module Banken, Corporates, Länder- und Transferrisiko, Leasing sowie das DSGV-StandardRating und das DSGV-KundenkompaktRating basieren auf Scorecard-Verfahren. Im Rahmen von Scorecard-Ansätzen werden Merkmale und Faktoren identifiziert, die die Fähigkeit aufweisen, zwischen guten und schlechten Kreditnehmern zu differenzieren. Voraussetzung für die Anwendung eines Scorecard-Ansatzes ist eine ausreichende Anzahl an relativ homogenen Kreditnehmern.

Da diese Voraussetzung bei Spezialfinanzierungen häufig nicht gegeben ist, kommt hier vorwiegend die Simulationstechnik zum Einsatz. So wird die Bewertung der Finanzierungen von Projekten, Schiffen und nationalen Immobilien mithilfe von Cashflow-Simulationsmodellen durchgeführt. Primäre Quelle für die Rückführung der Verbindlichkeit sind die Einkünfte

aus dem finanzierten Objekt. Das Kreditrisiko wird insofern durch die Schwankung der Einkünfte und Ausgaben des Objekts bestimmt. Im Simulationsverfahren wird der Cashflow des Objekts in verschiedenen Szenarien nachgebildet, die hinsichtlich der makroökonomischen und industriespezifischen Gegebenheiten variieren und die zukünftige Entwicklung von Faktoren wie z. B. Mieten und Charraten simulieren. Unter der Vielzahl der Szenarien lassen sich im Anschluss diejenigen identifizieren, in denen der Kreditnehmer als ausgefallen gelten muss.

Im Rahmen der Ratingmodule werden sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt. Im Anschluss sind noch Überschreibungsmöglichkeiten vorgesehen, Ratingverbesserungen sind jedoch nur begrenzt möglich. Zudem werden Warnsignale und der Konzernhintergrund einbezogen. Erst die Berücksichtigung dieser Aspekte führt dann zum endgültigen Ratingergebnis.

Im Jahr 2013 wird sich die Zusammenarbeit mit der NORD/LB, den in der RSU zusammengeschlossenen Landesbanken und dem DSGV bei der Weiterentwicklung der Ratingverfahren fortsetzen. Ein Schwerpunkt wird die Aufarbeitung der segmentspezifischen Auswirkungen der Finanzmarkt- bzw. Schifffahrtskrise sein.

Die vollständige Bewertung des Kreditnehmers bzw. der Transaktion bildet die Grundlage für die Kreditgewährung, die Kreditrisikosteuerung und die risikoadjustierte Kreditbepreisung des erwarteten Verlustes. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die sich in den Ratingergebnissen widerspiegelnde Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer bzw. der Transaktionen. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit hinaus sind jedoch auch die Verlustquote, die Laufzeit, der ausfallgefährdete Betrag sowie weitere transaktionsspezifische Risiken (unter anderem Währung, Produkt) von zentraler Bedeutung.

Zur Steuerung der Risiken auf Einzelgeschäftsebene wird für jeden Kreditnehmer ein spezifisches Limit festgelegt. Die wesentlichen Parameter zur Ableitung dieses Limits sind die Bonität des Schuldners, ausgedrückt durch eine Ratingnote, sowie die ihm zur Verfügung stehenden freien Mittel zur Bedienung des Kapitaldienstes.

Die Risikobewertung der Engagements erfolgt mittels Ratingverfahren und im Rahmen definierter Kreditprozesse. Im Bestandsgeschäft wird – ausgehend von den Ergebnissen turnusmäßig oder anlassbezogen durchgeführter Ratingverfahren – ein Handlungsbedarf in den operativen Bereichen identifiziert. Wesentliche Rating- bzw. Bonitätsverschlechterungen lösen je nach Rating-/Bonitätsstufe und Engagementhöhe die Erstellung eines Sachstandsberichts oder einer Kreditüberwachungsvorlage aus.

Die Bank stellt weiterhin sicher, dass Engagements mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit in gesonderten Organisationseinheiten von besonders qualifizierten Mitarbeitern betreut werden. Höhere Engagementrisiken führen gemäß Kreditregularien zu Zwangsläufigkeiten in der Bearbeitung und Steuerung. Diese Engagements sind in wesentlich kürzeren Zeitintervallen (halbjährlich oder anlassbezogen bei Negativinformationen) vorzutragen. In Abhängigkeit von

Ratingklasse und Engagementhöhe reicht der Genehmigungsprozess bis in den Gesamtvorstand. Grundsätzlich gilt folgende Zuordnung:

1. Engagements ab Ratingklasse 9 sind „intensiv“ zu betreuen. Zu analysieren sind die Ursachen für die Situationsverschlechterung und die Engagementstrategie unter Kosten-Nutzen-Aspekten. Gegebenenfalls werden die Sicherheiten verstärkt, die Konditionen angepasst und die Berichterstattungspflichten des Kunden intensiviert. Die Betreuungszuständigkeit liegt weiterhin in der Markteinheit, die Bearbeitung verbleibt in der bisher bearbeitungszuständigen Marktfolgeeinheit. Die neu zu erstellende Engagementstrategie ist mit der OE MF Sanierung abzustimmen.
2. Ab der Ratingklasse 12 erfolgt eine Übertragung der Betreuungs- und Bearbeitungszuständigkeit in die im Bereich Marktfolge Finanzierungen angesiedelte OE MF Sanierung. Dort erfolgt eine Überprüfung auf Sanierungsfähigkeit und -würdigkeit, ggf. unter Einbeziehung externer Berater. Eine Neufestsetzung der Engagementstrategie ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten vorgeschrieben. Gegebenenfalls erfolgt eine Absicherung des Sanierungskredites durch weitere adäquate Sicherheiten, eine Anpassung der Konditionen sowie eine Entscheidung über die Kündigung der Geschäftsverbindung.
3. Werden akute Ausfallrisiken erkannt, wird ein Prozess initiiert, der die zeitnahe Bildung, DV-Erfassung und Kommunikation einer Einzelwertberichtigung einheitlich in der Bank sicherstellt. Diese Engagements sind grundsätzlich neu zu bewerten, wobei der Ausfallgrund „EWB-Bildung“ zu erfassen ist. Aus der Einstufung ergeben sich die bereits aufgeführten Zwangsläufigkeiten. Bei erheblichem Risikovorsorgeneu- und -mehrbedarf (ab 1 Mio. € im laufenden Jahr) wird über den Dezernenten Marktfolge der Gesamtvorstand unverzüglich informiert.
4. Gekündigte Engagements werden durch die OE Abwicklung bearbeitet; bei Kündigung des Engagements, Insolvenz oder Ähnlichem ist ein neues Rating zu erstellen, wobei der jeweilige Ausfallgrund zu erfassen ist.

Zur Identifizierung und Überwachung von Risikokonzentrationen auf Ebene der Kreditnehmereinheiten hat die Bank ein LEM-Limitmodell (LEM = Large Exposure Management) im Einsatz. Die Limitierung erfolgt dabei auf Basis wirtschaftlicher Verbünde, die mindestens Kreditnehmereinheiten nach § 19 Abs. 2 KWG, ggf. ergänzt um indirekte Obligos, umfassen. Das Modell erlaubt eine Bewertung des Risikokonzentrationsgehalts eines Engagements unter Berücksichtigung des Risikodeckungskapitals der Bank und der Risikopräferenzen der Geschäftsleitung sowie unter Berücksichtigung der Bonität des Kreditnehmers und der Besicherung der Forderung.

Das Limitmodell definiert für jedes Large Exposure Grenzen, anhand derer ein Engagement als unauffällig (Weiß-Bereich), risikokonzentrationsbehaftet (Grau-Bereich) oder stark risikokonzentrationsbehaftet (Schwarz-Bereich) klassifiziert wird. Ziel ist es, Engagements im Schwarz-Bereich zu reduzieren und im Grau-Bereich ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko

und Ertrag zu erhalten. Damit ist ein Schutz vor zu hohen Konzentrationen auf Adressebene gewährleistet.

Die Steuerung von Risiken auf Portfolioebene erfolgt im Wesentlichen auf Basis von Risikoaktivaobergrenzen für Geschäftsfelder sowie auf Basis von Länder- und Branchensegmentlimiten. Die Obergrenzen werden aus der Risikotragfähigkeit der Bremer Landesbank abgeleitet.

Für die Bemessung der Adressausfallrisiken sind neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten auch die zur Verfügung gestellten banküblichen Sicherheiten und andere Risikominderungstechniken von wesentlicher Bedeutung. Die Bank nimmt daher zur Reduzierung des Adressausfallrisikos in- und ausländische Sicherheiten in Form von Gegenständen und Rechten (Beleihungsobjekten) herein. Bei der Hereinnahme von Sicherheiten wird auf die Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen der Besicherung geachtet.

Die Sicherheiten werden sowohl zum Zeitpunkt der Kreditgewährung als auch in der laufenden (mindestens jährlichen) Überwachung danach beurteilt, ob sie nach der voraussehbaren wirtschaftlichen Entwicklung während der (Rest-)Laufzeit des Kredites zu dem angenommenen Wert als verwertbar erscheinen. Es wird daher in jedem Einzelfall geprüft, ob der Wertansatz nach der besonderen Art der Sicherheit und nach ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit unter Würdigung der Person des Kreditnehmers und der Art des Kredites gerechtfertigt erscheint. Sofern sich bewertungsrelevante Einflussfaktoren geändert haben, wird die Bewertung entsprechend angepasst.

In den Kreditrichtlinien und Beleihungsgrundsätzen der Bank ist festgelegt, welche grundsätzlichen Arten von Sicherheiten und Beleihungsobjekten Verwendung finden sollen und bis zu welchem Anteil des Beleihungswertes (Beleihungsgrenze) ein Beleihungsobjekt maximal beliehen werden kann. Als Kreditsicherheiten werden Bürgschaften, bürgschaftsähnliche Kreditsicherheiten, Sicherungsabtretungen von Forderungen und anderen Rechten, Pfandrechte an beweglichen Sachen, Immobilien, Forderungen und anderen Rechten sowie Sicherungsübertragungen von beweglichen Sachen hereingenommen. Darüber hinaus können weitere Sicherheiten mit dem Kreditnehmer kontrahiert werden, die jedoch den Blankoanteil des Engagements nicht reduzieren.

Zur Berechnung der Kreditrisikominderung werden die relevanten Sicherheiten vollständig im Collateral-Management-System (CMS) erfasst. Die realistische Einschätzung der Sicherheitenlöse bzw. der Verlustquote bei Ausfall sowie der ausfallgefährdeten Beträge ermöglicht zusammen mit der Ausfallwahrscheinlichkeit eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements.

Die Bank ist zuletzt 2004 im Rahmen von Verbriefungstransaktionen als Investor aufgetreten und verfügt per Jahresultimo über keinen Bestand mehr. Verbriefungen des eigenen Kreditgeschäftes hat die Bank – abgesehen vom traditionellen Pfandbriefgeschäft und von Kommunalobligationen – nicht vorgenommen.

Des Weiteren hat sich die Bremer Landesbank im Rahmen einer Solidaraktion der Landesbanken unter Führung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. (DSGV) an der Stützungsaktion der ehemaligen Sachsen LB beteiligt und Darlehen für die Zweckgesellschaft Sealink Funding Limited gewährt. Aufgrund der Vorrangstellung dieser Darlehen sind die daraus resultierenden Risiken sehr begrenzt. Die Position wurde von 54,5 Mio. € zum 31. Dezember 2011 auf 12,0 Mio. € zum 31. Dezember 2012 abgebaut. Weitere 6 Mio. € wurden im Januar 2013 abgebaut. Die letzte Fälligkeit wird im April 2013 erwartet.

Die Quantifizierung des Ausfallrisikos (Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko) erfolgt mit den Risikokennzahlen erwarteter Verlust und unerwarteter Verlust. Der erwartete Verlust wird auf Basis einjähriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) unter Berücksichtigung von Verlustquoten ermittelt. Die Risikoprämie, die zur Abdeckung des erwarteten Verlustes vereinnahmt werden muss, wird mit der Software CPC (Credit Pricing Calculator) berechnet.

Im Gegensatz zum erwarteten Verlust besteht das eigentliche Risikopotenzial für die Bank in dem unerwarteten Verlust risikobehafteter Geschäfte, d. h. in der Gefahr, dass tatsächlich eintretende Verluste höher ausfallen als erwartet.

Der unerwartete Verlust wird für unterschiedliche Konfidenzniveaus und einen Zeithorizont von einem Jahr quantifiziert. Die Bank hat diesbezüglich 2009 ein konzerneinheitliches ökonomisches Kreditrisikomodell eingeführt und 2012 erneut validiert und überarbeitet. Das Modell dient der Schätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten von unerwarteten Verlusten (Unexpected Loss) unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten (Konzentrations- und Diversifikationseffekte aufgrund von Korrelationen im Portfolio). Ziel ist die Überwachung und Begrenzung von Kreditrisiken auf Portfolioebene, insbesondere unter Einbeziehung von Adress- und Branchenkonzentrationen. Das Kreditrisikomodell wird stetig weiterentwickelt.

Entwicklung im Jahr 2012

Das Kreditexposure der Bank beträgt zum 31. Dezember 2012 rd. 38.708 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahresultimo um rd. 1,3 % gesunken.

Die nachfolgende Tabelle vergleicht die Ratingstruktur des Kreditbestandes mit dem Vorjahr. Die Klassifizierung entspricht dabei der Standard-IFD-Ratingskala, auf die sich die in der Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD) zusammengeschlossenen Banken, Sparkassen und Verbände geeinigt haben. Diese soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Ratingeinstufungen der einzelnen Kreditinstitute verbessern.

Die Ratingklassen der in der Bank genutzten 18-stufigen DSGV-Rating-Masterskala können direkt in die IFD-Klassen überführt werden.

Kreditgeschäft nach Ratingstruktur

Ratingstruktur ^{1) 2)} Mio. €	Darlehen ³⁾	Wertpapiere ⁴⁾	Derivate ⁵⁾	Sonstige ⁶⁾	Gesamt	
					31.12.2012	31.12.2011
Sehr gut bis gut	11.893	5.289	2.921	4.780	24.883	26.336
Gut/zufriedenstellend	2.851	436	339	869	4.495	4.039
Noch gut/befriedigend	3.089	20	94	776	3.979	3.917
Erhöhtes Risiko	1.308	4	18	79	1.409	1.530
Hohes Risiko	681	—	9	58	748	1.075
Sehr hohes Risiko	1.326	—	21	20	1.367	1.137
Default (= NPL)	1.806	—	11	10	1.827	1.181
Gesamt	22.953	5.749	3.414	6.592	38.708	39.214

¹⁾ Zuordnung gemäß IFD-Ratingklassen.

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

³⁾ Beinhaltet in Anspruch genommene bzw. zugesagte Kredite, Bürgschaften, Garantien und andere nichtderivative außerbilanzielle Aktiva, wobei analog zur internen Berichterstattung die unwiderruflichen und die widerruflichen Kreditzusagen anteilig einbezogen sind.

⁴⁾ Beinhaltet den Wertpapier-Eigenbestand fremder Emittenten (nur Anlagebuch).

⁵⁾ Beinhaltet derivative Finanzinstrumente wie Finanzswaps, Optionen, Futures, Forward Rate Agreements und Devisengeschäfte.

⁶⁾ Beinhaltet sonstige Produkte wie Durchleitungs- und Verwaltungskredite.

Der hohe Anteil in den Klassen „sehr gut“ und „gut“ resultiert aus der großen Bedeutung des Interbankengeschäftes bzw. des Geschäftes mit öffentlichen Haushalten und ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Risikopolitik der Bank. Insgesamt hat sich 2012 die Risikostruktur des Kreditportfolios weiter verschlechtert. Dies zeigt sich in steigenden Ausfallwahrscheinlichkeiten und einem deutlichen Anstieg der Non-Performing Loans.

Kreditgeschäft nach Regionen

Aufgeteilt nach Regionen stellt sich das Kreditexposure wie folgt dar:

Regionen ^{1) 2)} Mio. €	Darlehen	Wertpapiere	Derivate	Sonstige	Gesamt	
					31.12.2012	31.12.2011
Euroländer	21.691	5.395	2.581	6.588	36.255	36.469
- davon Deutschland	20.264	4.084	1.082	6.389	31.819	31.704
Übrige EU	214	147	685	3	1.049	1.157
Übriges Europa	55	108	18	0	181	274
Nordamerika	74	99	129	0	302	361
Lateinamerika	102	—	—	—	102	148
Naher Osten/Afrika	126	—	0	1	126	197
Asien	691	—	2	0	694	608
Übrige	—	—	—	—	—	—
Gesamt	22.953	5.749	3.414	6.592	38.708	39.214

¹⁾ In der Zuordnung der Regionen wurden im Vergleich zum Vorjahr leichte Änderungen vorgenommen (insb. wird Australien/Ozeanien der Region Asien zugeordnet).

²⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Die Tabellen belegen, dass das Länderrisiko für die Bank von nachgeordneter Bedeutung ist. Der Euroraum ist nach wie vor das mit Abstand wichtigste Geschäftsgebiet der Bank.

Die Abweichungen zwischen der Gesamtsumme gemäß vorstehender Tabelle nach Regionen und derjenigen für die in der Bilanz enthaltenen Finanzinstrumente resultieren aus unterschiedlichen Bewertungen und anderen Add-ons.

Der Anteil von Finanzierungsinstitutionen/Versicherern am Gesamtexposure ist mit 32 % (Vorjahr: 35 %) zwar relativ hoch, aber er beinhaltet Institutionen mit sehr guten bis guten Rating-

noten. Die bedeutendsten Kreditrisiken resultieren weiterhin aus dem Spezialfinanzierungs- und Firmenkundengeschäft.

Kreditgeschäft nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾ Mio. €	Darlehen	Wert-	Derivate	Sonstige	Gesamt	
		papiere			31.12.2012	31.12.2012
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	3.507	3.562	3.006	2.430	12.505	13.841
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	7.788	2.177	163	728	10.856	10.207
- davon Grundstücks-/Wohnungswesen	1.320	—	34	175	1.529	1.463
- davon öffentliche Verwaltung	3.753	2.160	91	54	6.058	5.331
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	7.417	9	108	103	7.637	7.916
- davon Schifffahrt	6.823	0	99	44	6.966	7.197
Verarbeitendes Gewerbe	679	—	21	102	801	904
Energie-/Wasserversorgung, Bergbau	1.938	—	57	2.827	4.821	4.336
Handel, Instandhaltung, Reparatur	1.157	—	58	187	1.402	1.333
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	139	—	2	158	298	294
Baugewerbe	328	—	1	58	387	384
Übrige	—	—	—	—	—	—
Gesamt	22.953	5.749	3.414	6.592	38.708	39.214

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

In der Bank werden für akute Ausfallrisiken bei Vorliegen objektiver Hinweise Einzelwertberichtigungen gebildet. Der Risikovorsorgebedarf basiert auf einer barwertigen Betrachtung der noch zu erwartenden Zins- und Tilgungszahlungen sowie der Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten.

Der Bestand an Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen für das Kreditgeschäft ist im Jahr 2012 bedingt durch die andauernde Schifffahrtskrise nochmals deutlich gestiegen. Die EWB-Quote als das Verhältnis von EWB-Bestand zur Summe der Exposures beträgt 1,13 % (Vorjahr: 0,79 %). Der Anteil der Non-Performing Loans am Gesamtexposure beträgt 4,58 % (Vorjahr: 3,01 %). Die Non-Performing Loans sind vor Sicherheitenanrechnung zu 24,68 % (Vorjahr: 26,08 %) durch Einzelwertberichtigungen abgesichert.

Der seit Spätsommer 2008 stattfindende drastische Verfall der Charraten hatte seinen ersten Tiefpunkt im ersten Halbjahr 2010 erreicht. Im weiteren Jahresverlauf 2010 waren dann in wichtigen Teilmärkten Erholungen der Frachtraten zu beobachten. Seit Mitte 2011 verschärfte sich die Krise allerdings wiederum. In der Rohöl- und Bulkschifffahrt reichten die (Spot-)Chartern lediglich zur Deckung der Betriebskosten aus, während in der Container-, Multipurpose- und Produktentanker-Schifffahrt noch Zinsen und teilweise Tilgungen verdient werden konnten. In der Folge ist festzustellen, dass sich die niedrigen Charraten erwartungsgemäß auf die Neubaupreise und in noch stärkerem Umfang auf die Preise für Gebrauchtschiffe niedergeschlagen haben.

Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat sich insbesondere negativ auf das Schiffsfinanzierungsportfolio ausgewirkt. Das erneute Überangebot an Schiffstonnage führte zu sinkenden Charraten. Rückläufige Wachstumsraten in China und die Rezession in Teilen der Eurozone trafen in 2012 auf einen relativ hohen Tonnagezulauf. Im vierten Jahr der Krise konnten zahlreiche Reedereien ihre Schiffe nicht mehr stützen. Die Risikovorsorge verlief daher über den

Prognosewerten, die von einer Seitwärtsbewegung auf den Märkten ausgingen. Aufgrund der Granularität des Portfolios wurde allerdings die Ertragslage der Bremer Landesbank nur begrenzt beeinträchtigt. Gemäß gültiger Mittelfristplanung sind für 2013 162 Mio. € Risikovorsorge eingeplant.

Die gute Markt- und Ertragslage bei den Erneuerbaren Energien kompensiert einen Großteil der Schifffahrtsproblematik. Die Windenergie ist weiterhin das bedeutendste Teilsegment im Bereich der Finanzierung Erneuerbarer Energien, mit einem starken Wachstum in den letzten Jahren. Die Rahmenbedingungen für Windenergiefinanzierungen sind durch die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zum 1. Januar 2012 bisher attraktiv und verlässlich. Des Weiteren trägt das historisch niedrige Zinsniveau zu einer verbesserten Rentabilität bei. Die Risiken bei Windparkprojektfinanzierungen sind bisher überschaubar. Einzelwertberichtigung (EWB) und Rückstellung gab es für Windparkprojektfinanzierung nicht. Die politische Diskussion über die Umsetzung der von allen Parteien getragenen Energiewende, unter anderem aufgrund der Erhöhung der EEG-Umlage, wird sich auch im Weiterentwicklungsbedarf für das EEG niederschlagen. Da eine Anpassung noch vor der für 2014 vorgesehenen periodischen Evaluierung zu erwarten ist, wird der politische Diskurs intensiv verfolgt, um einen Anpassungsbedarf der Finanzierungsparameter zeitgerecht umsetzen zu können.

Risikovorsorgebedarf nach Branchengruppen

Branchen ¹⁾	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rück- stellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/Rückstellungen	
	Mio. € 2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	1	3	10	10	—	0	—	2
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	84	143	35	55	3	1	-19	-5
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	1.229	695	311	188	0	1	123	91
Verarbeitendes Gewerbe	17	29	9	12	1	2	-4	4
Energie-/Wasserversorgung, Bergbau	41	64	33	9	5	3	26	7
Handel, Instandhaltung, Reparatur	31	16	16	12	0	0	5	-3
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	4	5	2	3	1	1	-1	-1
Baugewerbe	31	53	21	20	9	11	0	-1
Übrige	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.438	1.008	438	308	18	19	130	95

¹⁾ Nachrichtliche Angabe: Bruttobuchwert Not leidender Forderungen mit WB-Bedarf (Erläuterungen evtl. Differenzen)
Definition Bruttobuchwert: Einer Wertminderung (EWB/PWV) unterliegender Bruttoforderungsbestand vor Wertminderung inklusive fälliger und rückständiger Zinsen und Nebenleistungen (BIS-Wert).

Risikovorsorgebedarf nach Regionen

Regionen Mio. €	Kreditexposure wertgeminderter Forderungen		Bestand EWB		Bestand Rück- stellungen für das Kreditgeschäft		Veränderungen EWB/Rückstellungen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Euroländer	1.352	948	417	282	18	18	135	75
Übrige EU	28	27	13	11	0	0	2	5
Übriges Europa	0	7	0	6	—	—	-5	5
Nordamerika	—	—	—	0	—	—	0	-1
Lateinamerika	13	11	9	2	—	—	6	2
Naher Osten/Afrika	—	—	—	—	—	—	—	—
Asien	44	14	0	8	0	—	-8	8
Übrige	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	1.438	1.008	438	308	18	18	130	95

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Branchengruppen

Die folgenden Tabellen geben Auskunft über den in Verzug geratenen, aber noch nicht wertgeminderten Forderungsbestand. Als überfällig werden alle Forderungen ausgewiesen, die ab dem ersten Tag in Überziehung sind.

Branchen Mio. €	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾	
	2012	2011
Finanzierungsinstitutionen/Versicherer	111	9
Dienstleistungsgewerbe/Sonstige	41	88
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	704	947
Verarbeitendes Gewerbe	31	11
Energie-/Wasserversorgung, Bergbau	59	147
Handel, Instandhaltung, Reparatur	49	30
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	2	1
Baugewerbe	3	2
Übrige	—	—
Gesamt	1.001	1.235

¹⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

²⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind

Darstellung des überfälligen Forderungsbestandes nach Regionen

Regionen Mio. €	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter ¹⁾ Forderungen ²⁾	
	2012	2011
Euroländer	975	1.069
Übrige EU	9	51
Übriges Europa	1	1
Nordamerika	—	11
Lateinamerika	—	20
Naher Osten/Afrika	—	—
Asien	16	83
Übrige	—	—
Gesamt	1.001	1.235

¹⁾ Der Begriff „wertgemindert“ bezieht sich hier ausschließlich auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen. Portfoliowertberichtigungen bleiben unberücksichtigt.

²⁾ Forderungen mit Rückständen > 0 Tage, die nicht wertgemindert sind

Aufgeteilt nach Überziehungstagen ergeben sich folgende überfällige, nicht wertgeminderte Forderungen an Kunden.

Verzugsdauer ¹⁾	Kreditexposure überfälliger, nicht wertgeminderter Forderungen		
	Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
< 30 Tage		619	537
30–90 Tage		126	628
90–180 Tage		47	7
> 180 Tage		209	62
Gesamt		1.001	1.235

¹⁾ Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Im Zusammenhang mit der Verwertung gehaltener Sicherheiten und sonstiger Kreditverbesserungen infolge des Ausfalls von Kreditnehmern hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Vermögenswerte erworben.

Das Exposure in den PIIGS-Staaten (im Wesentlichen Wertpapiere und Kreditderivate) ist im Anhang 7.5 dargestellt. Im Vergleich zum 31.12.2011 ist es deutlich zurückgegangen. Die Credit Spreads haben sich im vierten Quartal 2012 deutlich eingengt. Die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Eurozone konnte mit Blick auf den hohen politischen Willen, die Eurozone als Ganzes zu erhalten, die eingeleiteten internationalen Maßnahmen (Anleihekäufe der EZB, Kredite der EFSF/des ESM und IWF, regulatorische Maßnahmen z. B. Leerverkaufsverbot CDS auf Sovereigns) und auf die in den jeweiligen Ländern eingeleiteten Maßnahmen (weitere Spar- und Reformprogramme) deutlich reduziert werden. Der Portfolioabbau wird sich durch planmäßige Tilgungen in 2013 fortsetzen.

Ausblick

Die Bank wird auch im Jahr 2013 ihre Ausfallrisikosteuerung weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden – wie jedes Jahr – die Risikoparameter und das Kreditrisikomodell insgesamt validiert. Ferner soll der RWA-Managementprozess weiterentwickelt werden, um die Risikorenditeplanung zu optimieren und einen Puffer für zukünftige Krisen aufzubauen. Die weiter zu intensivierenden Ausfallrisikoanalysen mit Schwerpunkt inverses Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Seit 2010 wird die Höhe der Risikovorsorge in der Bremer Landesbank insbesondere durch die Entwicklungen in der Handelsschifffahrt bestimmt. Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um Not leidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital an Dritte Verluste entstehen. Darüber hinaus ist ein potenzieller Verlust aufgrund von sonstigen finanziellen Verpflichtungen (z. B. Gewährträgerhaftung, Ergebnisabführungsvertrag) Bestandteil des Beteiligungsrisikos, sofern er nicht bei den weiteren Risiken berücksichtigt wurde.

Strategie und Management

Mit ihren Beteiligungen kommt die Bank ihrer besonderen Verantwortung für die Nordwest-Region nach. Dementsprechend bilden Beteiligungen an regionalen Unternehmen neben Beteiligungen im Rahmen des Sparkassenfinanzverbundes den Schwerpunkt des Beteiligungsportfolios. Die Bank trägt mit ihren Beteiligungen gleichermaßen zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der Stärkung des regionalen Wirtschaftsraumes bei.

Die Tochtergesellschaft BLB Immobilien GmbH ist in den Strategieprozess der Bank eingebunden und nimmt am konzernweiten Risikosteuerungsprozess im Sinne des § 25a KWG teil.

Die laufende Kontrolle und Steuerung der Beteiligungsgesellschaften erfolgen durch die Auswertung und Analyse des regelmäßigen Reportings der wichtigen Beteiligungsgesellschaften und die Einflussnahme in den jeweiligen Gremien der Gesellschaft (Gesellschafterversammlung, Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beirat).

Aufbauorganisation

Die Steuerung der Adressausfallrisiken bei Beteiligungen erfolgt durch die OE Vorstandsassistentz/Unternehmensentwicklung/Beteiligungen, die Überwachung durch das Risikocolling.

Berichterstattung

Das Risikomanagement erfolgt in einem systematischen und permanenten Vorgehen und umfasst die Identifikation, die Analyse und Bewertung sowie die Dokumentation und Kommunikation etwaiger Risiken. Das mit den Beteiligungen verbundene Ausfallrisiko wird dabei im monatlichen RTF-Bericht kommuniziert. Darüber hinaus wird der Vorstand mindestens halbjährlich in Form eines Beteiligungsreports über die wesentlichen beteiligungsrelevanten Sachverhalte informiert.

Analyse

Die Beteiligungen der Bank werden – bis auf wenige Ausnahmen – analog zum Kreditprozess dem Ratingprozess unterzogen. Ausnahmen hiervon bestehen lediglich dann, wenn bei eigenen Beteiligungen mit geschäftspolitischer Ausrichtung ohne Kreditgeschäft der Buchwertanteil der Bremer Landesbank 1.000 T€ gemäß § 19 (2) KWG nicht übersteigt. Zum 31.12.2011 wurde die Berechnungsmethodik der Risikopotenziale geändert. Durch die Anpassung an ein Scoring-Modell zur Risikoinventur erfolgt eine umfassende Quantifizierung des Risikogehaltes der Beteiligungen.

Entwicklung im Jahr 2012

Das Beteiligungsportfolio wurde während der letzten Jahre einer kritischen Prüfung unterzogen. Die Bank hat sich seither von einigen Beteiligungen getrennt und hat diesen Prozess 2012 weiter vorangetrieben. Auch 2012 wird keine der Beteiligungen im Sinne der MaRisk als wesentlich angesehen.

Ausblick

Die Optimierung des Beteiligungsportfolios ist weitgehend umgesetzt.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können. Das Marktpreisrisiko unterscheidet das Zins-, das Währungs-, das Aktienkurs-, das Fondspreis-, das Volatilitätsrisiko sowie das Credit-Spread- und das Rohwarenrisko.

- Das Zinsrisiko besteht aus den Komponenten allgemeines Zinsrisiko (inklusive Credit-Spread-Risiko im Handelsbuch) und besonderes Zinsrisiko. Ein allgemeines Zinsrisiko besteht immer dann, wenn der Wert einer Position oder eines Portfolios auf Veränderungen von einem oder mehreren Zinssätzen bzw. auf Veränderungen von kompletten Zinskurven reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Darunter wird auch das Credit-Spread-Risiko des Handelsbuchs subsumiert. Der aufsichtsrechtlichen Definition folgend werden unter dem besonderen Zinsrisiko potenzielle Wertveränderungen subsumiert, die sich aus Ratingmigrationen oder aus dem Ausfall von Emittenten (bei Wertpapieren) bzw. Referenzschuldern (bei Kreditderivaten) ergeben. Im Verständnis der Bremer Landesbank entspricht das besondere Zinsrisiko dem Emittentenrisiko.
- Das Währungsrisiko (oder Wechselkursrisiko) beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Devisenwechselkurse reagiert und die Veränderungen der Wechselkurse zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Aktienkursrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Aktienkurse bzw. -indizes reagiert und die Veränderungen der Aktienkurse oder -indizes zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Fondspreisrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Position auf Veränderungen eines oder mehrerer Fondspreise reagiert und die Veränderungen der Fondspreise zu einer Wertminderung der Position führen können.
- Das Volatilitätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass der Wert einer Optionsposition aufgrund potenzieller Wertänderungen, die aus Marktbewegungen der für die Optionsbewertung herangezogenen Volatilitäten resultieren, reagiert und diese Veränderungen zu einer Wertminderung der Position führen können. Volatilitätsrisiken werden abhängig von der Art

der Optionsprodukte den Risikokategorien Zinsänderungsrisiko, Aktienkursrisiko und Wechselkursrisiko zugeordnet.

- Analog zum Handelsbuch bezeichnet das Credit-Spread-Risiko im Anlagebuch potenzielle Wertveränderungen, die sich ergeben, wenn sich der für den jeweiligen Emittenten, Kreditnehmer oder Referenzschuldner gültige Credit Spread verändert, welcher im Rahmen der Marktbewertung der Position verwendet wird. Um Doppelzählungen von Risiken zu vermeiden, können bonitätsinduzierte Ratingveränderungen bei der Ermittlung von Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches vernachlässigt werden, da diese im Emittentenrisiko berücksichtigt sind.
- Das Rohwarenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Position (auch Indizes und Derivate) an Wert verliert, weil sich der Preis der entsprechenden Commodities (z. B. Öl, Weizen) verändert. Das Rohwarenrisiko besitzt für die Bremer Landesbank derzeit keine Relevanz, da keine offenen Positionen geführt werden.

Strategie und Management

Im Rahmen des Managements der Marktpreisrisiken konzentrieren sich die Aktivitäten der Bank auf ausgewählte Märkte, Kunden und Produktsegmente. Die Positionierung an den Geld-, Devisen- und Kapitalmärkten orientiert sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Kunden und der Unterstützung der Banksteuerung. Daneben werden strategische Investitionen gehalten, die Marktpreisrisiken tragen.

Hinsichtlich des Zinsrisikos ist es das Ziel der Bank, Fristentransformation zu betreiben und an den allgemeinen Marktentwicklungen im Rahmen der Risikolimits zu partizipieren. Aus den strategischen Investitionen in fristenkongruent refinanzierte Wertpapiere und Kreditderivate resultieren darüber hinaus bedeutsame Credit-Spread-Risiken. Für diese Positionen wird allerdings weit überwiegend eine Buy&Hold-Strategie verfolgt. Die Abbildung der Geschäfte erfolgt daher grundsätzlich im Anlagebuch. Fondsrisiken, Aktienkurs- und Wechselkursrisiken sind 2012 strategisch von untergeordneter Bedeutung.

Eine Begrenzung der Risikokonzentrationen erfolgt durch eine Limitierung der unterschiedlichen Risikokategorien.

Aufbauorganisation

Der Vorstand beschließt das für Marktpreisrisiken zur Verfügung stehende Risikodeckungskapital.

Durch Handelstransaktionen und -positionen können die einzelnen Handelsbereiche der OE Financial Markets Marktpreisrisiken eingehen. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Handelsbereiche leiten sich ab aus der Handelsstrategie Financial Markets inklusive Geschäftsstrategien der Bereiche und den Teilstrategien für alle Organisationseinheiten, die gemäß MaRisk Handelsgeschäfte tätigen bzw. in denen Marktpreis-, Liquiditäts- oder Adressrisiken im Sinne der Handelsstrategie auftreten. Die Aufgaben und Tätigkeiten sind in den Arbeitsanweisungen der jeweiligen Bereiche geregelt.

Das Management der offenen Marktpreisrisikopositionen erfolgt im Geschäftsfeld Financial Markets in den Handelseinheiten sowie im Aktiv-Passiv-Management, welches unter anderem die im Einlagen- und Kreditgeschäft begründeten Marktpreisrisiken zentral für Laufzeiten von mehr als zwölf Monaten disponiert und steuert. Der Geldhandel steuert das Zinsänderungsrisiko für Laufzeiten bis zwölf Monate, dem Devisenhandel obliegt die Verantwortung für Abläufe in Fremdwährung über alle Laufzeiten.

Im Dispositionsausschuss stellt das Aktiv-Passiv-Management die aktuelle Situation der strategischen Anlagen vor und unterbreitet Handlungsvorschläge. Der Dispositionsausschuss votiert über das weitere strategische Dispositionsverhalten. Bei diesem zweiwöchentlich tagenden Ausschuss handelt es sich um ein Beratungsgremium des Gesamtvorstandes, dem Vertreter der Bereiche Financial Markets und Gesamtbanksteuerung angehören. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch das Aktiv-Passiv-Management nach Beschluss des Vorstandes und innerhalb des Risikolimits für die strategische Disposition (Gesamtbankdisposition).

Im Credit Investment Board stellt der Bereich Credit Investments die Marktentwicklung und die Positionierung in fristenkongruent refinanzierten Wertpapieren sowie Kreditderivaten des Anlagebuchs dar und unterbreitet in Abstimmung mit der Marktfolge Financial Markets Vorschläge zur Risikosteuerung des Portfolios. Das Board tagt in der Regel zweiwöchentlich. Es berät den Gesamtvorstand bezüglich der Steuerung und zeigt die wirtschaftlichen Auswirkungen auf. Dem Credit Investment Board gehören der Risiko- und der Marktvorstand, Vertreter der OE Financial Markets, Marktfolge Finanzierungen und der Gesamtbanksteuerung an. Die Umsetzung der vom Vorstand beschlossenen Maßnahmen erfolgt durch die OE Credit Investment/Kontrahenten-Management.

Serviceleistungen erbringen die Bereiche Operations und Financial Markets Geschäftsfeldmanagement. Das Marktpreisrisikocontrolling ist den MaRisk entsprechend funktional wie organisatorisch unabhängig von den Marktpreisrisikosteuerungsbereichen. Das Marktpreisrisikocontrolling nimmt Überwachungs-, Limitierungs- und Berichterstattungsaufgaben wahr und ist verantwortlich für die Bewertungsmethodik von Marktpreisrisiken. Der Bereich Unternehmensservice ist für die Abwicklung und Kontrolle der im Marktbereich abgeschlossenen Handelsgeschäfte verantwortlich. Die Aufgaben beinhalten unter anderem die Kontrolle der vollständigen und korrekten Erfassung der Geschäfte sowie die Prüfung auf Abweichungen von vorgegebenen Standards. Die Prüfung der Marktgerechtigkeit der Geschäfte erfolgt durch das Marktpreisrisikocontrolling.

Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme führt das externe Reporting der Marktpreisrisiken gemäß SolvV durch. Die Bremer Landesbank verwendet dafür das von der Aufsichtsbehörde vorgegebene Standardverfahren.

Berichterstattung

Gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) berichtet die OE Marktpreisrisikocontrolling dem Gesamtvorstand täglich über die Marktpreisrisiken nach Value-at-Risk

und die Erfolge aus der Übernahme von Marktpreisrisiken der Bremer Landesbank. In der täglichen Marktpreisrisikomeldung ist die Berichterstattung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches enthalten.

Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Marktpreisrisiken und die Ergebnisse des Backtestings und des Stresstestings im Rahmen der RTF-Berichterstattung informiert. Die Information des AAKA erfolgt fünfmal jährlich.

Zudem wird zusätzlich monatlich ein Reporting über das Credit-Investment-Portfolio erstellt, in dem über die Spread-Risiken, über die Markt- sowie die Modellwerte der enthaltenen Kreditderivate und Wertpapiere berichtet wird.

Die Meldung der Marktpreisrisiken gemäß SolvV an die NORD/LB erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme. Das externe Reporting an die Bundesbank erfolgt vierteljährlich.

Analyse

Für die risikoartenspezifische interne Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken hat die Bremer Landesbank im August des Berichtsjahres auf das Verfahren der Historischen Simulation umgestellt, wobei intern ein einseitiges Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von einem Handelstag zugrunde gelegt werden. Die Ermittlung des VaR zur Darstellung im RTF-Bericht erfolgt ebenfalls auf Basis der Historischen Simulation.

Als Grundlage für die Berechnung des Value-at-Risk werden die historischen Veränderungen der Risikofaktoren (Zinsen/Spreads, Wechselkurse, Aktienkurse/Indizes und Bewertungsvolatilitäten) über die letzten zwölf Monate zugrunde gelegt. Das Modell berücksichtigt implizit Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren (inkl. der Bewertungsvolatilitäten von Optionspositionen), den Risikoarten, den Währungen und den (Teil-)Portfolios.

VaR-Modelle dienen vor allem der Messung von Marktpreisrisiken in normalen Marktumgebungen. Um auch außergewöhnliche Marktbewegungen abzudecken, werden gesonderte Risikoauswertungen (Stresstests) durchgeführt, die die Sensitivität des Portfolios in Bezug auf große Marktänderungen berücksichtigen. Für jedes Risiko sind konzerneinheitlich Stressparameter definiert.

Für die Value-at-Risk-Werte werden Limite festgelegt, die sich pro Handelsbereich aus den vom Vorstand festgelegten Verlustlimiten ableiten. Etwaige Verluste der Handelsbereiche werden umgehend auf die Verlustlimite angerechnet und führen dem Prinzip der Selbstverzehrung folgend zu einer Reduzierung der Value-at-Risk-Limite. Die genannten Limite werden für den Bereich Financial Markets und die strategische Position in Strukturlimite für die verschiedenen Risikokategorien untergliedert.

Die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches werden ebenfalls mithilfe eines Value-at-Risk-Verfahrens limitiert und gesteuert.

Die täglichen Value-at-Risk-Berechnungen werden im Marktpreisrisikocontrolling anhand von Backtesting-Analysen überprüft. Dazu werden im Rahmen des Backtestings die täglichen Ergebnisschwankungen der Handelsbereiche den Value-at-Risk-Prognosen vom Vortag gegenübergestellt. Die zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken verwendeten Prognosemodelle und Parameter werden laufend überprüft und ggf. der aktuellen Marktentwicklung angepasst.

Entwicklung im Jahr 2012

Das Credit-Investment-Portfolio entwickelte sich in 2012 weitgehend im Rahmen der Erwartungen. Neben den planmäßigen Fälligkeiten von 453 Mio. € erfolgte ein zusätzlicher strategischer Abbau in Höhe von 160 Mio. € als Beitrag zur RWA-Reduzierung. Durch den Schuldentrückkauf Griechenlands wurde dieses Exposure von 58 Mio. € außerplanmäßig zurückgeführt. Das verbliebene Portfolio von 6,1 Mrd. €, das sich, mit Ausnahme von 76 Mio. € Staatsrisiko Italien, im Wesentlichen auf Landesbanken (mit Gewährträgerhaftung) und westeuropäische, überwiegend systemrelevante Kreditinstitute konzentriert, wird sich bis Ende 2015 durch Tilgungen auf unter 1 Mrd. € reduzieren.

Die Umsetzung der von der EU geforderten Kapitalmaßnahmen in 2012, die umfangreiche Liquiditätsbereitstellung durch die EZB und die weiter vorhandene Stützungswilligkeit und Stützungsfähigkeit (teilweise mit EU-Unterstützung) der Staaten für ihre Banken tragen wesentlich zur Risikoreduzierung in dem Portfolio bei. Bei Bankenrestrukturierungen mit staatlicher Unterstützung – wie Ende 2012 in Spanien erfolgt – müssen die Nachranggläubiger einen Beitrag leisten, der zu Credit Events bei den Kreditderivaten führen könnte. Seit dem 2. Halbjahr 2012 zeichnet sich eine Stabilisierung der Finanzmärkte ab, sodass sich das Risiko von Credit Events reduziert hat.

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken der Bank im Berichtsjahr sowie im Vorjahr gezeigt (Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches sind nicht Bestandteil dieser Übersicht):

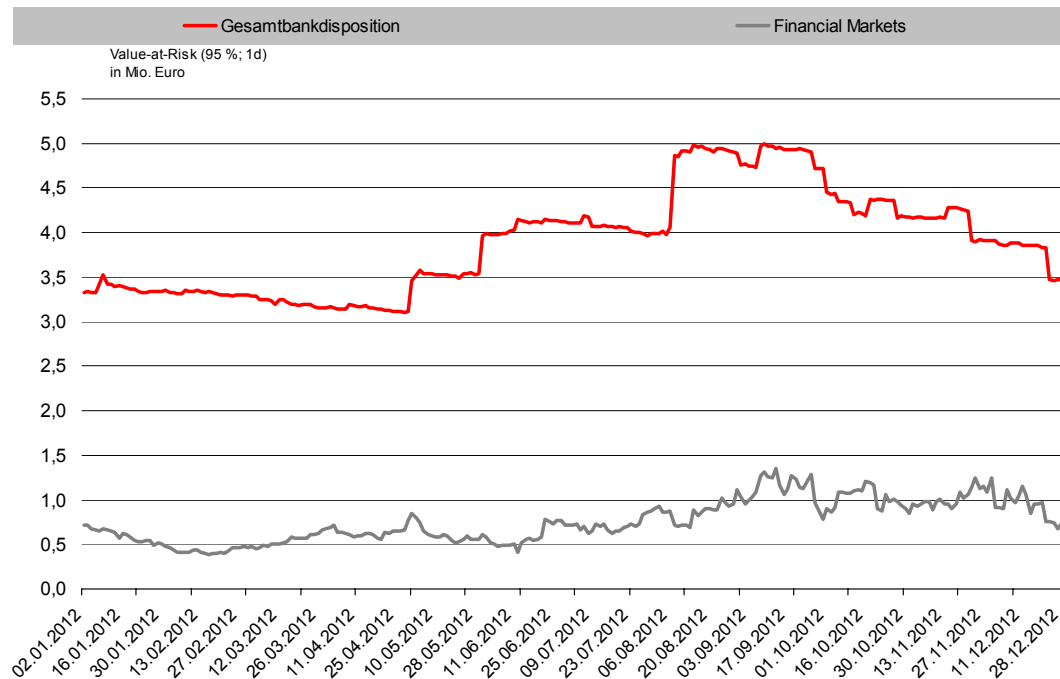
Marktpreisrisiken – Überblick

Mio. €	Maximum		Durchschnitt		Minimum		Jahresendwert	
	01.01.2012 – 31.12.2012	01.01.2011 – 31.12.2011	01.01.2012 – 31.12.2012	01.01.2011 – 31.12.2011	01.01.2012 – 31.12.2012	01.01.2011 – 31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Zinsrisiko (VaR)	5,22	4,65	4,43	3,71	3,50	2,45	3,50	4,55
Währungsrisiko (VaR)	0,30	0,31	0,12	0,11	0,00	0,04	0,03	0,11
Aktienkurs- und Fondsrisiko (VaR)	0,37	0,32	0,18	0,22	0,03	0,10	0,03	0,31
Volatilitätsrisiko (VaR)	0,03	—	0,02	—	0,02	—	0,02	—
Gesamt- risiko (VaR)	5,13	4,10	4,18	3,12	3,43	1,88	3,43	4,03

Die Auslastung des Marktpreisrisikolimits für die Gesamtbank lag im Jahresdurchschnitt bei 58 % (die maximale Auslastung betrug 70 %, die minimale Auslastung 47 %). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau von 95 % und Haltedauer von einem Tag) der Bank 3,43 Mio. €. Im Berichtsjahr 2012 beträgt die durchschnittliche Auslastung des Risikolimits der OE Financial Markets 24 %, die der Gesamtbankdisposition 71 %.

Der Verlauf des Value-at-Risk der Bank wird in der nachstehenden Grafik für das Jahr 2012 gezeigt. Auch hier sind die Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches nicht enthalten.

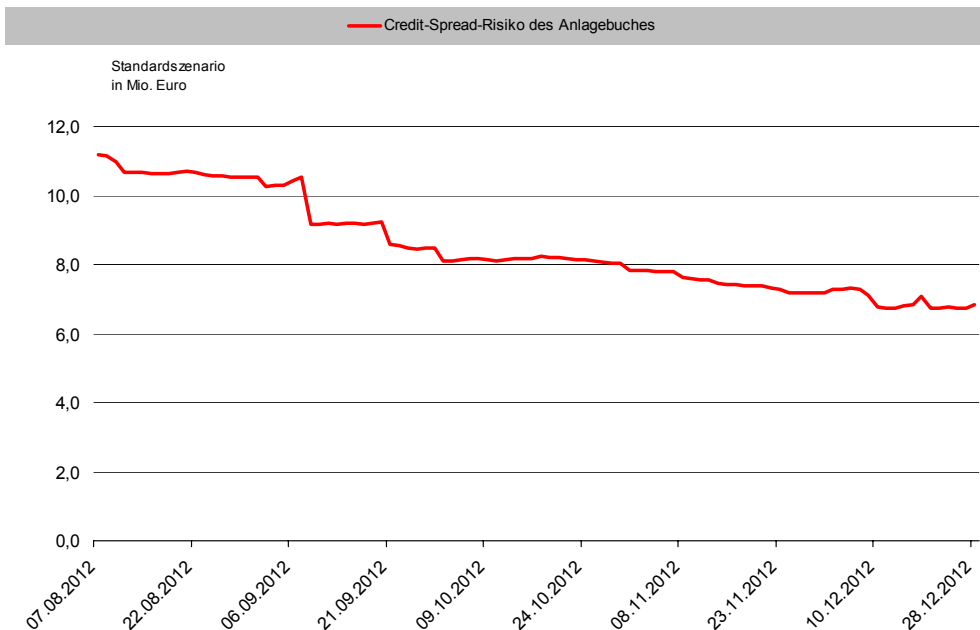
Marktpreisrisiken Value-at-Risk-Verläufe



Im Berichtsjahr 2012 ergaben die durchgeführten Stresstests auf Gesamtbankebene ein maximales Risiko von 89 Mio. € sowie einen Durchschnittswert von 57 Mio. € bei einem Minimum von 37 Mio. €. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 betrug der Stresstestwert der Gesamtbank 87 Mio. €.

Die Bremer Landesbank hat im August des Berichtsjahres die für das Credit-Spread-Risiko relevanten Positionen vollständig in die interne Marktpreisrisikomessung nach Value-at-Risk integriert. Das Marktpreisrisiko aus der Änderung der Credit Spreads im Credit-Investment-Portfolio betrug gemäß Value-at-Risk-Ansatz am 28. Dezember 2012 6,8 Mio. €. Für diese Position steht ein separates Risikolimit zur Verfügung, das im Rahmen des Steuerungsprozesses maßgeblich ist. In zweiwöchentlichen Sitzungen haben sich das Credit Investment Board und der Vorstand weiter eingehend mit der Markt- und Risikoentwicklung befasst, das Gesamtportfolio einer intensiven, laufenden Durchschau unterzogen und auch im Jahr 2012 selektiv Einzelpositionen abgebaut.

Verlauf des Credit-Spread-Risikos im Anlagebuch ab August 2012



Die Bank ermittelt monatlich den von Basel II unterstellten Zinsschock. Bei diesem Zinsschock handelt es sich – den Anforderungen eines Rundschreibens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) folgend – um eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200BP nach oben und nach unten. Die BaFin überprüft die Parallelverschiebung mindestens jährlich und passt ggf. bei deutlichen Abweichungen die Höhe des Zinsschocks entsprechend an.

Im Berichtsjahr 2012 betrug das Zinsänderungsrisiko bezogen auf das haftende Eigenkapital durchschnittlich 5,5 %. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bank weit von einer Klassifizierung als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“ entfernt ist. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die barwertige Ermittlung der Zinsänderungsrisiken mit einbezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung für Marktpreisrisiken gemäß SolvV verwendet die Bremer Landesbank das Standardverfahren. Die Meldung an die Bundesbank erfolgt monatlich auf Basis des Monatsultimos durch die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme.

Ausblick

Für 2013 ist geplant, die Limitierung der Credit-Spread-Risiken des Anlagebuches über eine integrierte Betrachtung mit den weiteren Risikoarten vorzunehmen.

Darüber hinaus sind für das kommende Jahr weitere methodische Entwicklungen, u. a. auf dem Gebiet der Basisrisiken, im Rahmen des in 2012 eingeführten Verfahrens der Historischen Simulation vorgesehen.

Des Weiteren plant die Bremer Landesbank für 2013 Optimierungen im Rahmen des Marktdatenprozesses.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst Risiken, die sich aus Störungen in der Liquidität einzelner Marktsegmente, unerwarteten Ereignissen im Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft oder Verschlechterungen der eigenen Refinanzierungsbedingungen ergeben können. Im Verständnis der Bremer Landesbank ist das Platzierungsrisiko Bestandteil des Liquiditätsrisikos. Es beschreibt die Gefahr, dass eigene Emissionen am Markt nicht oder nur zu schlechteren Konditionen platziert werden können.

Das Liquiditätsrisiko wird in klassisches Liquiditätsrisiko, Refinanzierungsrisiko und Marktliquiditätsrisiko unterteilt.

- Als klassisches Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachgekommen werden kann. Dieses Risiko wird auf Basis der Analyse eines dynamischen Stress-Szenarios begrenzt, das durch die jeweils wahrscheinlichste Krisensituation charakterisiert ist. Potenzielle Ursache kann eine allgemeine Störung in der Liquidität der Geldmärkte sein, die einzelne Institute oder den gesamten Finanzmarkt betrifft. Insbesondere können Marktstörungen dazu führen, dass maßgebliche Asset-Klassen in der Sicherheitenverwendung ausfallen. Alternativ können auch unerwartete Ereignisse im eigenen Kredit-, Einlagen- oder Emissionsgeschäft eine Ursache für Liquiditätsengpässe darstellen. Der Fokus der Betrachtung liegt in der Bremer Landesbank auf den jeweils nächsten zwölf Monaten.
- Als Refinanzierungsrisiko werden die potenziellen Ergebniseinbußen bezeichnet, die sich durch die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen am Geld- oder Kapitalmarkt ergeben. Wichtigste Ursache ist eine veränderte Einschätzung der Bonität der Bank durch andere Marktteilnehmer. Der Fokus der Betrachtung liegt auf dem gesamten Laufzeitspektrum.
- Als Marktliquiditätsrisiko werden die potenziellen Verluste bezeichnet, die zu tragen sind, wenn aufgrund geringer Liquidität in einzelnen Marktsegmenten Transaktionen zu Konditionen abgeschlossen werden müssen, die nicht dem fairen Marktwert entsprechen. Marktliquiditätsrisiken können in erster Linie aus den Wertpapierpositionen in den Handels- und Anlagebüchern resultieren.

Strategie und Management

Die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität stellt für die Bank eine betriebswirtschaftliche, strategische und aufsichtsrechtliche Notwendigkeit dar. Während das klassische Liquiditätsrisiko grundsätzlich durch das Vorhalten ausreichend liquider Aktiva (insbesondere notenbankfähiger Wertpapiere) vermieden wird, wird das Refinanzierungsrisiko durch eine strukturelle Liquiditätsfristentransformation begründet. In beiden Fällen werden die Risiken durch entsprechende Limite begrenzt. Bei der Bemessung der Höhe der Liquiditätsrisikolimiten werden die Faktoren Sicherstellung der ausreichenden Liquidität, Risikotragfähigkeit und Nutzung der Chance auf einen Erfolgsbeitrag aus der banktypischen Erfolgsquelle Liquiditäts-Spreads be-

rücksichtigt. Durch die Liquiditätsrisikolimiten erhalten die Fachbereiche den zur Zielerreichung notwendigen Handlungsrahmen.

Die Messung, Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos werden im Risikohandbuch dokumentiert. Das Handbuch LRC (Liquiditätsrisikocontrolling) bildet das Rahmenwerk des Liquiditätsrisikomanagements der Bremer Landesbank. Es definiert die Objekte der Risiko- steuerung, den organisatorischen, methodischen und technischen Aufbau des Liquiditätsrisiko- controllings sowie die Einbindung in die Gesamtbanksteuerung.

Im Zuge der Konzernrisikosteuerung ist eine Global Group Liquidity Policy formuliert, welche konsistent zur Liquidity Policy der Bank die Rahmenbedingungen für die konzernweite Liquiditätssteuerung setzt. Das beinhaltet insbesondere die Festlegung der jeweiligen Ziele sowie die Verantwortlichkeiten für die Liquiditätssteuerung unter verschiedenen Szenarien (Situationsmuster). Die Liquidity Policy sowie die Global Group Liquidity Policy werden jährlich überarbeitet.

Der Notfallplan Liquidity Management regelt die Aktivitäten und die Steuerung im Falle von Krisensituationen. Ziel dieses Planes ist die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Bank bei unvorhergesehenen Extremsituationen am Markt. Ebenfalls im Zuge der konzernweiten Liquiditätssteuerung ist das konzernweite Notfallmanagement gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen aufgebaut. Dies bezieht sich insbesondere auf die Notfallprozesse, auf die rechtliche Verteilung von Kompetenzen sowie auf die Sicherstellung der konzernweiten Liquidität.

Aufbauorganisation

In den Prozess der Liquiditätsrisikosteuerung sind in der Bank der Geld- und Devisenhandel, das Aktiv-Passiv-Management und das Marktpreisrisikocontrolling eingebunden.

Der Geld- und Devisenhandel und das Aktiv-Passiv-Management übernehmen das Management von Liquiditätsrisiko tragenden Positionen und tragen Gewinne und Verluste, die sich aus den Veränderungen der Liquiditätssituation ergeben. Die Liquiditätsablaufbilanz ist Grundlage für das Aktiv-Passiv-Management und wird im Dispositionsausschuss vorgestellt. In diesem Ausschuss wird auch über das Refinanzierungsrisiko berichtet und ggf. über Handlungsvorschläge hinsichtlich des weiteren strategischen Dispositionsverhaltens beraten.

Das Marktpreisrisikocontrolling ist verantwortlich für die Einführung und Weiterentwicklung von internen Verfahren zur Messung, Limitierung und Überwachung von Liquiditätsrisiken. Die Berechnung des Refinanzierungsrisikos und des klassischen Liquiditätsrisikos sowie die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgen ebenfalls durch das Marktpreisrisikocontrolling. Die OE Meldewesen/Rechnungslegungssysteme ermittelt und überwacht die Auslastung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung und übt in diesem Zusammenhang Service- und Kontrollfunktionen aus.

Die Hauptaufgaben des Arbeitskreises Liquiditätssteuerung bestehen darin, die Liquiditätssteuerung zu optimieren und damit in Zusammenhang stehende Detailfragen zeitnah zu klären.

Dabei kommt einer kurzfristig reagiblen Steuerung der Neugeschäfts- und Funding-Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Ebenso werden die im Liquiditätssteuerungsprojekt erarbeiteten Weiterentwicklungen über den Arbeitskreis in die tägliche Steuerung eingeführt.

Berichterstattung

Die Berichterstattung über die Liquiditätsrisikosituation erfolgt durch den monatlichen Liquiditätsstatusbericht des Marktpreisrisikocontrollings, welcher im Arbeitskreis Liquidität sowie im Dispositionsausschuss erörtert wird.

Darüber hinaus wird der Gesamtvorstand im Rahmen der Risikoberichterstattung monatlich über die Liquiditätsrisiken im Kontext der Risikotragfähigkeit informiert. Im Rahmen des Kreditportfolioberichtes wird der Vorstand ferner über die mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken informiert.

Wöchentlich berichtet das Marktpreisrisikocontrolling dem Vorstand über das Refinanzierungsrisiko. Die Managementeinheiten Geld- und Devisenhandel sowie Aktiv-Passiv-Management erhalten wöchentlich zusätzliche Strukturinformationen aus den Liquiditätsablaufbilanzen in allen Währungen sowie täglich strukturelle Informationen aus den Stress-Szenarien der klassischen Liquiditätssteuerung.

Analyse

Neben der Liquiditätssteuerung der Gesamtposition umgerechnet in EUR definiert die Bank die Fremdwährungsposition USD als wesentlich und die Fremdwährungspositionen CHF und JPY als bedeutend. Alle weiteren Fremdwährungen sind für die Liquiditätssteuerung der Bank unwesentlich. Refinanzierungsrisiken aus der Fristentransformation in wesentlichen und bedeutenden Fremdwährungen werden auf die Risikotragfähigkeit angerechnet. Wesentliche Fremdwährungen werden auch in der Sicht auf das klassische Liquiditätsrisiko begrenzt. Die Wesentlichkeit von Fremdwährungen wird regelmäßig validiert.

Zur Steuerung des klassischen Liquiditätsrisikos setzt die Bank folgende Instrumente ein:

Gemäß Liquiditätsverordnung wird die Liquidität des Instituts als gegeben angesehen, wenn die innerhalb der nächsten 30 Tage zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens decken. Die Gegenüberstellung der Zahlungsmittel und der Zahlungsverpflichtungen ergibt die Liquiditätskennzahl, welche mindestens eins betragen muss. Die Anforderung wurde im Berichtsjahr 2012 durchgängig erfüllt. Die Liquiditätskennzahl wird neben der monatlichen Meldung an die Bundesbank täglich ermittelt und im Geldhandel zur Unterstützung der operativen Steuerung verwendet. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahresverlauf stets deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindesthöhe von 1,00; am 31. Dezember 2012 betrug die Liquiditätskennzahl 2,01.

Mit den Instrumenten der Liquiditätsstresstests werden täglich die Auswirkungen von unerwarteten Ereignissen auf die Liquiditätssituation der Bank simuliert. Dies bietet der Bank die Möglichkeit, vorausschauend zu planen und für Notfälle vorbereitet zu sein. Ziel ist es,

Liquiditätsengpässe zu verhindern. In einem dynamischen und drei statischen Szenarien werden die Liquiditätszahlungsströme der Bank über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr betrachtet. In den verschiedenen Szenarien werden bestimmte Annahmen über den im Krisenfall zur Verfügung stehenden Zahlungsstrom der Bank simuliert. Die bei der Zentralbank deponierten liquiden, frei verfügbaren Wertpapiere dienen der Absicherung in den Notfallszenarien.

Zur Begrenzung des klassischen Liquiditätsrisikos hat die Bremer Landesbank ein Limitsystem implementiert. Durch ein Ampelsystem (Anzahl der Tage an Liquiditätsüberdeckung) werden die notwendigen Steuerungsmaßnahmen ausgelöst, sofern die simulierte Liquiditätsüberdeckung im dynamischen Stress-Szenario weniger als 90 Tage bestehen sollte.

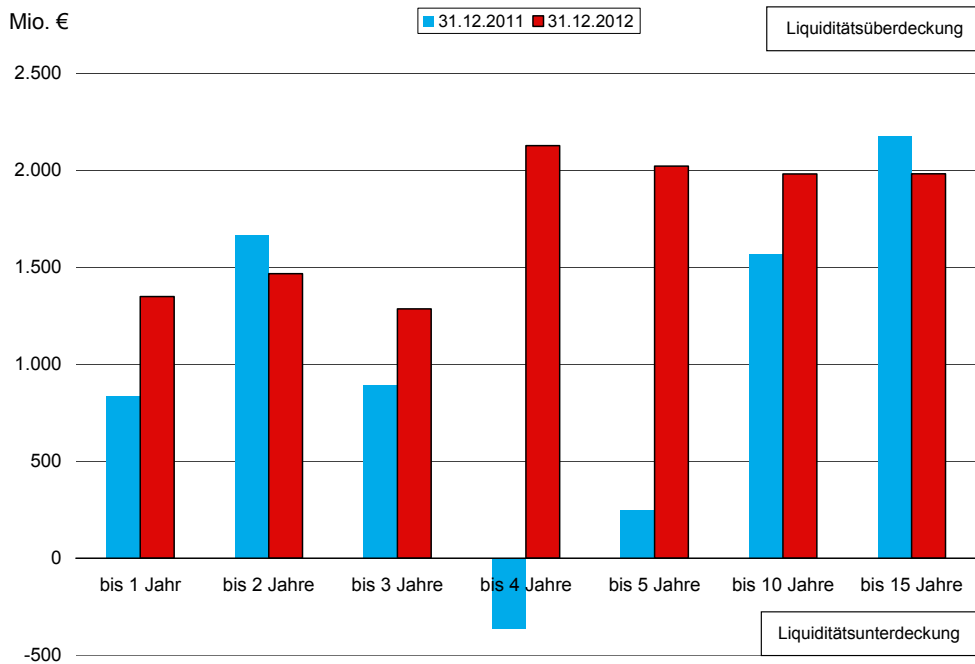
Im Jahr 2012 bestand für die Bank in diesem Szenario kein Signal auf einen potenziellen Engpass in der Liquiditätssituation. Steuerungssignale aus den statischen Stresstests führen in der Bank nicht automatisch zu Steuerungsmaßnahmen. Vielmehr geben sie Anlass, die gegenwärtige Liquiditätssituation tiefer zu analysieren und die wesentlichen Treiber auch mit der gegenwärtigen Eintrittswahrscheinlichkeit der Krisen-Stress-Szenarien einzuwerten.

Die Auslastung des Liquiditätspuffers für eine Woche nach den Mindestanforderungen an das Risikomanagement betrug zum Stichtag 50 % (per 31. Dezember 2011: 23 %). Die Auslastung des Liquiditätspuffers für einen Monat betrug zum Stichtag ebenso 50 % (per 31. Dezember 2011: 28 %).

Mit Ermittlung des barwertigen Refinanzierungsrisikos analysiert die Bank die barwertigen Kosten für das Schließen einer passiven Liquiditätsinkongruenz im Zeitablauf aller Fälligkeiten in allen Laufzeiten und Währungen unter der Annahme einer definierten Erhöhung der Liquiditäts-Spreads (Spread-Parameter). Das barwertige Refinanzierungsrisiko wird durch das hierfür allokierte Risikokapital limitiert. Ferner wird die Höhe der passiven Liquiditätsinkongruenzen pro Laufzeitband (Liquiditätsablaufbilanz) zur Vermeidung von Konzentrationen in einzelnen Laufzeiten durch Volumenstrukturlimite begrenzt.

Die zur internen Steuerung des Refinanzierungsrisikos genutzte Liquiditätsablaufbilanz stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Kumulierte Liquiditätsabläufe



Die Liquiditätsablaufbilanz der Bank zeigt zum 31. Dezember 2012, dass die Liquiditätssituation weiterhin auskömmlich ist. In diesem Instrument erfolgte am 29. Juni 2012 eine methodische Anpassung der Abbildung von Roll-over-Krediten, die nun mit der Laufzeit der mit den Kunden vereinbarten Margenbindung gezeigt werden. Die methodische Anpassung betrifft ca. ein Drittel des gesamten Roll-over-Kreditvolumens. Die zur Steuerung genutzten Liquiditätslimite wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Für die Bank hat die Refinanzierung über Pfandbriefe eine hohe Bedeutung. Bei allen Emissionen der Bank werden die gesetzlichen Anforderungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) umfassend erfüllt.

An die Qualität der zur Deckung der Pfandbriefe hereinzunehmenden Darlehen stellt das PfandBG hohe Anforderungen. So hat die Prüfung der formal den Richtlinien des Gesetzes entsprechenden Indekungnahme von Forderungen durch einen externen Treuhänder zu erfolgen. Außerdem sind die wesentlichen Strukturzahlen der Deckungsmasse alle drei Monate durch die Bank zu veröffentlichen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird unter den Marktpreisrisiken subsumiert. Ziel ist es, das Marktliquiditätsrisiko grundsätzlich zu begrenzen, indem im Wesentlichen auf liquiden Märkten agiert wird. Unterstützend hat die Bank im Berichtsjahr diese Steuerungsmöglichkeiten in der NORD/LB-Gruppe weiterentwickelt. Das bestehende Liquiditätsklassenkonzept wurde in ein deutlich differenzierteres Wertpapier-Liquiditätsklassenkonzept überführt. Daraus lassen sich spezifische Haircuts für die Steuerung in der Liquiditätsablaufbilanz, den Liquiditätsstresstests und dem Collateral-Allocation-Management modellieren.

Entwicklung im Jahr 2012

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind nach wie vor an den Geld- und Kapitalmärkten zu beobachten. Die Bank hatte weiterhin ausreichenden Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt durch angemessen diversifizierte Anlegergruppen und Produkte. Dies zeigt sich darin, dass die Bremer Landesbank sich im Marktvergleich zu guten Bedingungen am Geld- und Kapitalmarkt refinanzieren konnte. Die langfristige Refinanzierung auf gedeckter als auch ungedeckter Basis wird hierbei wesentlich durch langfristige Emissionen und Kundeneinlagen sichergestellt. Durch aufmerksame Beobachtung der Märkte und aktive Liquiditätssteuerung war im Geschäftsjahr 2012 jederzeit sichergestellt, dass die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet ist.

Im Berichtsjahr 2012 wurden die bestehenden aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Folge der Finanzmarktkrise verschärft. Durch einen verstärkten Ausbau des Liquiditätsmanagements und -controllings im Rahmen eines Projekts hat die Bank den gestiegenen Anforderungen Rechnung getragen. Die Bank entwickelt die Methoden und Modelle der Liquiditätsrisikosteuerung systematisch in enger Abstimmung innerhalb der NORD/LB-Gruppe weiter.

Ausblick

Die Bremer Landesbank entwickelt ihr Liquiditätsrisikomanagement im Kontext der sich ändernden Anforderungen stets weiter.

Die Entwicklungen im Jahr 2013 sind darauf gerichtet, die neuen umfangreichen und sich ändernden aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus dem Kontext Basel III/CRD4 frühzeitig in der Liquiditätssteuerung berücksichtigen zu können.

Darüber hinaus wird ein weiterer Schwerpunkt darin liegen, die Liquiditätskosten und Liquiditätsrisikokosten in den Instrumenten der Gesamtbanksteuerung konsequent in der Vor- und Nachkalkulation des Aktivgeschäfts zu berücksichtigen.

Im Jahre 2015 werden die letzten Refinanzierungsmittel auslaufen, die unter Anstaltslast und Gewährträgerhaftung begeben wurden. Die Bank hat bereits heute mit Liquidität für einen stetigen Geschäftsgang vorgesorgt.

Die Bank erwartet an den Geld- und Kapitalmärkten auf Sicht keine nachhaltige Entspannung. Von daher werden die Entwicklungen zwischen den Banken und die Marktversorgung durch die Zentralbank weiter eng beobachtet.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Abläufen, Mitarbeitern und Technologie oder durch externe Einflüsse eintreten. Die Definition schließt Rechtsrisiken sowie Reputationsrisiken als Folgerisiken ein. Nicht berücksichtigt werden Geschäfts- und strategische Risiken.

Das Rechtsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rechtsrahmens ein Schaden entsteht. Das Rechtsrisiko existiert nur im Außenverhältnis der Bank.

Im Verständnis der Bremer Landesbank sind das Compliance-Risiko, das Outsourcing-Risiko, das Veritätsrisiko sowie das Fraud-Risiko ebenfalls Bestandteil des operationellen Risikos.

Das Compliance-Risiko bezeichnet Risiken gerichtlicher, behördlicher oder disziplinarischer Strafen, die aus nicht ordnungsgemäßen Verfahren, Prozessen etc. (aufgrund der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Verhaltensregeln und Normen) im Innenverhältnis der Bank resultieren.

Das Outsourcing-Risiko beschreibt Gefahren, die aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen resultieren.

Das Veritätsrisiko beschreibt die hinsichtlich des Bestands und der Realisierbarkeit einer angekauften Forderung bestehende Gefahr, dass der Schuldner der angekauften Forderung nicht verpflichtet ist, in vollem Umfang zu leisten.

Das Fraud-Risiko beschreibt die Gefahr, die aus sonstigen strafbaren Handlungen gegenüber der Bank resultiert, welche einen vermeidbaren Vermögens- oder Reputationsschaden herbeiführen.

Strategie und Management

Die Leitlinien für den Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie der Bank formuliert. Die Bank verfolgt bei operationellen Risiken weitgehend eine Strategie der Vermeidung, die sich z. B. in einem Internen Kontrollsystem, Business Continuity Management (BCM) oder im Abschluss von Versicherungen widerspiegelt.

Das Business Continuity Management sowie das Notfall- und Krisenmanagement der Bank dienen der Notfallvorsorge und Notfallbewältigung. Wesentliches Element hierbei ist die Vermeidung von Ausfällen kritischer Geschäftsprozesse und/oder das Einschränken möglicher Auswirkungen. Ebenso gehört hierzu die Vorbereitung auf Ereignisse, deren Risiken nicht oder nicht weit genug durch vorbeugende Maßnahmen reduziert werden können.

Im Rahmen eines integrierten Personalrisikomanagements werden durch das Personalmanagement die verschiedenen Risikoarten Engpassrisiko, Austrittsrisiko, auf Dauer unangemessene Personalausstattung nach Quantität und Qualität, Anpassungsrisiko sowie Motivationsrisiko differenziert betrachtet und gesteuert. Die anforderungsgerechte und zielgerichtete Personalentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Aufgabe der jeweiligen Führungskräfte. Das Personalmanagement berät und unterstützt die Bereiche bei der Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen.

Im IT-Bereich sorgen Verfahrensanweisungen, Ersatzkapazitäten und Sicherungen für eine angemessene Stabilität der IT-Infrastruktur. Sicherheitskonzepte und Wiederanlaufpläne ergänzen die vorbeugenden Maßnahmen, um Schäden durch den Ausfall oder die Manipulation von Anwendungen und Informationen zu verhindern.

Die Bank verfügt über angemessenen Versicherungsschutz. Die Versicherungsdeckung wird regelmäßig überprüft.

Nach § 25a und § 25c KWG ist die Bank verpflichtet, durch die Schaffung angemessener geschäfts- und kundenbezogener Sicherungssysteme sonstige strafbare Handlungen zulasten der Bank und ihrer Tochterunternehmen bereits im Vorfeld zu verhindern. Darüber hinaus verurteilt der Vorstand jeden Versuch betrügerischen bzw. unredlichen Handelns und/oder sonstiger krimineller Handlungen als schweres und nicht tolerierbares Vergehen („Null-Toleranz-Prinzip“). Die Bank lässt nichts unversucht, um sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder zumindest so frühzeitig wie möglich aufzudecken sowie die entsprechenden Risiken auf das geringstmögliche Potenzial zu beschränken und Kontrollen durchzuführen. Dabei wird etwaigen kriminellen Handlungen in enger Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden begegnet. Neben den bereits eingeführten Grundsätzen und Sicherungssystemen hat die Bank zu diesem Zweck eine detaillierte Gefährdungsanalyse durchgeführt und eine umfangreiche Fraud-Prevention-Organisation erarbeitet und eingeführt. Ein Baustein dieser Fraud-Prevention-Organisation ist die Schaffung eines Fraud-Managements, das in Personalunion vom Geldwäschebeauftragten der Bank ausgefüllt wird. Die Funktion Geldwäscheprävention/Fraud-Management ist als zentrale Stelle im Bereich Compliance angesiedelt und direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Zur Absicherung gegen rechtliche Risiken ist unter anderem bei Einleitung von rechtlichen Maßnahmen und beim Abschluss von Verträgen, die nicht auf freigegebenen Mustern basieren, die OE Recht einzuschalten.

Die Qualität externer Lieferanten und Dienstleister wird durch die Vereinbarung von Service-Level-Agreements oder detaillierte Leistungsverzeichnisse sowie durch die laufende Kontrolle der Leistung sichergestellt. Zur Umsetzung der MaRisk zum Outsourcing wurde ein Prozess zur Beurteilung von Dienstleistern hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit unter Risikogesichtspunkten installiert. Für jede wesentliche Auslagerung wird eine verantwortliche Stelle benannt, der das Leistungs- und Risikomanagement der Geschäftsbeziehung obliegt. Zudem wird für jede wesentliche Auslagerung individuell die Notfallplanung abgestimmt.

Aufbauorganisation

In den Risikomanagementprozess operationeller Risiken der Bank sind der Vorstand, das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling sowie alle weiteren Bereiche eingebunden. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken unter Berücksichtigung der Risikolage auf Gesamtbankebene fest. Das Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling ist für die zentrale Überwachung und unabhängige Berichterstattung der operationellen Risiken zuständig. Die

Verantwortung für die Steuerung der operationellen Risiken liegt innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen dezentral bei den einzelnen Bereichen.

Analyse

Die Konzeption und Definition der eingesetzten Controlling-Methoden, Verfahren und Begrifflichkeiten sowie deren laufende Weiterentwicklung obliegen dem Gesamtbank- und Kreditrisikocontrolling. Weiterentwicklungen erfolgen grundsätzlich in enger Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe.

Die Bank sammelt Schadensfälle aus operationellen Risiken und kategorisiert diese nach Ursachen und Auswirkungen. Die gesammelten Schadensfälle werden in das vom VÖB initiierte Datenkonsortium DakOR eingebracht.

Mithilfe der in der Bank jährlich durchgeführten Methode Risk Assessment wird die vergangenheitsbezogene Schadensfallsammlung um die Zukunftskomponente ergänzt. Durch Expertenschätzungen werden detaillierte Einblicke in die Risikosituation der einzelnen Fachbereiche gewonnen und ggf. entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Das Risk Assessment erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines Fragenkatalogs, der qualitative Fragen enthält. Des Weiteren erfolgt in einem zweiten Schritt für Bereiche mit wesentlichen operationellen Risiken die Durchführung einer Szenariomethode, mit deren Hilfe eine Quantifizierung der operationellen Risiken erfolgt.

Eine Methodik zur Erhebung von Risikoindikatoren wurde eingeführt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgt risikoorientiert und wird regelmäßig auf ihre Aktualität geprüft. Mithilfe der Risikoindikatoren sollen potenzielle Risiken frühzeitig erkannt und mögliche Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank, Erhebung der Risikoindikatoren und Risk Assessment werden analysiert und ggf. notwendige Maßnahmen von den Bereichen initiiert.

Bei der Ermittlung der Risiken im Rahmen des RTF-Modells werden innerhalb der NORD/LB-Gruppe eine einheitliche VaR-Methode und ein gruppenweites Allokationsmodell verwendet.

Berichterstattung

Im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung erfolgt die Darstellung der Schäden, der Risikoindikatoren und der Ergebnisse aus dem Risk Assessment.

Entwicklung im Jahr 2012

Die eingetretenen Schadensfälle des Jahres 2012 werden insgesamt als unwesentlich aus Gesamtbanksicht eingeschätzt. Der Bruttobetrag aller gemeldeten Schadensfälle (inklusive Fällen, die auch das Kreditrisiko betreffen) betrug 2012 2,4 Mio. € (Vorjahr: 15,6 Mio. €). Unter Berücksichtigung von Schadensminderungen, u. a. Auflösung einer in 2011 gebildeten Einzelwertberichtigung in Höhe von 13,5 Mio. €, ergibt sich eine Netto-Schadenfallsumme von -11,3 Mio. €.

Nettoschäden in % der Gesamtschadenssumme (ohne Schäden mit Kreditbezug)

Schadensfalldatenbank	Anteil 2012	Anteil 2011
Externe Einflüsse	6,9 %	2,5 %
Interne Abläufe	2,7 %	5,3 %
Mitarbeiter	89,4 %	92,2 %
Technologie	1,0 %	0,0 %

Basierend auf den Ergebnissen des Risk Assessments, der Risikoindikatoren und den Einträgen in die Schadensfalldatenbank geht die Bank nicht davon aus, dass aus operationellen Risiken existenzgefährdende Schäden mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden.

Von den im Vorjahr im Risikobericht aufgeführten Prozessrisiken hat sich ein Betrag von ca. 7,8 Mio. € durch Vergleichsschluss erledigt; in dem zweiten Verfahren wurde die Bank in zweiter Instanz zur Zahlung weiterer 2,18 Mio. € verurteilt (12 % des ursprünglichen Streitwertes); dieses Verfahren ist noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, da die Gegenseite beim BGH Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt hat. In jedem Fall können diese Ansprüche die Bank in ihrer Existenz nicht gefährden.

Hinsichtlich der Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko wurde auch im Jahr 2012 weiterhin der Standardansatz verwendet.

Ausblick

Mit den eingeführten Methoden und Verfahren zur Steuerung von operationellen Risiken hat die Bank die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. An der Weiterentwicklung der Methoden wird in Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe gearbeitet.

Sonstige Risiken

Über die bereits dargestellten Kredit-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken hinaus sind die sonstigen Risiken von untergeordneter Bedeutung für die Bank.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bank verfolgt eine nachhaltige Risikopolitik. Sie hat für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung getroffen. Das Verlustpotenzial steht in einem angemessenen Verhältnis zur substanziellen Tragfähigkeit der Bank. Die Wirksamkeit der Risikosteuerungssysteme hat sich bereits vor dem Hintergrund der marktübergreifenden Liquiditäts- und Kreditkrise bewährt. Die gewonnenen Erkenntnisse werden für die Weiterentwicklung der Risikosteuerungssysteme in allen Risikoarten genutzt.

Vor dem Hintergrund der branchenweiten Diskussion mit der deutschen Aufsicht zur Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und den diesbezüglich von der Aufsicht formulierten Anforderungen wurde das RTF-Modell in der NORD/LB-Gruppe einer kritischen Prüfung unterzogen, um auch künftig die Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu

erfüllen. Die Umstellung auf das überarbeitete RTF-Modell erfolgte zum Stichtag 31. März 2012. Weitere Änderungen erfolgten zum Stichtag 31. Dezember 2012.

Im Jahr 2012 hatten zwei eigenkapitalerhöhende Maßnahmen Auswirkungen auf die Risikokapitalsituation der Bank. Am 28. August 2012 wurden stille Einlagen in Höhe von 607,9 Mio. € umgewandelt. Die neue Kapitalstruktur ermöglicht der Bank auf Anhieb die Erfüllung der Anforderungen nach Basel III. Am 16. November 2012 wurden 150 Mio. € und am 6. Dezember 2012 weitere 50 Mio. € Nachrangkapital aufgenommen. Der Auslastungsgrad in der Going-Concern-Sicht des Risikotragfähigkeitsmodells lag am 31. Dezember 2012 bei 19 %. Die Going-Concern-Sicht ist seit der Umstellung des Risikotragfähigkeitsmodells maßgeblich für die Beurteilung der Risikotragfähigkeit gemäß MaRisk. Die Gesamtkennziffer verbesserte sich zum 31. Dezember 2012 von 10,6 % auf 11,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

Das Credit-Investment-Portfolio wird sich in den nächsten Jahren durch Fälligkeiten und Neugeschäftsverbot weiter kontinuierlich reduzieren und bis zum Ende des Jahres 2015 bis auf unter 1 Mrd. € abgebaut sein. Sofern aus Bonitätsgründen eine vorzeitige Auflösung von Positionen ratsam erscheint, werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Das Engagement in den sog. PIIGS-Staaten baut sich in etwa proportional zu dem übrigen Engagement ab. Damit verringern sich sukzessive die möglichen Auswirkungen einer anhaltenden Schuldenkrise in den sog. PIIGS-Staaten auf das Portfolio der Bank. Mit Ausnahme von Italien hat die Bank keine direkten Staatsrisiken der sogenannten PIIGS-Staaten im Bestand, sondern lediglich solche aus Finanzierungsinstitutionen der entsprechenden Länder. Die von der EU deutlich erhöhten Anforderungen an die Kapitalausstattung von Finanzinstituten konnten fristgerecht von den Banken in 2012 erfüllt werden. Durch die Stärkung der Kapitalbasis der Institute – entweder aus eigener Kraft oder über die weitreichenden Unterstützungsprogramme in der EU – reduziert sich implizit das Risiko von substanziellen Auswirkungen auf das von Finanzierungsinstitutionen dominierte Credit-Investment-Portfolio nach Einschätzung der Bank beträchtlich.

Die Bank stellt sich in ihrer Risikosteuerung auf ein Fortbestehen der angespannten Situation in der Handelsschifffahrt in den nächsten beiden Jahren ein, ergreift adäquate Maßnahmen, betreibt entsprechende Risikovorsorge und aktives Portfoliomanagement, um Not leidende Finanzierungen ohne realistisches Wertaufholungspotenzial abzuwickeln. Insgesamt geht die Bank davon aus, dass die Schiffsmärkte in den nächsten zwei bis drei Jahren die durchschnittlichen Marktwerte wieder erreichen werden und daher Sicherheitenverwertungen nach wie vor möglichst zu vermeiden sind.

Am 14. Dezember 2012 hat die BaFin die Endfassung der überarbeiteten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) veröffentlicht. In den wichtigsten Anpassungen und Ergänzungen (Kapitalplanungsprozess, Risikocontrolling-Funktion, Compliance-Funktion, Verrechnungssystem für Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken) hat die Bank keinen Handlungsbedarf bzw. hat sie den Entwicklungsprozess bereits weit vorangetrieben. Insgesamt erfolgt die Umsetzung der Anforderungen aus der 4. MaRisk-Novelle in fachlicher Abstimmung mit der NORD/LB-Gruppe bis zum 31. Dezember 2013.

Die Bank wird auch im Jahr 2013 ihre Ausfallrisikosteuerung und den RWA-Managementprozess weiterentwickeln. Das zu entwickelnde inverse Stresstesting sowie die Risikokonzentrationsanalysen auf Adress- und Kreditportfolioebene werden weitere Impulse zur effizienten Kreditrisikosteuerung in der Bank liefern.

Disclaimer – Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Bremer Landesbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf das Geschäft der Bremer Landesbank einwirken und zu großen Teilen außerhalb ihres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von den im Bericht getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Es wird seitens der Bremer Landesbank keine Verpflichtung übernommen, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorstand der Bank unterrichtete den Aufsichtsrat und den von ihm eingesetzten Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss sowie den Prüfungs- und Förderausschuss regelmäßig über die geschäftliche Entwicklung und über die Lage der Bank. In seinen Sitzungen ließ sich der Prüfungsausschuss zudem von der Revision und Compliance über deren Feststellungen berichten. In zwei Aufsichtsratssitzungen, fünf Sitzungen des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses, drei Prüfungsausschuss- sowie drei Förderausschusssitzungen wurden Grundsatzzfragen der Geschäftspolitik und des betrieblichen Bereiches eingehend erörtert. Die Gremien haben über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und sonstigen Angelegenheiten, die nach der Satzung und den in deren Rahmen erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Infolge der Neufassung der Satzung nach Veränderung der Trägerstruktur und der Beteiligungsverhältnisse durch Umwandlung von stillen Einlagen in Stammkapital der Bremer Landesbank hat sich der Aufsichtsrat zum 1. November 2012 neu konstituiert. Die erste Sitzung fand am 15. November 2012 statt.

Den Jahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2012 hat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, geprüft. Er entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Prüfungsgesellschaft hat den Jahresabschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Ergänzend nahm der Wirtschaftsprüfer an der Jahresabschlusssitzung des Aufsichtsrates am 26. April 2013 teil und berichtete über die Ergebnisse der Prüfung.

Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung des Abschlussprüfers zugestimmt und nach dem Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen erhoben. In seiner Sitzung am 26. April 2013 billigte der Aufsichtsrat den Lagebericht sowie den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schlägt der Trägerversammlung vor, dem Vorstand Entlastung zu erteilen und den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012 der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – von 31 Mio. € auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand der Bank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und spricht ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für die im Jahr 2012 geleistete Arbeit aus.

Bremen, 26. April 2013

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates



Bürgermeisterin Karoline Linnert

Bericht der Trägerversammlung

Die Trägerversammlung trat im Berichtsjahr zweimal zusammen, um die ihr durch Gesetz und Satzung auferlegten Aufgaben wahrzunehmen.

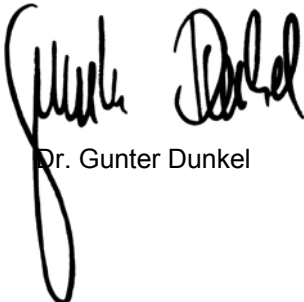
Darüber hinaus hat die Trägerversammlung im Jahr 2012 die notwendigen Beschlüsse für eine Erhöhung des Stammkapitals durch Umwandlung von stillen Einlagen herbeigeführt. Die Kapitalmaßnahme führte mit Wirkung zum 28. August 2012 zu einer neuen Trägerstruktur, neuen Anteilsbesitzverhältnissen und zu einer Neufassung der Satzung. Die Zusammensetzung der Trägerversammlung änderte sich entsprechend. Die konstituierende Sitzung fand am 15. November 2012 statt. Die Kapitalmaßnahme unterstützt die Bremer Landesbank mit Blick auf die zukünftigen Erfordernisse nach Basel III.

Am 26. April 2013 beschloss die Trägerversammlung die vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses 2012. Außerdem erteilte sie dem Vorstand der Bank Entlastung. Darüber hinaus haben die Träger dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Trägerversammlung dankt dem Aufsichtsrat, dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank für die im Jahr 2012 geleistete Arbeit.

Bremen, 26. April 2013

Der Vorsitzende der Trägerversammlung



Dr. Gunter Dunkel

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite

Mio. €			31.12.2011
1. Barreserve			76
a) Kassenbestand		5	4
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		71	210
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		(71)	(210)
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			20
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		20	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		(20)	(0)
3. Forderungen an Kreditinstitute			3.834
b) Kommunalkredite		3.130	3.301
c) andere Forderungen		704	1.556
darunter: täglich fällig		(274)	(480)
gegen Beleihung von Wertpapieren		(0)	0
4. Forderungen an Kunden			23.266
a) Hypothekendarlehen		1.628	1.586
b) Kommunalkredite		5.059	5.013
c) andere Forderungen		16.579	15.757
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		(0)	(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			5.710
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		5.710	5.230
ba) von öffentlichen Emittenten	2.160		1.382
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(2.160)		(1.362)
bb) von anderen Emittenten	3.550		3.848
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	(3.279)		(3.612)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			17
6a. Handelsbestand			527
7. Beteiligungen			20
darunter: an Kreditinstituten			(5)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			81
darunter: an Kreditinstituten			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten			(1)
9. Treuhandvermögen			40
darunter: Treuhandkredite			(4)
11. Immaterielle Anlagewerte			2
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2	2
12. Sachanlagen			50
14. Sonstige Vermögensgegenstände			405
15. Rechnungsabgrenzungsposten			13
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		12	13
b) andere		1	1
Summe der Aktiva			34.061
			33.931

Passivseite

Mio. €			31.12.2011	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			11.775	10.973
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		396		472
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		894		1.083
c) andere Verbindlichkeiten		10.485		9.418
darunter: täglich fällig		(1.867)		(780)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(—)		(—)
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		(—)		(—)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(159)		(208)
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe				
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			10.288	10.493
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		318		305
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.658		2.871
c) Spareinlagen		194		191
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	186			174
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	8			17
d) andere Verbindlichkeiten		7.118		7.126
darunter: täglich fällig		(3.088)		(2.333)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(—)		(—)
ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		(—)		(—)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber		(—)		(—)
ausgehändigte öffentliche Namenspfandbriefe		(—)		(—)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten			8.442	8.771
a) begebene Schuldverschreibungen		8.442		8.771
aa) Hypothekenspfandbriefe	498			633
ab) öffentliche Pfandbriefe	1.866			2.203
ac) sonstige Schuldverschreibungen	6.078			5.935
3a. Handelsbestand			358	448
4. Treuhandverbindlichkeiten			40	87
darunter: Treuhandkredite			(4)	(36)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			367	590
6. Rechnungsabgrenzungsposten			21	17
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		21		17
b) andere		0		0
7. Rückstellungen			268	259
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		194		172
b) Steuerrückstellungen		16		32
c) andere Rückstellungen		58		55
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			700	500
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			495	444
darunter: für Handelsbestand			(5)	(4)
12. Eigenkapital			1.307	1.349
a) gezeichnetes Kapital		265		748
aa) Stammkapital	265			140
ab) sonstige Kapitaleinlage	0			608
b) Kapitalrücklage		478		40
c) Gewinnrücklagen		533		533
cb) satzungsmäßige Rücklagen	—			229
cc) andere Gewinnrücklagen	533			304
d) Bilanzgewinn		31		28
Summe der Passiva			34.061	33.931

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Mio. €		31.12.2011
1. Eventualverbindlichkeiten		3.360
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	3.360	3.620
2. Andere Verpflichtungen		1.804
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.804	2.643

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

Mio. €		01.01.– 31.12.2011
1. Zinserträge aus		1.212
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.106	1.082
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	106	127
2. Zinsaufwendungen		790
		422
3. Laufende Erträge aus		9
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
b) Beteiligungen	4	10
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	5	2
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		32
5. Provisionserträge		56
6. Provisionsaufwendungen		7
		49
7. Nettoertrag des Handelsbestandes		10
davon Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		(1)
8. Sonstige betriebliche Erträge		11
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		185
a) Personalaufwand		103
aa) Löhne und Gehälter	76	71
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	27 (14)	16 (4)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		82
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		5
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		22
12a. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		50
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		201
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		3
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		73
21. Außerordentliche Aufwendungen		6
22. Außerordentliches Ergebnis		-6
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		15
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		0
		15
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		21
27. Jahresüberschuss		31
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen		0
c) in satzungsmäßige Rücklagen	0	25
d) in andere Gewinnrücklagen	0	25
34. Bilanzgewinn		31
		28

Anhang

I. Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und den Grundlagen für die Währungsumrechnung in Euro

1. Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Bremer Landesbank zum 31. Dezember 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB; zuletzt geändert am 20. Dezember 2012) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung basiert auf der RechKredV. Die Vergleichswerte von 2011 beinhalten die im Vorjahr veröffentlichten sowie testierten Werte. Die Bilanz ist gemäß § 268 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung einer teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt worden.

2. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Anlagebestand

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden zum Nennwert bilanziert. Soweit bei Hypothekendarlehen und anderen Forderungen Unterschiedsbeträge zwischen Nennbeträgen und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, erfolgt die Bilanzierung gemäß § 340e Abs. 2 HGB zum vollen Wert. Die Unterschiedsbeträge werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Minder- oder unverzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert angesetzt, gegebenenfalls korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Die Einschätzung der Risiken aus der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt im Rahmen der Einzelfallbetrachtung analog der Bildung von Einzelwertberichtigungen. Die Berücksichtigung von Länderrisiken erfolgt unter Prüfung der Einhaltung der Länderlimite (Ratingverfahren für Länder- und Transferisiken). Eine Einzelwertberichtigung wird einzelfallbezogen ermittelt. Die Vorsorgen für Länderrisiken wurden nach unveränderten Grundsätzen ermittelt. Für sonstige allgemeine Kreditrisiken bestehen angemessene Pauschalwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgt weiterhin auf Basis der Verlautbarungen des BFA 1/1990 und BMF vom 10. Januar 1994.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bewertet, soweit keine dauerhaften Wertminderungen vorliegen. Die Wertpapiere des Anlagebestands werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten. Es handelt sich hierbei um Emittenten, bei denen derzeit keine Ausfallrisiken erkennbar sind und auch zukünftig keine akuten Bonitätsverschlechterungen

erwartet werden. Die Abgrenzung der Wertpapiere des Anlagebestands und der Wertpapiere der Liquiditätsreserve – sämtlich börsenfähige Titel – erfolgt über Depotbestandskonten.

Optionsprämien und Future-Margin-Zahlungen aus noch nicht fälligen Geschäften sowie anteilige Zinsen aus Zinsswapgeschäften werden unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen, noch nicht amortisierte Beträge aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen bzw. noch nicht amortisierte Upfront-Beträge aus Zinsswapgeschäften sind in den Rechnungsabgrenzungsposten enthalten.

Für Credit Default Swaps (CDS), bei denen die Bank in der Sicherungsgeber-Position ist, erfolgt die bilanzielle Behandlung analog der Verfahrensweise bei Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen. Ist mit einer Inanspruchnahme aus dem CDS zu rechnen, werden Rückstellungen gebildet. Erfolgskomponenten aus CDS in der Sicherungsgeber-Position werden im Provisionsertrag ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit den Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen, wobei sich der beizulegende Wert aus dem Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen zukünftigen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner (Zukunftserfolgswert) ergibt.

Die zur Ermittlung des Ertragswerts abzuzinsenden Nettoeinnahmen der Unternehmenseigner ergeben sich vorrangig aus den Ausschüttungen der vom Unternehmen erwirtschafteten finanziellen Überschüsse. Ausgangspunkt der Ermittlung des beizulegenden Wertes der Beteiligung ist folglich eine Prognose über die Ergebnisentwicklung des Jahres 2012 sowie eine Detailplanung für das Jahr 2013 und gegebenenfalls Mittelfristplanung über die folgenden bis zu vier Jahre (Planungsphase I). Für die Folgejahre, die über den Planungshorizont hinausgehen, wird generell eine ewige Lebensdauer der Unternehmung unterstellt. Dazu wird eine sogenannte ewige Rente ermittelt, die den nachhaltigen Zustand des Beteiligungsunternehmens widerspiegeln soll (Planungsphase II). Diese erwarteten Zukunftserfolge werden unter Berücksichtigung der erwarteten Ausschüttungen auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Der verwendete Diskontierungszinssatz repräsentiert die Rendite aus einer zur Investition in das Beteiligungsunternehmen adäquaten Alternativanlage hinsichtlich Fristigkeit sowie Risiko und wird auf Basis eines Kapitalmarktmodells abgeleitet. Der Diskontierungszinssatz setzt sich aus den Komponenten risikofreier Zinssatz sowie Risikozuschlag aufgrund des Risikos künftiger finanzieller Überschüsse zusammen. Der Risikozuschlag stellt dabei das Produkt aus einer durchschnittlichen Marktisikoprämie und des Betafaktors dar, der die unternehmensspezifische Risikostruktur des jeweils zu bewertenden Unternehmens zum Ausdruck bringt. Als relatives Maß beschreibt der Betafaktor, in welchem Ausmaß die Rendite des betreffenden Wertpapiers an dem Beteiligungsunternehmen die Veränderungen der Rendite des Marktportfolios nachvollzieht.

Zur Bewertung von Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen werden Vergleichsgruppen vergleichbarer börsengehandelter Titel gebildet und für jeden Einzelwert das Beta in

Relation zum jeweiligen landesweiten Index berechnet. In Summe fließt der auf diese Weise ermittelte Betafaktor der Vergleichsgruppe als wesentlich wertbestimmender Multiplikator in die Berechnung des Kapitalisierungszinses ein. Das Raw Beta stellt dabei das historische Beta eines Unternehmens dar, wie es sich aus einer linearen Regression der Aktienrendite gegen die Rendite des Marktportfolios ergibt. Die Bank setzt für die Bewertung von Beteiligungen den Adjusted Betafaktor ein, der im Gegensatz zum klassischen Betafaktor nicht nur historische Daten zugrunde legt, sondern auch künftige Entwicklungen berücksichtigt. Der Adjusted Betafaktor ($\text{Adjusted Beta} = \text{Raw Beta} \times 0,67 + 0,33$) wird genutzt, um die Volatilität der Beteiligungsbewertung im Zeitablauf zu glätten.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen Möglichkeiten die maximal anerkannten Abschreibungen geltend gemacht. Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € liegen, werden als Sammelposten aktiviert und über 5 Jahre pauschal mit jeweils 20 Prozent p. a. abgeschrieben. Im Berichtsjahr betragen diese Abschreibungen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €). Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 € nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert worden. Unterschiedsbeträge zwischen Aufnahme- und Erfüllungsbeträgen mit Zinscharakter werden unter den Abgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig aufgelöst.

Zerobonds werden mit dem Kursbetrag bei Ausgabe zuzüglich Aufzinsung gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Strukturierte Emissionen in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie in den verbrieften Verbindlichkeiten werden gemäß der Grundsätze für die einheitliche oder getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente des IDW RS HFA 22 behandelt. Sofern die Voraussetzungen für eine einheitliche Bilanzierung nicht gegeben sind, erfolgt eine Trennung der strukturierten Emissionen in ihre Bestandteile Basisvertrag und eingebettete Derivate.

Für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen bestehen nach dem Vorsichtsprinzip bemessene Rückstellungen.

Für alle Finanzinstrumente des Bankbuchs (Zinsbücher) ist dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip (Nachweis der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs) dadurch Rechnung zu tragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 249 HGB („Drohverlustrückstellung“) zu bilden ist. Der Verpflichtungsüberschuss besteht dann, wenn der Wert der Leistungsverpflichtung der Bremer Landesbank den Wert seines Gegenleistungsanspruchs übersteigt. Für den Nachweis der verlustfreien Bewertung nach der Maßgabe von IDW RS BFA 3 verwendet die Bremer Landesbank als Methode die barwertbezogene Betrachtungsweise („Barwertmethode“).

Bei dem Rückstellungstest vergleicht die Bank die Summe der zinsinduzierten Barwerte aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte außerhalb des Handelsbestandes unter Berücksichtigung der erwarteten Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten mit der Summe der Buchwerte aller zinstragenden Geschäfte. Zum 31. Dezember 2012 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

3. Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank vollzieht im Fall einer einzelgeschäftsbezogenen Zinssicherung von festverzinslichen Wertpapieren der Liquiditätsreserve durch Zinsswaps ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten auch bilanziell nach.

Neben den vorgenannten als Bewertungseinheiten abgebildeten Sicherungsbeziehungen bestehen folgende wirtschaftliche Sicherungszusammenhänge, die nicht durch Bildung von Bewertungseinheiten, sondern durch die im Folgenden genannten Maßnahmen bilanziell nachvollzogen werden:

- Währungssicherungen im Bankbuch: Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Umrechnung der Fremdwährungs-Aktiva, Fremdwährungs-Passiva und schwerwender Währungsgeschäfte gemäß § 256a HGB i. V. m. § 340h HGB bilanziell nachvollzogen (siehe Grundsätze der Währungsumrechnung)
- Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung (Gesamtbanksteuerung). Der wirtschaftliche Sicherungszusammenhang wird durch die Einbeziehung aller zinstragenden Bankbuch-Aktiva und -Passiva sowie aller Zinsderivate des Bankbuchs in die Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für die verlustfreie Bewertung von Zinsrisiken im Bankbuch abgebildet.

Soweit handelsbilanzielle Bewertungseinheiten gebildet werden, kommt bei der Bremer Landesbank die sog. Einfrierungsmethode zur Anwendung, d. h., soweit sich Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko ausgleichen, werden die Wertänderungen nicht bilanziert. Die Voraussetzung für die Bildung einer Bewertungseinheit für bilanzielle Zwecke setzt – unabhängig von der Entscheidung im Risikomanagement – einzel-fallbezogen eine bewusste dokumentierte Entscheidung von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft voraus.

Es handelt sich bei allen Bewertungseinheiten der Bremer Landesbank um perfekte Mikro-Hedges, worunter solche Sicherungsbeziehungen verstanden werden, bei denen die Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft exakt übereinstimmen (Identität von Nominalbetrag, Laufzeit, Währung, Zinstermin und Festzinssatz für das Grundgeschäft und das Sicherungsinstrument). Die Übereinstimmung der Cashflow bestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft wird bei Bildung der Bewertungseinheit sowie während der Laufzeit durch eine handelsunabhängige Stelle kontrolliert. Aufgrund der sog. perfekten Bewertungseinheiten erfolgt die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit mittels der Critical-Terms-Match-Methode. Auch für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird

die Critical-Terms-Match-Methode zugrunde gelegt. Zusätzlich werden bilanziell die relevanten Wertänderungen aus nicht abgesicherten Risiken rechnerisch ermittelt. Die Ausübung des Wahlrechts zur Abbildung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen in der Rechnungslegung erfolgt – im Rahmen der Bewertungsstetigkeit – jeweils durch die Entscheidung der Bremer Landesbank. Bei Verzicht auf die Bildung von Bewertungseinheiten in der Rechnungslegung werden die mit den Geschäften verbundenen Zinsrisiken vollständig in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

4. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag bzw. zu den Anschaffungskosten – das Bewertungsergebnis – wird im Posten Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes erfasst. Neben dem Risikoabschlag werden in diesem Posten Erträge und Aufwendungen aus der Zuführung und Auflösung des Sonderpostens „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340e Abs. 4 HGB ausgewiesen. Bezüglich der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird auf den Abschnitt „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

Innerhalb des Geschäftsjahres wurden die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand unverändert angewendet.

Die laufenden Erträge (Zinserträge und Dividenden) aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes und Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoaufwand oder Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Für die Ermittlung des Risikoabschlags bzw. des VaR wird der nach handelsrechtlichen Vorgaben abgegrenzte Handelsbestand zugrunde gelegt und hierauf die bankaufsichtsrechtlich bestimmten Parameter angewendet. Die Bremer Landesbank ist nicht verpflichtet, einen VaR nach SolvV zu ermitteln. Für den Risikoabschlag im Sinne von § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB wird der für die interne Steuerung (tägliche Marktpreismeldung) kalkulierte interne Value-at-Risk (VaR) auf den Handelsbestand angewendet und von den Handelsaktiva abgesetzt. Die verwendeten und damit auch für die handelsrechtliche Bilanzierung maßgeblichen VaR-Parameter sind:

- Verwendung eines VaR auf Basis der Historischen Simulation, bei der die historisch aufgetretenen Wertveränderungen der Risikofaktoren auf die heutige Position angewendet werden und jeweils der potenzielle Gewinn oder Verlust ermittelt wird. Der VaR kann dann aus der Liste der Gewinne und Verluste abgelesen werden. Die Methodik wird analog in der internen Marktpreisrisikosteuerung der Bremer Landesbank genutzt.
- Ergänzende Information: Risikoarten, die in der Bremer Landesbank berücksichtigt werden:
 - Allgemeines Zinsrisiko
 - Besonderes Zinsrisiko (emittentenspezifisches Risiko)

- Währungsrisiko
- Aktienkursrisiko
- Optionspreissrisiko
- Konfidenzniveau: 99 %
- Haltedauer: 10 Tage
- Beobachtungszeitraum: 1 Jahr

Die Methode zur Ermittlung des Risikoabschlages wurde im III. Quartal 2012 geändert. Bisher wurde der Risikoabschlag auf Basis der Varianz-Kovarianz-Methode ermittelt, nunmehr erfolgt die Ermittlung auf Basis der Historischen Simulation. Durch die Änderung der Methode entstand zum Umstellungszeitpunkt ein Ertrag in Höhe von 0,4 Mio. €. Die Anpassung erfolgte zur Inanspruchnahme einer Bewertungsvereinfachung und um den Gleichlauf mit der internen Risiko-steuerung gemäß BFA 2 sicherzustellen.

5. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – interne Geschäfte

In den Fällen, in denen Risiken aus dem Nichthandelsbestand in den Handelsbestand transferiert werden, erfolgt eine handelsrechtliche Berücksichtigung der internen Geschäfte im Rahmen des Stellvertreterprinzips analog zu externen Geschäften.

6. Ermittlung von Zeitwerten

Beizulegende Zeitwerte sind zum einen für bilanzielle Zwecke (Bewertung von originären und derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestandes zum beizulegenden Zeitwert) und zum anderen für Offenlegungszwecke (Angabe des beizulegenden Zeitwerts für derivative Finanzinstrumente des Anlagebestands) zu ermitteln. Für beide Verwendungszwecke werden die beizulegenden Zeitwerte gleichermaßen wie folgt ermittelt:

Für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente entspricht der beizulegende Zeitwert unmittelbar dem Börsen- bzw. Marktpreis, d. h., es werden in diesem Fall keine Anpassungen oder Barwertberechnungen vorgenommen, um den beizulegenden Zeitwert zu ermitteln. Sofern öffentlich notierte Börsenpreise verfügbar sind, werden diese verwendet. Andernfalls wird auf andere Preisquellen zurückgegriffen (z. B. Quotierungen von Market-Makern). Beispiele für in einem aktiven Markt gehandelte Finanzinstrumente sind bei der Bremer Landesbank börsengehandelte Wertpapiere, börsengehandelte Optionen sowie Futures.

In allen übrigen Fällen ist der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten durch Anwendung allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Zu den allgemein anerkannten und von der Bremer Landesbank eingesetzten Bewertungsmethoden zählen insbesondere folgende Methoden:

Bewertungsmethode	Anwendungsbereich	Wesentliche Einflussgrößen (Input-Parameter)
Discounted-Cash-Flow-Methode	Illiquide verzinsliche Wertpapiere	Swapkurven, Bonitätsinformationen
	Credit Default Swaps	Swapkurven, Credit Spreads, ggf. Bonitätsinformationen
	Zinsswaps, FRAs	Swapkurven
	Wertpapiertermingeschäfte	Kontrakt Daten, konkrete Wertpapier-terminkurse, Swapkurven
	Zinswährungsswaps, Devisentermingeschäfte	Swapkurven in den getauschten Währungen, Basisswap-Spreads, Devisenkurse
Hull&White-Modell für Optionen	Bermudan Swaptions	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
Black-Scholes-Modell	FX-Optionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins
	OTC-Aktioptionen	Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises
Black-76-Modell	Caps und Floors, Swaptions, Bondoptionen	Wechselkurse, Volatilität des zugrunde liegenden Marktpreises/Kurses, risikoloser Zins

7. Grundsätze der Währungsumrechnung

Der Anschaffungsvorgang ist erfolgsneutral zu halten. Die differenzierte Folgebewertung von Devisen des Handelsbestandes (§ 340e Abs. 3 und Abs. 4 HGB) und des Nichthandelsbestandes (§ 340h i. V. m. § 256a HGB) erfolgt durch eine strikte Trennung zwischen den Devisenbeständen.

Im Anlagebuch werden aus dem Kriterium der besonderen Deckung nach § 340h HGB Folgen für die Ertragsrealisierung abgeleitet. Voraussetzung der besonderen Deckung ist die Währungsidentität, d. h., eine besondere Deckung kann nur in jeweils einer Währung sowie in der Höhe vorliegen, in der sich die Positionen bzw. Geschäfte in Fremdwährung betragsmäßig entsprechen. Die Währungsrisiken des Anlagebuchs werden über Dispositionsmeldungen an die Handelsabteilung transferiert. Dort erfolgt grundsätzlich unter Einsatz von entsprechenden Instrumenten eine währungsidentische Refinanzierung dieser Geschäfte. Kurzfristige Fremdwährungsspitzen auf dem Fremdwährungs-Verrechnungskonto werden täglich angesteuert.

Erfolgswirksamkeit der Umrechnungsergebnisse im Anlagebestand:

- Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte werden gemäß § 340h HGB zwingend erfolgswirksam vereinnahmt.
- Entsprechendes gilt nach § 256a Satz 2 HGB für Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger.

Fremdwährungsgeschäfte, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben sowie weder dem Handelsbestand zugeordnet noch bezüglich des Währungsrisikos in eine Bewertungseinheit i. S. d. § 254 HGB einbezogen werden, werden imparitätlich bewertet.

Nach den GoB wird für die Umrechnung der Termingeschäfte im Anlagebuch der Terminkurs des Abschlusstichtags herangezogen. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von

zinstragenden Bilanzposten, entspricht es den GoB, den Terminkurs aufzuspalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) getrennt bei der Ergebnisermittlung zu berücksichtigen. Die Swapbeträge werden zeitanteilig abgegrenzt. Die Ermittlung der positiven oder negativen Kassakursdifferenzen werden innerhalb derselben Währung saldiert und in dem Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Durch die Reststellenbewertung wird untersucht, ob am Abschlussstichtag aus der fristenmäßigen Schließung der Position Verluste drohen und entsprechende Rückstellungen zu bilden sind.

Für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten ergeben sich die EUR-Anschaffungskosten aus den in EUR umgerechneten Anschaffungskosten in Fremdwährung zum Anschaffungszeitpunkt (Erfolgsneutralität des Anschaffungsvorgangs). Alle auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden am Abschlussstichtag (Folgebewertung) zunächst in der jeweiligen Fremdwährung nach den allgemeinen Grundsätzen bewertet. Der sich danach ergebende Wert wird nach § 256a HGB mit dem Devisenkassamittelkurs des Abschlussstichtags in EUR umgerechnet. Nicht abgewickelte Kassageschäfte in Fremdwährung werden ebenfalls mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände in Höhe von 5.028 Mio. € (Vorjahr: 5.12 Mio. €) und Schulden in Höhe von 1.394 Mio. € (Vorjahr: 2.276 Mio. €) wurden zu den Kassamittelkursen zum 31.12.2012 umgerechnet.

Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestandes werden nach den für den Handelsbestand geltenden Regeln bilanziert und bewertet. Die Ergebnisse der Währungsumrechnung werden im Posten Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

8. Angaben zu den Pensionsrückstellungen

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren) berechnet und unter Anwendung der sog. „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode) bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Absatz 2 Satz 2 HGB). Zum 31.12.2012 betrug dieser Zinssatz 5,04 % (Vorjahr: 5,14 %).

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden darüber hinaus die folgenden Bewertungsparameter zugrunde gelegt:

Parameter	2012	2011
Fluktuation (ohne Ruhestand/Vorruhestand)	1,500 %	1,500 %
Rententrend:		
Vorstand/Vertragsangestellte p. a.	2,500 %	2,500 %
Gesamtversorgungen p. a.	3,500 %	3,500 %
Additive Versorgungsleistungen p. a.	2,000 %	2,000 %
Beitragsorientierte Versorgungsleistungen p. a.	1,000 %	1,000 %
Gehaltstrend:		
Tarifsteigerungen p. a.	2,000 %	2,000 %
Individuelle Gehaltsanhebungen (ruhegehaltfähig) p. a.	0,375 %	0,375 %

Bei den Berechnungen wurden als biometrische Rechnungsgrundlagen die sog. „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Als Renteneintrittsalter wurde das nach dem Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 (RVAGAnpG) frühestmögliche Pensionsalter zugrunde gelegt.

Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen betrug am 31.12.2012 gemäß Artikel 67 Absatz 2 EGHGB insgesamt 75 Mio. € (Vorjahr: 81 Mio. €). Darüber hinaus bestehen mittelbare Versorgungsverpflichtungen gemäß Artikel 28 Absatz 2 EGHGB in Höhe von 18 Mio. € (Vorjahr: 18 Mio. €).

9. Latente Steuern

Basis für die Bewertung der latenten Steuern war der in Deutschland zurzeit geltende Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und ein durchschnittlicher Gewerbesteuersatz von ca. 15,77 % (Vorjahr: 15,31 %). Die latenten Steuern wurden daher mit einem inländischen Ertragsteuersatz von 31,59 % (Vorjahr: 31,14 %) bewertet.

Passive latente Steuern auf handels- und steuerrechtlich abweichende Wertansätze von Beteiligungen wurden mit aktiven latenten Steuern auf abweichende Wertansätze bei Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen verrechnet.

Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

II. Erläuterung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgen entsprechend der Reihenfolge des Ausweises in den Formblättern.

1. Bilanz

Bilanz – Aktiva

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Pos. 3: Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an verbundene Unternehmen	138	452
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17	20
Nachrangige Forderungen	26	27
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	3.139	3.246
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	1.318	1.305
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	684	1.017
Pos. 4: Forderungen an Kunden		
Forderungen an verbundene Unternehmen	58	55
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	109	124
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	4.578	4.263
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	1.289	1.710
Pos. 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten		
Börsenfähige und börsennotierte Anleihen	2.160	1.382
Börsenfähige, nicht börsennotierte Anleihen	—	—
bb) von anderen Emittenten		
Börsenfähige und börsennotierte Anleihen	3.520	3.642
Börsenfähige, nicht börsennotierte Anleihen	30	206
von verbundenen Unternehmen	237	237
von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
Betrag der nicht mit dem Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere	3.751	4.160
Unterbliebene Abschreibungen auf niedrigeren beizulegenden Wert		
Börsenfähig		
Buchwert	1.902	2.959
Zeitwert	1.859	2.859
Stille Reserven		
Börsenfähig		
Buchwert	3.170	2.132
Zeitwert	3.280	2.226
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen gemäß § 28 PfandBG	200	110
Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen auf Altbestand	525	418

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Pos. 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Stille Reserven		
Buchwert	1	0
Zeitwert	1	0
börsenfähig und börsennotiert	1	0
börsenfähig und nicht börsennotiert	0	0
Pos. 6a: Handelsbestand		
Derivative Finanzinstrumente	379	439
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	149	185
von verbundenen Unternehmen	10	10
abzüglich Risikoabschlag	1	-4
Pos. 7: Beteiligungen		
Börsenfähige und börsennotierte Anteile	3	3
Börsenfähige, nicht börsennotierte Anteile	—	—
Pos. 8: Anteile an verbundenen Unternehmen		
Börsenfähige und börsennotierte Anteile	—	—
Börsenfähige, nicht börsennotierte Anteile	—	—
Pos. 9: Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	4	36
Beteiligungen	31	47
Sachanlagen	5	5
Pos. 12: Sachanlagen		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte		
– Grundstücke und Gebäude	33	27
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	9	7
Pos. 14: Sonstige Vermögensgegenstände		
Zinsabgrenzung für Finanzswapgeschäfte	296	363
Sonstige Ansprüche gegen ausländische Banken	8	7
Ansprüche auf Erstattung von Steuern	12	5
Pos 15: Rechnungsabgrenzungsposten		
Agien und Disagien	12	13

Entwicklung des Anlagevermögens

Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen				Abschreibungen kumuliert	Restbuchwert	Restbuchwert	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2012		31.12.2011			
Beteiligungen	25	0	1	0	4	20	20	—	—	
Anteile an verbundenen Unternehmen	81	0	0	0	0	81	81	—	—	
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.160	0	409	0	0	3.751	4.160	—	—	
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	1	0	0	13	2	2	1	—	
Sachanlagen	119	15	1	0	83	50	39	4	—	

Die nachstehend aufgeführten Posten der Aktiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2012						
b) Kommunalkredite	3.130	5	33	228	1.235	1.629
c) andere Forderungen	704	274	131	124	139	36
Summe	3.834	279	164	352	1.374	1.665
31.12.2011						
b) Kommunalkredite	3.301	12	53	198	1.445	1.593
c) andere Forderungen	1.556	480	327	569	159	21
Summe	4.857	492	380	767	1.604	1.614

Forderungen an Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2012						
a) Hypothekendarlehen	1.628	1	60	68	378	1.121
b) Kommunalkredite	5.059	1	135	358	1.618	2.947
c) andere Forderungen	16.579	947	2.097	1.208	4.220	8.108
Summe	23.266	949	2.292	1.634	6.216	12.176
31.12.2011						
a) Hypothekendarlehen	1.586	—	54	68	371	1.093
b) Kommunalkredite	5.013	0	135	358	1.618	2.902
c) andere Forderungen	15.757	947	1.996	849	4.040	7.925
Summe	22.356	947	2.185	1.275	6.029	11.920

Von den täglich fälligen Forderungen entfallen 792 Mio. € (Vorjahr: 715 Mio. €) auf unbefristete Forderungen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die im Folgejahr fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere im Bestand betragen 404 Mio. € (Vorjahr: 486 Mio. €).

Die in der Erläuterungstabelle zur Bilanzposition 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ angegebenen stillen Lasten in Höhe von 43 Mio. € (Vorjahr: 100 Mio. €) ergeben sich aus der Differenz von Marktwert und Buchwert ohne Berücksichtigung der Effekte aus Bewertungseinheiten. Etwaige Sicherheiten oder Garantien sind bei der Ermittlung der stillen Lasten ebenfalls nicht berücksichtigt worden.

Bei den Wertpapieren lagen keine dauerhaften, sondern voraussichtlich vorübergehende und damit nicht bonitätsinduzierte Wertminderungen vor, sodass keine Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert erfolgte.

Bilanz – Passiva

Mio. €		31.12.2012	31.12.2011
Pos. 1:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	578	250
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	26	2
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	771	436
Pos. 2:	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10	15
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22	30
Pos. 3:	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	365	160
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
Pos. 3a:	Handelsbestand		
	Derivative Finanzinstrumente	358	448
Pos. 4:	Treuhandverbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4	36
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36	52
Pos. 5:	Sonstige Verbindlichkeiten		
	Zinsen für stille Einlagen	21	32
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	2	1
	Zinsabgrenzung aus Finanzswapgeschäften	234	307
	erhaltene Optionsprämien	16	6
	Steuerverbindlichkeiten	0	2
	Währungsumrechnung der Fremdwährungsderivate	30	232
Pos. 6:	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Agien und Disagien	21	17
Pos. 9:	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	150	—
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—	—
	Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	14	14

Spezifikation der nachrangigen Verbindlichkeiten gemäß § 35 Abs. 3 RechKredV:

Währung	Betrag 31.12.2012 Mio. €	Zinsaufwand 2012 Mio. €	Zinssatz % p. a.	Laufzeitende
€	200	4	variabel	28.06.2030
€	85	1	variabel	21.03.2031
€	65	1	variabel	05.04.2041
€	150	7	4,875	15.12.2015
€	50	0	variabel	06.12.2027
€	150	1	variabel	16.11.2027
Gesamt	700	14		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahme nicht entstehen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen der Nachrangigkeit gemäß § 10 Abs. 5a KWG. Ihre Ursprungslaufzeit beträgt in allen Fällen mindestens zehn Jahre. Weitere nachrangige Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die nachstehend aufgeführten Posten der Passiva gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2012						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	396	0	1	42	318	35
b) begebene öffentliche Namenspapiere	894	0	79	33	722	60
c) andere Verbindlichkeiten	10.485	1.866	381	476	2.709	5.053
Summe	11.775	1.866	461	551	3.749	5.148
31.12.2011						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	472	0	1	103	333	35
b) begebene öffentliche Namenspapiere	1.083	0	90	146	767	80
c) andere Verbindlichkeiten	9.418	780	1.042	492	2.423	4.681
Summe	10.973	780	1.133	741	3.523	4.796

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	Summe	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
31.12.2012						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	318	1	2	5	111	199
b) begebene öffentliche Namenspapiere	2.658	0	60	174	1.345	1.079
c) Spareinlagen	194	0	4	184	5	1
d) andere Verbindlichkeiten	7.118	3.088	1.181	366	869	1.614
Summe	10.288	3.089	1.247	729	2.330	2.893
31.12.2011						
a) begebene Hypotheken-Namenspapiere	305	0	4	42	101	158
b) begebene öffentliche Namenspapiere	2.871	1	79	274	1.490	1.027
c) Spareinlagen	191	0	4	181	6	0
d) andere Verbindlichkeiten	7.126	2.333	1.726	351	1.155	1.561
Summe	10.493	2.334	1.813	848	2.752	2.746

Verbriefte Verbindlichkeiten

Die im Folgejahr fälligen begebenen Schuldverschreibungen, die unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, betragen 1.678 Mio. € (Vorjahr: 2.189 Mio. €).

Eigenkapital

Die Erhöhung des Stammkapitals sowie der Kapitalrücklage resultiert aus der Wandlung der stillen Einlagen (sonstige Kapitaleinlage) in hartes Kernkapital. Daneben wurden aufgrund des Entfalls der satzungsmäßigen Grundlage die satzungsmäßigen Rücklagen in die anderen Gewinnrücklagen umgegliedert.

2. Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €		2012	2011
Pos. 7:	Nettoertrag des Handelsbestandes		
	Risikoabschlag gem. § 340e Abs. 3 HGB (Auflösungsertrag in 2012)	-3	2
	Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	1	2
Pos. 8:	Sonstige betriebliche Erträge		
	Forderungsverkäufe	-	-
	Zuschreibungen auf unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen, gekündigten Wertpapieren	1	-
	Auflösung von Rückstellungen	2	5
	Kostenerstattungen	1	1
	Grundstückserträge	1	1
Pos. 12:	Sonstige betriebliche Aufwendungen		
	Beitrag zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute („Bankenabgabe“)	4	5
	Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen	0	0
	Aufzinsungen für Pensionsrückstellungen	13	13
	sonstige Aufzinsungen	1	1
Pos. 21:	Außerordentliche Aufwendungen		
	BilMoG-Anpassungsbetrag für Pensionsrückstellungen	6	6

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen zum weit überwiegenden Teil das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

III. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen in Höhe von 3,4 Mrd. € (Vorjahr: 3,6 Mrd. €) erfolgt eine Einschätzung des Ausfallrisikos der in Anspruch genommenen Avale im Rahmen der allgemeinen Kreditbearbeitung. Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen entfallen im Wesentlichen auf Kreditderivate in Höhe von 2,3 Mrd. € (Vorjahr: 2,6 Mrd. €). Es bestehen Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Die Anderen Verpflichtungen von 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,6 Mrd. €) entfallen auf Kreditzusagen gegenüber Kunden. Davon entfallen ca. 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,5 Mrd. €) auf die strategische Geschäftseinheit Schiffsfinanzierungen und 1,5 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €) auf Firmenkunden.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten folgende wesentliche Beträge:

- Eine Einschussverpflichtung besteht gegenüber der M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG, Leipzig, in Höhe von 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €).
- Eine weitere Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter besteht gegenüber der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main, in Höhe von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).
- Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 59 Mio. € (Vorjahr: 54 Mio. €). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.
- Im Zusammenhang mit der Einziehung der Geschäftsanteile an der FinanzIT GmbH, Hannover, haben sich die ausscheidenden Gesellschafter NORD/LB, Bremer Landesbank und Landesbank Saar verpflichtet, gemeinsam mit den verbleibenden Gesellschaftern der FinanzIT für Risiken der Gesellschaft aus der Zeit bis zu ihrem Ausscheiden aufzukommen, sofern diese tatsächlich eingetreten und nicht durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt sind.
- Die Bremer Landesbank haftet unabhängig von der Veräußerung der mittelbar über die GLB GmbH & Co. oHG, Frankfurt/Main, gehaltenen Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main, und die damit verbundene Kapitalherabsetzung der GLB GmbH & Co. oHG gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern weiterhin als Gewährträger für bestimmte Altverbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale.
- Als Sicherheit für Geschäfte an Terminbörsen wurden keine Wertpapiere (Vorjahr: 20 Mio. €) hinterlegt. Stattdessen wurde bei der Eurex Deutschland, Frankfurt/Main, eine Barsicherheit in Höhe von 1 Mio. € hinterlegt (Vorjahr: 0 Mio. €).

2. Mitarbeiter

Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt

	2012	2011
Männlich	514	511
Weiblich	553	525
Gesamt	1.067	1.036

3. Bezüge, Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse von bzw. gegenüber Organmitgliedern

3.1 Gesamtbezüge der Organmitglieder

T€	2012	2011
Vorstand	2.246	2.228
Aufsichtsrat ¹⁾	164	165
Beirat ¹⁾	71	71

¹⁾ Gemäß § 5a des Senatsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen besteht eine Ablieferungspflicht für Vergütungen aus der Aufsichts- und Beiratstätigkeit.

3.2 Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebener

T€	2012	2011
Vorstand	1.786	1.999
Aufsichtsrat	—	—
Beirat	—	—

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis wurden 17.447 T€ (Vorjahr: 16.342 T€) zurückgestellt. Der verbleibende Zuführungsbetrag aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen beträgt am 31.12.2012 5.030 T€ (Vorjahr: 5.449 T€) gemäß Artikel 67 Absatz 2 EGHGB.

Mittelbare Versorgungsverpflichtungen gem. Artikel 28 Abs. 2 EGHGB bestehen für diesen Personenkreis nicht.

3.3 Vorschüsse, Kredite und Haftungsverhältnisse

T€	Forderungen	Verbindlichkeiten
gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2012		
Vorstand	490	545
Aufsichtsrat	1.246	1.542
Trägerversammlung	38	87
gewährte Vorschüsse und Kredite per 31.12.2011		
Vorstand	633	128
Aufsichtsrat	1.514	1.722
Trägerversammlung	38	36

4. Andere Angaben

Nicht zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossene Geschäfte

Im Geschäftsjahr 2012 sind keine Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahe-
stehenden Personen und Unternehmen vorgenommen worden.

Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von
untergeordneter Bedeutung.

Verrechnung von Vermögensgegenständen mit Schulden aus Altersversorgungsver- pflichtungen

Den Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen stehen keine gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2
HGB zu verrechnenden Vermögensgegenstände gegenüber.

Ausschüttungssperre von Vermögensgegenständen

Es wurden keine Vermögensgegenstände im Geschäftsjahr 2012 nach § 268 Abs. 8 HGB akti-
viert, die einer Ausschüttungssperre unterliegen.

5. Termingeschäfte

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte beinhalten vor allem die nach-
folgenden Arten von Geschäften:

Mio. €	Nominalwerte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ
Termingeschäfte des Nichthandelsbestandes			
Termingeschäfte in fremder Währung	5.911	73	56
Zinsbezogene Termingeschäfte	10.739	38	132
	16.650	111	188
Termingeschäfte des Handelsbestandes			
Termingeschäfte in fremder Währung	3.161	70	74
Zinsbezogene Termingeschäfte	34.691	2.003	1.375
	37.852	2.073	1.449

Innerhalb des Nichthandelsbestandes dienen die Termingeschäfte je nach Risikoart der Ab-
sicherung von Währungs-, Liquiditäts- und Zinsrisiken. Im Handelsbestand dienen die Termin-
geschäfte der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken; offene Positionen werden unter
Berücksichtigung der Limiteinhaltung eingegangen.

In den zinsbezogenen Termingeschäften des Handelsbestandes sind noch nicht abgewickelte
Futures und FRA mit einem Nominalvolumen von 381 Mio. € (Vorjahr: 358 Mio. €) enthalten.

6. Derivative Geschäfte

Die in den folgenden Tabellen aufgeführten derivativen Finanzinstrumente, die der Übertragung
von Marktpreis- und Adressausfallrisiken zwischen verschiedenen Parteien dienen, leiten ihren
Wert u. a. von Zinssätzen, Indizes und Devisenkursen ab. Die derivativen Produkte der Bremer

Landesbank umfassen Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements, Caps und Floors, börsengehandelte Futures und Optionen, Devisenoptionen und Termingeschäfte sowie Kreditderivate. Die Derivate werden als standardisierte Börsenkontrakte oder in Form bilateraler Verträge außerbörslich (OTC) abgeschlossen.

Die Bremer Landesbank setzt die Derivate vorwiegend zur Steuerung der Handelspositionen und des Anlagebestands durch das Aktiv-Passiv-Management ein.

Im Rahmen der Bewertung wird eine Unterscheidung zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Produkten getroffen. Bei börsengehandelten Futures findet ein täglicher Barausgleich (Variation Margin) statt.

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten Marktwerte entsprechen den tatsächlichen Werten am Bilanzstichtag (Marktpreise) bzw. den anhand marktüblicher Bewertungsmethoden ermittelten beizulegenden Zeitwerten.

Die positiven und negativen Zeitwerte wurden nach der Marktbewertungsmethode zum Bilanzstichtag für die genannten Produktgruppen einzeln ermittelt.

6.1 Nicht zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Nichthandelsbestand)

Im Folgenden werden die dem Nichthandelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte dargestellt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte	Buchwert	Erfasst in Bilanzposten
Zinsrisiken					
Zinsswaps	8.987	30	78		
FRAs	1.200	0	0		
Caps, Floors	47	0	2		
Forward-Emission	50	—	18		
Swaptions (Käufe)	120	5	0	6	Sonstige Vermögensgegenstände
Zinsrisiken – insgesamt –	10.404	35	98	6	
(Vorjahr)	(9.413)	(34)	(107)	(6)	
Währungsrisiken					
Währungsswaps	1.481	34	3		Sonstige Verbindlichkeiten
Zinswährungsswaps	4.760	42	87	2	
Caps, Floors in Fremdwährung	5	0	0		
Devisenoptionen (Käufe)	1	0	0		
Währungsrisiken – insgesamt –	6.247	76	90	2	
(Vorjahr)	(6.348)	(36)	(242)	(232)	
Kreditrisiken					
Kreditderivate – insgesamt –	2.276	0	76	—	
(Vorjahr)	(2.606)	(0)	(253)	(—)	

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Für alle Kontrakte werden Zeitwerte und Buchwerte exklusive Stückzinsen

gezeigt. Eine Verrechnung positiver und negativer Zeitwerte von Kontrakten mit der gleichen Gegenpartei wurde nicht vorgenommen. Die vorstehende Tabelle enthält auch diejenigen Derivate, die in Bewertungseinheiten i. S. d. § 254 HGB eingebracht wurden. Im Rahmen der Währungsumrechnung gemäß § 340h HGB i. V. m. § 256a HGB wurden für die Derivate mit Währungsrisiken zum 31.12.2012 2 Mio. € (Vorjahr: 232 Mio. €) passiviert. Alle Zeitwerte ließen sich verlässlich ermitteln. Bezüglich der angewandten Bewertungsmethoden wird auf das Kapitel „Ermittlung von Zeitwerten“ verwiesen.

6.2 Zum Zeitwert bewertete externe Derivate – Gliederung nach Risikoart und Geschäftstyp (Handelsbestand)

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe bzw. Long- und Short-Positionen dar. Sie gliedern sich wie folgt:

Mio. €	Nominalwerte	Positive Zeitwerte	Negative Zeitwerte
Zinsrisiken			
Zinsswaps	32.304	1.979	1.341
Swaptions	300	0	17
Käufe	3	0	—
Verkäufe	297	—	17
Caps, Floors	1.619	21	18
Futures	381	—	—
Zinsrisiken – insgesamt –	34.604	2.000	1.376
(31.12.2011)	(34.022)	(1.549)	(1.067)
Währungsrisiken			
Devisentermingeschäfte	267	3	5
Währungsswaps	355	9	1
Zinswährungsswaps	2.390	56	64
Caps, Floors	139	0	0
Devisenoptionen	97	5	3
Käufe	60	5	—
Verkäufe	37	—	3
Währungsrisiken – insgesamt –	3.248	73	73
(31.12.2011)	(6.028)	(139)	(129)
Kreditrisiken			
Kreditderivate – insgesamt –	324	12	11
(31.12.2011)	(344)	(19)	(19)

6.3 Fristengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Die Derivate des Handelsbestandes (Nominalwerte) gliedern sich nach Fristigkeiten wie folgt:

Mio. €	31.12.2012			31.12.2011		
	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate	Zinsrisiken	Währungsrisiken	Kreditderivate
Restlaufzeiten						
bis 3 Monate	1.875	745	—	2.018	2.367	—
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.688	663	4	3.601	1.130	20
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	16.369	1.617	260	16.205	2.262	184
mehr als 5 Jahre	12.672	223	60	12.198	269	140
Insgesamt	34.604	3.248	324	34.022	6.028	344

Aktien- und sonstige Preisrisiken bestanden zum Berichts- und Vorjahresstichtag nicht.

6.4 Kontrahentengliederung der Derivate (Handelsbestand)

Im Folgenden die Aufgliederung des Handelsbestandes der Derivate nach externen Kontrahenten:

Mio. €	31.12.2012			31.12.2011		
	Nominalwerte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ	Nominalwerte	Zeitwerte positiv	Zeitwerte negativ
Banken in der OECD	33.969	1.849	1.448	35.489	1.492	1.191
Öffentliche Stellen in der OECD	20	1	0	10	1	—
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsenkontrakte)	4.187	235	12	4.895	214	24
Summe	38.176	2.085	1.460	40.394	1.707	1.215

6.5 Angaben zu Bewertungseinheiten

Die Bremer Landesbank hat folgende Vermögensgegenstände in handelsbilanzielle Mikro-Bewertungseinheiten einbezogen (Angaben der Buchwerte der Vermögensgegenstände ohne aufgelaufene Zinsen):

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Vermögensgegenstände		
Festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve	281	75
Gesamtsumme	281	75

Es handelt sich um sieben Mikro-Bewertungseinheiten von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 283 Mio. €, bei denen das Zinsänderungsrisiko durch Zinsswaps in gleicher Höhe abgesichert worden ist. Der Zeitraum der Sicherungsbeziehung besteht grundsätzlich bis zur Endfälligkeit des jeweiligen Grundgeschäfts. Die Endfälligkeiten der relevanten Grundgeschäfte liegen in den Jahren 2018-2020.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve unterliegen dem strengen Niederstwertprinzip. Zinsinduzierte Wertverluste bei den Grundgeschäften werden aufgrund der perfekten Mikro-Hedges-Beziehungen nicht berücksichtigt. Die nicht zinsinduzierten stillen Reserven für die Grundgeschäfte betragen 1 Mio. €. Nicht zinsinduzierte Abschreibungen für die Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Bewertungseinheiten mussten im Geschäftsjahr erstmals in Höhe von 0,3 Mio. € vorgenommen werden.

7. Weitere Angaben

7.1 Offenmarktgeschäfte

Im Rahmen von Offenmarktgeschäften wurden bei der Deutschen Bundesbank Anleihen im Buchwert von 2.19 Mio. € (Vorjahr: 2.294 Mio. €) hinterlegt.

7.2 Pensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr bestanden zum Bilanzstichtag keine echten Pensionsgeschäfte in Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen.

7.3 Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von 5.970 Mio. € (Vorjahr: 5.196 Mio. €) abgetreten.

7.4 Abschlussprüferhonorar

Am 20.04.2012 hat der Aufsichtsrat der Bremer Landesbank beschlossen, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den

Konzernjahresabschluss der Bremer Landesbank für das Geschäftsjahr 2012 zu bestellen und somit die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (E&Y), die zuvor in dieser Funktion tätig war, abzulösen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf aggregierter Basis die für Dienstleistungen der Abschlussprüfer KPMG und E&Y im Geschäftsjahr 2012 und für E&Y im Geschäftsjahr 2011 angefallenen Honorare:

T€	2012	2011
a) Abschlussprüfungsleistungen	555	956
b) Andere Bestätigungsleistungen	466	511
davon Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	168	511
c) Steuerberatungsleistungen	—	—
d) Sonstige Leistungen	46	43

7.5 Finanzgeschäfte mit ausgewählten europäischen Staaten

Die nachfolgenden Übersichten zeigen unser Engagement gegenüber europäischen Staaten, für die ein erhöhtes wirtschaftliches Risiko angenommen wird.

31.12.2012	Nominal	historische Anschaffungskosten	bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertberichtigung in GuV	Fair Value
Mio. €					
Portugal	0	0	0	0	0
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Irland	197	194	197	0	193
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	171	171	174	0	169
Unternehmen/Sonstige	26	23	23	0	24
Italien	266	266	266	0	262
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	266	266	266	0	262
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Spanien	132	132	133	0	121
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	132	132	133	0	121
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Summe	595	592	596	0	576

31.12.2011	Nominal	historische Anschaffungskosten	bilanzierter Buchwert ¹⁾	Wertberichtigung in GuV	Fair Value
Mio. €					
Portugal	1	1	1	0	1
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0
Unternehmen/Sonstige	1	1	1	0	1
Irland	237	237	238	0	199
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	237	237	238	0	199
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Italien	311	311	311	0	293
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	311	311	311	0	293
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	0	0	0	0	0
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Spanien	238	190	194	0	189
Staat	0	0	0	0	0
Finanzierungsinstitutionen/Versicherungen	238	190	194	0	189
Unternehmen/Sonstige	0	0	0	0	0
Summe	787	738	744	0	682

¹⁾ einschließlich anteiliger Zinsen, Disagio, Agio, etc.

8. Deckungsrechnung

8.1 Report gemäß § 28 Pfandbriefbankgesetz (PfandBG) per 31.12.2012

8.1.1. Hypothekendarbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Hypothekendarbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	891	850	971	892	935	855	1.003
Gesamtbetrag der Deckungswerte	1.170	1.112	1.320	1.218	1.275	1.177	1.358	1.262
Überdeckung	279	262	349	326	340	322	355	328
Überdeckung in %	31	31	36	37	36	38	35	35

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Hypothekendarbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Hypothekendarbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2012	2011	2012	2011
Bis zu 1 Jahr	40	106	213	232
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	231	40	115	135
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	207	231	127	98
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	180	207	132	109
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	35	100	123	110
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	105	84	419	383
Mehr als 10 Jahre	93	82	41	45

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Nr. 2 und 3 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2012	2011
Weitere Deckungswerte	—	0

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs.2 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2012	2011	2012	2011
Bis zu 0,3 Mio. €	421	400	36	36
Mehr als 0,3 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	590	515	50	46
Mehr als 5,0 Mio. €	125	78	11	7
Sichernde Überdeckung	34	119	3	11
Gesamtsumme	1.170	1.112	100	100

Aufschlüsselung des Hypothekenregisters nach Nutzungsarten (§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG)

	Mio. €		prozentual	
	2012	2011	2012	2011
Wohnungen	107	103	9	9
Einfamilienhäuser	250	235	21	21
Mehrfamilienhäuser	310	254	27	23
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	—	—
Bauplätze	0	0	0	0
Summe der wohnwirtschaftlich genutzten Grundstücke	667	592	57	53
Bürogebäude	88	48	7	4
Handelsgebäude	43	23	4	2
Industriegebäude	1	2	0	0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	337	327	29	29
Unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	—	—
Bauplätze	—	—	—	—
Summe der gewerblich genutzten Grundstücke	469	400	40	36
Summe der wohnwirtschaftlich und gewerblich genutzten Grundstücke	1.136	992	97	89
Sichernde Überdeckung, Liquiditätsdeckung gem. § 4 Abs. 1a PfandBG, weitere Deckung	34	120	3	11
Gesamtsumme	1.170	1.112	100	100

Sämtliche wohnwirtschaftlich bzw. gewerblich genutzten Grundstücke sind in Deutschland belegen.

Rückständige Leistungen (> 90 Tage) (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31.12.2012 bestanden rückständige Leistungen von 0 Mio. €, die älter als 90 Tage waren (Vorjahr: 0 Mio. €).

8.1.2 Öffentliche Pfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren		Risikobarwert Dynamisches Verfahren	
	2012	2011	2012	2011	Mind. +100 bp		Mind. -100 bp	
					2012	2011	2012	2011
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	3.479	3.650	3.955	3.962	3.764	3.759	4.143	4.192
Gesamtbetrag der Deckungswerte	4.485	3.972	5.038	4.313	4.779	4.094	5.309	4.565
Überdeckung	1.006	322	1.083	351	1.015	335	1.166	373
Überdeckung in %	29	9	27	9	27	9	28	9

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2012	2011	2012	2011
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	668	311	348	316
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	455	668	1.179	323
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	425	455	293	1.148
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	309	325	236	273
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	550	674	1.168	889
Mehr als 10 Jahre	761	715	821	690

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gem. § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2012	2011
Weitere Deckungswerte	153	114

Aufschlüsselung des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011

Rückständige Leistungen (> 90 Tage)

Am 31.12.2012 und am 31.12.2011 bestanden keine rückständigen Leistungen, die älter als 90 Tage waren.

8.1.3 Schiffspfandbriefe

Nominal- und Barwertdeckung für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. +100 bp		Risikobarwert Dynamisches Verfahren Mind. -100 bp	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	293	361	322	383	310	373	331
Gesamtbetrag der Deckungswerte	441	595	465	624	410	532	433	570
Überdeckung	148	234	143	241	100	159	102	175
Überdeckung in %	51	65	45	63	32	43	31	44

Zusätzlich zum angegebenen Nennwert des Gesamtbetrages der Deckungswerte von 441 Mio. € wurde im Vorjahr ein Termingeld in Höhe von 100 Mio. € (2012: 0 Mio. €) gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG in das Deckungsregister eingetragen, das ausschließlich zur Sicherung der Liquidität dient.

Laufzeitstruktur des Deckungsregisters für Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Mio. €	Schiffspfandbriefe		Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen	
	2012	2011	2012	2011
Bis zu 1 Jahr	87	153	418	564
Mehr als 1 Jahr und bis zu 2 Jahre	58	42	9	5
Mehr als 2 Jahre und bis zu 3 Jahre	10	58	12	11
Mehr als 3 Jahre und bis zu 4 Jahre	46	0	2	6
Mehr als 4 Jahre und bis zu 5 Jahre	20	56	—	9
Mehr als 5 Jahre und bis zu 10 Jahre	69	49	—	0
Mehr als 10 Jahre	3	3	—	0

Anteil Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG)

Derivate sind nicht enthalten.

Weitere Deckungswerte gem. § 26 Abs. 1 Nr. 3 und 4 PfandBG (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Mio. €	Nominalwerte	
	2012	2011
Weitere Deckungswerte	—	0

Aufschlüsselung des Schiffsregisters nach Größenklassen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1a PfandBG)

Größenklassen	Mio. €		prozentual	
	2012	2011	2012	2011
Bis zu 0,5 Mio. €	4	2	1	0
Mehr als 0,5 Mio. € bis zu 5,0 Mio. €	277	324	63	54
Mehr als 5,0 Mio. €	111	219	25	37
Sichernde Überdeckung	49	50	11	8
Summe	441	595	100	100

Verteilung der Deckungswerte nach Staaten, in denen die Schiffe und Schiffsbauwerke registriert sind (§ 28 Abs. 4 Nr. 1b PfandBG)

Staaten	Seeschiffe				Binnenschiffe				Sichernde Überdeckung			
	Mio. €		prozentual ^{*)}		Mio. €		prozentual ^{*)}		Mio. €		prozentual ^{*)}	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Deutschland	331	442	75	74	11	12	2	2	49	50	11	8
Gibraltar	6	7	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Griechenland	—	22	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—
Malta	5	13	1	2	3	3	1	1	—	—	—	—
Marshall Islands	26	13	6	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Niederlande	6	15	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—
Panama	4	4	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—
Zypern	0	14	0	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	378	530	86	89	14	15	3	3	49	50	11	8

*) Bezogen auf den Gesamtbetrag der Deckungswerte von 441 Mio. € am 31.12.2012 und von 595 Mio. € am 31.12.2011.

8.2 Zusätzliche Angaben zu Hypotheken- und Schiffspfandbriefen

8.2.1 Hypothekenspfandbriefe (§28 Abs. 2 Nr. 3a–c)

	Gewerblich genutzte Grundstücke		Zu Wohnzwecken dienende Grundstücke	
	2012	2011	2012	2011
Zahl der per 31.12.2012 anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	—	—	—	—
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	—	—	—	—
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken hat übernehmen müssen	—	—	—	—
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	—	—	—	0

8.2.2 Schiffspfandbriefe (§ 28 Abs. 4 Nr. 2 a–c)

	Seeschiffe		Binnenschiffe	
	2012	2011	2012	2011
Zahl der per 31.12.2012 anhängigen Verfahren zur Zwangsversteigerung von Schiffen oder Schiffsbauwerken	—	—	—	—
Zahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	—	—	—	—
Zahl der Fälle, in denen die Pfandbriefbank während des Geschäftsjahres Schiffe oder Schiffsbauwerke zur Verhütung von Verlusten an Schiffshypotheken hat übernehmen müssen	—	—	—	—
Gesamtbetrag der Rückstände auf die von Darlehensschuldern zu entrichtenden Zinsen (Mio. €)	—	—	0	—

8.3 Deckungsrechnung Altbestand

Der Altbestand des Pfandbriefumlaufs wurde gemäß § 51 PfandBG gekapselt und wird getrennt im bisherigen Deckungsregister nach den bis zum Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes geltenden Vorschriften weitergeführt.

Mio. €	Hypothekenkredit- geschäft	Kommunalkredit- geschäft
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten	14	1.998
Pfandbriefe		
Inhaberschuldverschreibungen	—	202
Namenschuldverschreibungen	14	1.796
Deckungswerte	193	2.305
Forderungen an Kreditinstitute	—	684
Forderungen an Kunden	192	1.097
Wertpapiere öffentlicher Emittenten	1	524
Deckungsüberhang	179	307

9. Anteilsbesitz

Die nachstehende Aufstellung enthält den Anteilsbesitz der Bremer Landesbank gemäß §§ 285 Nr. 11 und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB. Erfasst wurde der jeweils letzte festgestellte Jahresabschluss der Gesellschaften.

Nr.	Name und Sitz des Unternehmens	Anteile am Kapital in %	Eigenkapital ¹⁾ Mio. €	Ergebnis Mio. €
1	Ammerländer Wohnungsbau-Gesellschaft mbH, Westerstede	32,26	29	1
2	BGG Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
3	BGG Oldenburg GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	8 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
4	BLB I Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
5	BLB Immobilien GmbH, Bremen	100,00	25 ⁴⁾	0 ^{2) 4)}
6	BLB Leasing GmbH, Oldenburg	100,00	1 ⁴⁾	0 ^{2) 4)}
7	BREBAU GmbH, Bremen	48,84	49	5
8	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877–, Bremen	12,61	17	2
9	Bremer Spielcasino GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Bremen	49,00	— ³⁾	— ³⁾
10	Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4	0
11	Bremische Grundstücks-GmbH, Bremen	100,00	56 ⁴⁾	2 ⁴⁾
12	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG Präsident-Kennedy-Platz, Bremen	100,00	3 ⁴⁾	1 ⁴⁾
13	Bremische Grundstücks-GmbH & Co. Wohnanlagen Groß-Bonn, Bremen	100,00	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
14	Deutsch-Indonesische Tabak-Handelsgesellschaft mbH, Bremen	24,53	0	-0
15	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen	7,75	327	35
16	Gewobau Gesellschaft für Wohnungsbau Vechta mbH, Vechta	20,46	10	1
17	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 5 GbR, Bremen	50,00	-2 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
18	Grundstücksgemeinschaft Escherweg 8 GbR, Bremen	50,00	-0 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
19	GSG Oldenburg Bau- und Wohnungsgesellschaft mbH, Oldenburg	22,22	80	18
20	Interessengemeinschaft KATHARINENKLOSTERHOF GbR, Bremen	30,70	1 ⁴⁾	-0 ⁴⁾
21	NORDWEST VERMÖGEN Bremische Grundstücks-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	5 ⁴⁾	4 ⁴⁾
22	NORDWEST VERMÖGEN Vermietungs-GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	1 ⁴⁾	0 ⁴⁾
23	Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,00	6	0
24	Schiffsbetriebs-Gesellschaft Bremen mbH, Bremen	100,00	1	0
25	Unterstützungseinrichtung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg GmbH, Bremen	100,00	35	4
26	WLO Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Oldenburg mbH, Wildeshausen	23,84	0	—
27	Wohnungsbaugesellschaft Wesermarsch mbH, Brake	21,71	19	0

Anmerkungen:

¹⁾ Eigenkapitalbegriff entsprechend §§ 266 und 272 HGB.

²⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

³⁾ Die Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB.

⁴⁾ Die Angaben beziehen sich auf den vorgelegten, aber noch nicht festgestellten Jahresabschluss 2012.

10. Angaben zu Investmentvermögen

Die nachstehende Aufstellung enthält die Investmentanteile gemäß § 285 Nr. 26 HGB.

Mio. €	2012	2011
Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds, Frankfurt am Main, iShares DAX®		
Ausschüttung	0	0
Marktwert	17	25
Buchwert	17	25
Unterlassene Abschreibungen	—	—

Der Lazard-Sparkassen Rendite-Plus-Fonds und der im Geschäftsjahr 2012 veräußerte iShares DAX® können in Vermögensgegenständen gem. §§ 47 bis 52 InvG investieren. Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe liegen nicht vor.

IV. Organe der Bremer Landesbank

1. Mitglieder des Vorstandes sowie Generalbevollmächtigte

Vorstand	Geschäftsverteilung im Vorstand	
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers (Vorsitzender)	Unternehmensbereich Banksteuerung	Gesamtbanksteuerung
		Kommunikation und Marketing
		Personalmanagement
		Revision
		Stabsbereich Vorstand
Heinrich Engelken (Stellv. Vorsitzender)	Unternehmensbereich Risikosteuerung	Compliance/Geldwäscheprävention/Fraud
		Marktfolge Finanzierungen
		Operations
		Risikocontrolling
Dr. Guido Brune	Unternehmensbereich Vertrieb	Geschäftsfeld Financial Markets
		Geschäftsfeld Firmenkunden
		Geschäftsfeld Privatkunden
		Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen
		BLB Leasing GmbH
		BLB Immobilien GmbH
Generalbevollmächtigte		
Mathias Barghoorn		
Matthias Hellmann (ab 09.10.2012)		
Björn Nullmeyer (ab 09.10.2012)		

2. Mitglieder des Aufsichtsrates

Karoline Linnert

(Vorsitzende)
Bürgermeisterin
Die Senatorin für Finanzen der Freien
Hansestadt Bremen

Thomas Mang

(Stellvertretender Vorsitzender)
Präsident des Sparkassenverbandes
Niedersachsen

Hermann Bröring (bis 15.03.2012)

Meppen

Dr. Claas Brons (bis 31.10.2012)

Geschäftsführer der Firma Y. & B. Brons,
Emden

Ursula Carl (ab 01.11.2012)

Geschäftsführerin
ATLANTIC Grand Hotel, Bremen

Prof Dr. Wolfgang Däubler, Prof. i. R.

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht,
Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht
Universität Bremen

Dr. Gunter Dunkel

Vorsitzender des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Heinz Feldmann (bis 31.10.2012)

Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse LeerWittmund

Martin Grapentin

Vorsitzender des Vorstandes der
Landessparkasse zu Oldenburg

Martin Günthner (ab 01.11.2012)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
der Freien Hansestadt Bremen

Elke Heinig (bis 25.10.2012)

Bankkauffrau
Bremer Landesbank

Cora Hermenau

Staatssekretärin des
Niedersächsischen Finanzministeriums

Dr. Olaf Joachim (ab 01.11.2012)

Staatsrat
Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen

Andreas Klarmann

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Hartmut Möllring

Niedersächsischer Minister der Finanzen

Bernhard Reuter (ab 29.03.2012)

Landrat des Landkreises Göttingen

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Mitglied des Vorstandes der
NORD/LB Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Michael Schlüter (ab 01.11.2012)

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Lutz Stratmann (bis 31.10.2012)

Rechtsanwalt
Oldenburg

Jörg Walde

Bankkaufmann
Bremer Landesbank

Doris Wesjohann

Vorstandsmitglied der
Lohmann & Co. AG,
Visbek

Eike Westermann

Volljurist
Bremer Landesbank

Markus Westermann

Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

3. Mandate gem. § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Zum 31.12.2012 wurden folgende Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB von Angehörigen der Bremer Landesbank wahrgenommen. Dabei wurden Kreditinstitute großen Kapitalgesellschaften gleichgestellt.

Vorstandsmitglieder der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers	NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
	EUROGATE Geschäftsführungs-GmbH & Co. KGaA, Bremen (ab 16.08.2012)
	BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT – Aktiengesellschaft von 1877 –, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen (bis 15.06.2012)
	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg
	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover (bis 31.12.2012)
Heinrich Engelken	BREBAU GmbH, Bremen
	GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Bremen (ab 15.06.2012)
	GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Dr. Guido Brune	BREBAU GmbH, Bremen
	DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen

Mitarbeiter der Bremer Landesbank	Gesellschaft/Firma
Mathias Barghoorn	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg
Harald Groppe	GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft, Oldenburg

4. Mutterunternehmen

Die Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover/Braunschweig/Magdeburg, stellt als Mutterunternehmen der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen Konzernabschluss für den größten Kreis auf, in den der Jahresabschluss der Bank einbezogen ist. Daneben erstellt die Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – einen eigenen Konzernabschluss. Die Konzernabschlüsse werden bei dem elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Bremen, 26. März 2013

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand

Dr. Stephan-Andreas Kaulvers

Heinrich Engelken

Dr. Guido Brune

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.“

Bremen, 26. März 2013

Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – Vorstand



Dr. Stephan-Andreas Kaulvers



Heinrich Engelken



Dr. Guido Brune

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –, Bremen, (Bremer Landesbank) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bremer Landesbank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bremer Landesbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bremer Landesbank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bremer Landesbank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Hannover, den 28. März 2013
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Leitz
Wirtschaftsprüfer



Hering
Wirtschaftsprüfer

Erläuterung der Bremer Landesbank zum Corporate Governance Kodex

Erläuterung der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde in 2002 durch eine von der Bundesministerin für Justiz eingesetzte Regierungskommission verabschiedet. Die derzeit gültige Fassung datiert vom 15. Mai 2012. Der Kodex verfolgt das Ziel, die in Deutschland geltenden Regeln für die Unternehmensleitung und deren Kontrolle transparent zu machen. Er enthält national und international anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung, insbesondere hinsichtlich der Leitung und Organisation eines Unternehmens, zu Kontrollmechanismen sowie zur Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Corporate Governance Kodex ist auf börsennotierte Unternehmen ausgerichtet und somit für Kreditinstitute in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts rechtlich nicht verpflichtend. Der Bremer Landesbank und ihrem Vorstand ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, sich als verlässlicher Partner zu positionieren und das Vertrauen der Anleger, der Kunden, der Mitarbeiter und der Öffentlichkeit durch Transparenz zu fördern. Aus diesem Grund hat sich die Bank dazu entschieden, sich im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung an den Grundsätzen des Kodex zu orientieren, soweit dies im Rahmen der gegebenen Rechtsform und der Trägerstruktur möglich und angemessen ist und ihr Corporate-Governance-System offen zu legen.

Allgemeines

Die Bremer Landesbank ist eine von der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen errichtete rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist öffentliche Kredit- und Pfandbriefanstalt. Die Bremer Landesbank hat ihren Sitz in Bremen. Sie unterhält Niederlassungen in Bremen und Oldenburg.

Die Organe der Bank sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Trägerversammlung. Während der Vorstand die Geschäfte der Bank führt, ist es Aufgabe des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse (Allgemeiner Arbeits- und Kreditausschuss, Prüfungsausschuss und Förderausschuss), den Vorstand zu bestellen, zu beraten und zu überwachen. Der Trägerversammlung obliegen insbesondere Entscheidungen von Grundsatzfragen.

Vorstand

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzung der Bank und der vom Aufsichtsrat und der Trägerversammlung beschlossenen Richtlinien und Grundsätze für die Geschäfte der Bank sowie seiner Geschäftsordnung in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Interesse der Bank gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet.

Der Vorstand hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, wirksame Risikomanagementsysteme einzurichten, um Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden könnten, früh zu erkennen. Das Risikomanagement muss dabei den jeweiligen aufsichtsrechtlichen Anforderungen des KWG sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht entsprechen. Ferner muss das Risikomanagement der Bank in das von der Trägerin Norddeutsche Landesbank – Girozentrale – als übergeordnetem Kreditinstitut einzurichtende

jeweilige gruppenübergreifende Risikomanagement- und Kreditrisiküberwachungssystem überleitbar sein.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, falls dieser bestellt ist, und weiteren ordentlichen oder stellvertretenden Mitgliedern. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung im Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes. Der Aufsichtsrat ist über die Geschäftsverteilung zu unterrichten. Jedem Vorstandsmitglied ist mindestens ein abgegrenzter Geschäftsbereich zuzuweisen, in dem es über Angelegenheiten des laufenden Geschäfts innerhalb der festgelegten Kompetenzen selbstständig entscheidet und einzelne seiner Entscheidungsbefugnisse auf Angestellte delegieren kann. Der Vorstand kann für bestimmte Geschäfte seine Entscheidungsbefugnisse auf ein Vorstandsmitglied übertragen oder für diesen Fall die Beteiligung eines weiteren Vorstandsmitgliedes, in der Regel des Vertreters, vorsehen.

Der Vorstand tritt regelmäßig einmal wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Der Vorstandsvorsitzende kann Sondersitzungen anberaumen; er ist dazu verpflichtet, wenn ein Vorstandsmitglied dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Sitzungen werden protokolliert, soweit der Vorstand dies im Interesse einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung für erforderlich hält.

Der Vorstand erörtert die strategische Ausrichtung der Bank mit dem Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen und berichtet ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Er berichtet zudem auf der Grundlage im Einzelnen festgelegter Informations- und Berichtspflichten regelmäßig über wesentliche Angelegenheiten der Bank, insbesondere über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, die Rentabilität der Bank und insbesondere des Eigenkapitals, den Geschäftsgang, die Lage der Bank, über Geschäfte, die für die Rentabilität und die Liquidität der Bank sowie ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von erheblicher Bedeutung sein können, die Risikosituation der Bank und ihre Vergütungssysteme sowie über Maßnahmen der Konzernsteuerung durch die NORD/LB als übergeordnetes Institut. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat – insbesondere unter Risikogesichtspunkten – unverzüglich aus wichtigem Anlass, wenn dies für die Lage der Bank von besonderer Bedeutung ist, und bindet ihn bei grundlegenden Entscheidungen entsprechend ein.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschuss des Aufsichtsrates festgelegt. Die Bezüge umfassen feste und variable Bestandteile und werden regelmäßig überprüft.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er beschließt über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, die allgemeinen Richtlinien für die Geschäfte der Bank, den Vorschlag zur Unternehmensplanung an die Trägerversammlung, die Geschäftsordnung für den Vorstand, die Grundsätze für die Anstellungsverhältnisse der Angestellten, die Bestimmung und Beauftragung des Abschlussprüfers, die Feststellung des Jahresabschlusses, den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen im Sinne des § 271 HGB sowie die Errichtung und Auflösung von Niederlassungen und Filialen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern, von denen zwölf Vertreter der Träger und sechs Vertreter der Arbeitnehmer sind, die nach den Vorschriften des Bremischen Personalver-

tretungsgesetzes von der Belegschaft der Bank unmittelbar gewählt werden. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen. Den stellvertretenden Vorsitz führen jeweils im Wechsel von zwei Jahren der Niedersächsische Finanzminister und der Verbandsvorsteher des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Zur Unterstützung des Aufsichtsrates wurden der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss, der Prüfungsausschuss und der Förderausschuss gebildet.

Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss besteht aus zehn Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale –. Dem Ausschuss gehören ferner zwei weitere Mitglieder für die Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, die Senatorin/der Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, zwei weitere Mitglieder für die Freie Hansestadt Bremen, der Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen und drei Arbeitnehmervertreter an. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss hat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen insbesondere den Vorstand in der laufenden Geschäftsführung nach den Weisungen des Aufsichtsrates zu überwachen und die Sitzungen des Aufsichtsrates vorzubereiten. Der Allgemeine Arbeits- und Kreditausschuss ist auch zuständig für die Festsetzung der Anstellungsbedingungen für den Vorstand im Einzelnen.

Der Prüfungsausschuss besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus je zwei Vertretern der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – und der Freien Hansestadt Bremen, dem Präsidenten des Sparkassenverbandes Niedersachsen sowie einem dem Aufsichtsrat angehörenden Beschäftigten der Bank, der auf Vorschlag der Vertreter der Beschäftigten im Aufsichtsrat von diesem gewählt wird. Mindestens ein Mitglied des Prüfungsausschusses muss unabhängig sein und über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Aufsichtsrat auf der Grundlage der Berichte der Abschlussprüfer über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses. Dem Prüfungsausschuss obliegen außerdem die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, die Überwachung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Überprüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der von diesem für die Bank erbrachten zusätzlichen Leistungen.

Dem Förderausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrates, ein vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied aus dem Geschäftsgebiet der Bank sowie ein vom Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeits- und Kreditausschusses zu benennendes Mitglied an. Er berät den Vorstand in dem diesem von der Trägerversammlung zugewiesenen Rahmen über die Fördertätigkeit der Bank durch Spenden und Sponsoring.

Trägerversammlung

Träger der Bremer Landesbank sind zu 54,8343 % die NORD/LB Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, zu 41,2 % das Land Bremen und zu 3,9657 % der Sparkassenverband Niedersachsen. Jeder Träger kann bis zu drei Vertreter in die Trägerversammlung entsenden. Das Stimmrecht richtet sich nach den Kapitalanteilen der Träger. Die Vertreter jedes Trägers können ihre Stimme nur einheitlich abgeben.

Die Trägerversammlung entscheidet über die allgemeinen Grundsätze der Geschäftspolitik, die Änderung der Satzung, die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Änderung des Beteiligungsverhältnisses, die Aufnahme sowie die Festsetzung der Höhe und der Bedingungen sonstigen haftenden Eigenkapitals, den Abschluss, die Änderung und die Aufhebung von

Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen, die Entlastung des Vorstandes, die Zustimmung zur Errichtung von Niederlassungen und Filialen, die Unternehmensplanung für das jeweils folgende Geschäftsjahr und die Mehrjahresplanung, die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates, der Ausschüsse und Beiräte sowie über alle sonstigen Angelegenheiten, die ihr in der Satzung zugewiesen sind.

Interessenkonflikte

Die Vorstandsmitglieder unterliegen während ihrer Tätigkeit für die Bank einem umfassenden Wettbewerbsverbot.

Es ist die Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder, den Vorstand zu beraten und zu überwachen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Organmitglieder und Mitarbeiter dürfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren. Ferner darf kein Organmitglied bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Mögliche Interessenkonflikte sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen.

Alle Geschäfte zwischen dem Unternehmen einerseits und dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie dessen Ausschüssen sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits haben branchenüblichen Standards zu entsprechen.

Die Übernahme von Nebentätigkeiten durch Vorstandsmitglieder, insbesondere der Eintritt in Organe oder Beiräte anderer Unternehmen, bedarf der Einwilligung des Gesamtvorstandes. Dieser unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder.

Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Bank bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden. Verletzen die Vorstandsmitglieder ihre Pflichten, sind sie der Bank zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Für die Sorgfaltspflicht und die Verantwortlichkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats gilt dies entsprechend.

Impressum

Herausgeber

Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –

Konzept, Text, Gestaltung

Bremer Landesbank
Gestalt und Form, Bremen

Stand: Mai 2013